Münster 1935 No 16 Phil DiSS

Die Militärvorlage 1892/93

Ein Beitrag zur Parteigeschichte

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät

der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster i. W.

vorgelegt von

Heinz Goebel

aus Leipzig

Großbetrieb für Dissertationsdruck von Robert Noske in Borna-Leipzig

1935

Tag der mündlichen Prüfung: 6. März 1934

Dekan: Professor Dr. A. Eitel
Referent: Professor Dr. A. Eitel

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen Eltern
Meiner Schwester

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547203_0129

Inhalt.

Seite

A. Einleitende Bemerkungen 1
B. 1. Die allgemeine politische Lage 2
2. Die Vorgeschichte der Heeresvorlage und ihre Wirkungen auf die Verhandlungen mit den Parteien 3
a) Stellungnahme des Kaisers 3
b) Stellungnahme der Regierungen 7
c) Stellungnahme Bismarcks 12
d) Stellungnahme der öffentlichen Meinung 14
3. Stellungnahme der Parteien und ihrer Presse 21
a) Konservative Partei 23
b) Nationalliberale Partei 27
c) Sozialdemokratische Partei 31
d) Freisinnige Partei 34
e) Zentrumspartei 43
1. Volksschulgesetzentwurf 45
2. Windthorst-Resolutionen 47
3. Deckungsschwierigkeiten 49
4. Die Bayern und die Militärvorlage 51
4. Die Reichstagsverhandlungen
a) Die erste Lesung im Plenum
b) Die Kommissionsberatungen
5. Die Krisis in der Zentrumspartei
a) Zentrum und Rom
b) Die Vermittlung des Freiherrn von Huene
6. Die zweite Lesung im Plenum und die Abstimmung
7. Der Wahlkampf
a) Die Parteien im allgemeinen
b) Die Zentrumspartei im besonderen
8. Die Entscheidung
a) Die Wahl
b) Der Reichstag Juli 1893
C. Beurteilung

A. Einleitende Bemerkungen.

Seit dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges ist die deutsche Rüstungspolitik vor 1914 der Gegenstand einzelner Untersuchungen geworden. Im Jahre 1922 veröffentlichte Ludendorff sein Buch (Kriegführung und Politik), in dem er die Wechselwirkung beider Begriffe untersuchte. Ausgehend vom Zeitalter Wilhelms I. sind seine Gedankengänge besonders aufschlußreich über den Zeitraum von 1914 bis 1918. Seine Beurteilung gipfelt in einer Anklage gegen die verantwortlichen Regierungsstellen (Reichskanzler, Chef des Generalstabes und Kriegsministerium) und den Reichstag, der als gesetzgebender Faktor in die militärpolitische Entwicklung eingeschaltet war[1]). „Die Politik hat vor und in dem Kriege völlig versagt. Das Verständnis für die Gedanken des Generals v. Clausewitz über den Zusammenhang zwischen Kriegführung und Politik und für das Wesen und die Gestalt des Krieges ... hat ihr vollständig gefehlt ... Demgemäß wurde unterlassen, die Mittel für die Kriegführung in hinreichendem Umfange bereitzustellen ...“ In dem Abschnitt 3 (Die Vorkriegszeit und der Kriegsbeginn unter der ersten obersten Heeresleitung, untergeteilt in die führenden Kreise ... der Einfluß des jüdischen Volkes ... die Politik nach dem Abgang des Fürsten Bismarck ... Irrgänge der äußeren Politik. Die Unbeholfenheit unserer Regierung ... die Vernachlässigung unserer Wehrkraft durch unsere Regierung ... Reichstag und Wehrmacht) schränkt er aber diese Folgerungen gegen den Reichstag ein. „Die Wehrvorlage 1913 wurde schließlich von ihnen angenommen (gemeint sind das Zentrum und die übrigen demokratischen Richtungen). In der Regel ging aber der Annahme ein Feilschen und Handeln voraus. Doch ich will mich eines abschließenden Urteils enthalten, bis die oben empfohlene Geschichte der Wehrvorlagen in den letzten 20 Jahren vor Kriegsbeginn erschienen ist[2])“ Im gleichen Jahr erschien eine Abhandlung des Freiherrn v. Rüdt-Collenberg, der in einem eingehenden Aufriß „Die Entwicklung des deutschen Heeres bis zum Ausbruch des Weltkrieges“ in einer Geschichte der Wehrvorlagen darstellte. Werdermann[3]) untersucht im besonderen die Militärvorlage von 1892/93, und zwar vorwiegend die militär-technische Seite. Den größten Raum nehmen die Ausführungen über die Ausgestaltung der Vorlage[4]) und die Militärvorlage selbst ein. Der Reichstag und die

[1]) S. 329/30.
[2]) S. 56/57.
[3]) Die Heeresreform unter Caprivi, Diss. Greifswald 1928.
[4]) Vorgeschichte S. 3/17, Die zweijährige Dienstzeit S. 17/32, Termin der Vorlage S. 32/41, Chef des Generalstabes S. 41/54.

öffentliche Meinung sind im Rahmen dieser Abhandlung nur von untergeordnetem Interesse. Hier greift die vorliegende Arbeit ein. Um die Stellungnahme des Reichstags in der so bedeutungsvollen M.V. von 1892/93 besonders eindringlich zu umreißen, mußte eine eingehende Darstellung der Haltung des Kaisers und der Regierung als der Gegenspieler der Parteien vorausgehen. Die Grundlagen für die Darstellung bilden die Akten über die Reichstagsverhandlungen und der Militärkommission, und vor allem das reiche Zeitungsmaterial der Jahre 1892/93, und zwar aller Richtungen.

B.

1. Die allgemeine politische Lage.

Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit mußte der neue Kanzler Stellung nehmen zu dem Bündnissystem Bismarcks. Am 18. Juni 1890 lief der 1887 abgeschlossene Rückversicherungsvertrag ab. Der Vertrag wurde nicht erneuert [1]). Die Loslösung von Rußland raubte der deutschen Außenpolitik ihre Beweglichkeit. Die Folge war die Annäherung an England. Die Revanchegelüste Frankreichs und das Wachsen der Deutschenhetze in Rußland, die Annäherung der beiden Großstaaten war von den deutschen Militärs seit Mitte der 80er Jahre mit größtem Interesse verfolgt worden [2]). Es fehlte nicht an Stimmen, die einen Präventivkrieg zur Abwehr der ständig drohenden Gefahr forderten [3]). Die Nichterneuerung des Vertrages erhöhte noch die Sorge vor dem Zweifrontenkrieg. Deutschland suchte sich gegen den drohenden Angriff durch enge Anlehnung an seine Bundesgenossen zu wehren. Am 4. Mai 1891 wurde das Vierjahresabkommen zwischen Italien und Spanien abgeschlossen. Am 6. Mai 1891 wurde der bis 1892 gültige Dreibund erneuert. Alle diese diplomatischen Unterhandlungen weckten das russische Mißtrauen. Man erblickte darin den Versuch, Rußland zu isolieren. Caprivis Polenpolitik erhöhte noch diese Besorgnisse. Am 27. Januar 1891 sprach der Zar zum deutschen Botschafter von den Gefahren, die dem monarchischen Gedanken durch das republikanische Frankreich drohen. Ende März erfolgte aber schon die Verleihung hoher russischer Orden an den Präsidenten der französischen Republik und den Minister des Äußeren. Frankreich investierte große Kapitalien und am 17. August 1892 wurde als Schlußstein dieser Entwicklung die gegen den Dreibund gerichtete Militärkonvention unterzeichnet. Damit waren die Folgen der Preisgabe des Rückversicherungsvertrages deutlich sichtbar. Dieser diplomatische Fehlgriff war nicht allein durch einen diplomatischen Gegenschlag auszugleichen, zum ersten Male griff die Regierung zu dem Mittel verstärkter Rüstungen, um einem drohenden Angriff gewachsen zu sein [4]). Bismarcks auf Frieden gerichtete Außenpolitik wollte kein forciertes Rüsten, sondern nur eine der wachsenden Volkskraft entsprechende

Wehrkraft [5]). Caprivi beschritt in der M.V. von 1892/93, gedrängt von der Zuspitzung der internationalen Lage, zuerst den Weg zu jenen ungeheuren Rüstungssteigerungen. Am Ende dieser Entwicklung starrte Europa in Waffen.

2. Die Vorgeschichte der Heeresvorlage und ihre Wirkungen auf die Verhandlungen mit den Parteien.

a) Stellungnahme des Kaisers.

Der Kaiser war als oberster Kriegsherr in allen militärischen Angelegenheiten die letzte Instanz. Die Unterschrift des Kaisers war die Voraussetzung zur Einbringung einer Vorlage in den Bundesrat und den Reichstag. Der Reichskanzler hatte den kaiserlichen Willen vor dem Reichstag zu vertreten. Der Monarch war getreu den Überlieferungen der Hohenzollern mit Leib und Seele Soldat und zeigte für alle militärischen Fragen lebhaftes Interesse [6]). Bei Beratung der Militärforderungen im Jahre 1890 regte sich im Reichstag eine entschiedene Opposition [7]). Unvorsichtige Äußerungen des Kriegsministers v. Verdy in der Militärkommission von zukünftigen Forderungen erschwerten noch die Verhandlungen [8]). Caprivi sprach sogar beim Kaiser vor und bat ihn, bei einem ernstlichen Widerstand des Reichstages zu gewissen Konzessionen zu ermächtigen. Der Kaiser schlug rundweg alles ab [9]). v. Verdy mußte infolge seiner taktischen Fehlgriffe von seinem Posten abtreten, aber sein Reorganisationsplan, der sich auf der dreijährigen Dienstzeit aufbaute, lebte fort [10]). Auch der Kaiser wollte bei der neuen großen M.V. den Verdyschen Plan berücksichtigen. Caprivi aber war durch die Verhandlungen von 1890 zu der Überzeugung gekommen, daß neue Militärforderungen nur vor dem Reichstag Aussicht auf Annahme hätten, wenn man den Wünschen des Reichstages im Sinne der Windhorstschen Resolutionen entgegenkam. Und so ziehen sich durch die Verhandlungen der Jahre 1891/92 wie ein roter Faden die Bemühungen des Kanzlers, den Kaiser zum Zugeständnis der Umformung der M.V. auf dem Boden der zweijährigen Dienstzeit zu veranlassen [11]). Immer wieder legte Caprivi seinen Standpunkt dar, bis der Kaiser mit dieser grundlegenden Änderung einverstanden war. Der einmalige Entschluß war aber kein endgültiger, immer war mit der impulsiven, sensiblen Natur des Kaisers zu rechnen [12]). Am 16. Mai 1891 war der Kaiser einverstanden, im Herbst bei einzelnen Truppenteilen Versuche mit der zweijährigen Dienstzeit anzustellen. Im Juni 1891 äußerte er sich gegenüber dem Kriegsminister, daß er nie von der dreijährigen Dienstzeit abgehen werde, mit der Kaiser Wilhelm seine Erfolge errungen habe. Ähnlich in einer Kronratssitzung vom 24. Juni. Am 23. August befahl der Kaiser sogar auf einer Landpartie zur Pfaueninsel, von den Versuchen mit der zweijährigen Dienstzeit solle Abstand genommen werden. Damit waren alle Pläne des Reichs-

kanzlers über den Haufen geworfen [13]). Caprivi reichte eine Denkschrift beim Kaiser ein, und daraufhin wiederholte er seine Zustimmung zu den Versuchen mit der zweijährigen Dienstzeit, aber endgültig gewonnen war der Kaiser nun damit noch nicht. Dieses Hin- und Herschwanken des Kaisers verhinderte eine beharrliche Fortführung und Umarbeitung der militärischen Pläne. Noch am 16. März 1892 schrieb Oberst Haberling, Direktor des Zentraldepartements, an Goßler: „Bei Seiner Majestät sind Bedenken gegen die zweijährige Dienstzeit aufgetaucht." Am 25. März 1892 wurde dem Kaiser eine Skizze der beabsichtigten Änderungen der Heeresorganisation vorgelegt, die seine Zustimmung fand. Einen Punkt der Anlage änderte er dahin: „An der dreijährigen Dienstzeit auch für Fußtruppen wird durch Gesetz grundsätzlich festgehalten. Doch werden die Fußtruppen in gewöhnlichen Verhältnissen nur 2 Jahre dienen." [14]) Damit glaubte der Kaiser im Prinzip die dreijährige Dienstzeit wahren zu können. Aber dieser so verklausulierte Ausweg weckte das Mißtrauen der Parteien. Der Kaiser hatte mit dieser Formel die Verhandlungen mit den Parteien unnötig erschwert [15]). Trotzdem erweckte seine Ansprache an die Generäle auf der Herbstparade am 18. August 1892 den Anschein, als ob er von der zweijährigen Dienstzeit nichts wissen wolle [16]). Endlich am 15. Oktober unterzeichnete der Kaiser den Gesetzentwurf, der gerade hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit stark belastet war. Im Prinzip vertrat er die dreijährige Dienstzeit, und überdies behielt sich der Kaiser das Recht vor, im Falle des Widerstrebens der Parteien zur tatsächlichen dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren [17]). Dieses starre Festhalten des Kaisers an der ursprünglichen Fassung war auf die Stimmung in Offizierskreisen nicht ohne Einfluß geblieben. Hier waren die 3 Jahre Dienst zum Stichwort geworden. Unerwartet gab der Kaiser nach, die Stimmung in Offizierskreisen vermochte nicht so schnell zu folgen, und so neigten militärische Kreise dazu, die Verkürzung der Dienstzeit als Nachteil zu betrachten [18]). Gerade diese Opposition militärischer Kreise wurde von den Parteien und ihrer Presse lebhaft aufgegriffen und die Militärvorlage mit dem Argument bekämpft, daß nicht einmal in sachverständigen Kreisen volles Einverständnis über den Wert der Vorlage herrsche. Mit dem langen Zögern und Schwanken in der Hauptfrage der zweijährigen Dienstzeit hängt auch das lange Zögern in dem Festsetzen des Termins für das Einbringen der Vorlage in den Reichstag zusammen. Bei einem Ausflug zur Pfaueninsel am 23. August 1891 äußerte der Kaiser, die Bearbeitung des Planes sei so zu beschleunigen, daß die Vorlage im nächsten Frühjahr, also 1892, an den Reichstag gelange. Caprivi bezeichnete in einer Denkschrift vom 27. August 1891 die Session 1892/93 als den geeigneten Zeitpunkt. Der Kaiser stimmte zu. Nach einem Immediatvortrage des Kriegsministers befahl der Kaiser, den Gesetzentwurf gegen Ende der nächsten Session, also Frühjahr 1893, einzubringen. Der Reichskanzler plante daraufhin, den Gesetzentwurf zu teilen, die militärischen Maßnahmen im Herbst 1892, die Kostendeckung

im Frühjahr 1893 zur Beratung zu stellen. Am 22. Juni 1892 schrieb der Reichskanzler an den Kriegsminister, daß sich der Kaiser die Entscheidung bis zum Herbst vorbehalten habe. Noch am 24. August, nach einem Vortrag des Kriegsministers, war der Kaiser trotz der Billigung des Projektes immer noch unschlüssig hinsichtlich des Termins der Einbringung der Vorlage. Am 14. September konnte dann Caprivi an den Kriegsminister mitteilen, „daß Seine Majestät den 1. Oktober 1893 als Beginn der Neuregelung anzunehmen, gebilligt habe". Nach diesem langen Schwanken und Zögern wirkte diese Plötzlichkeit besonders überraschend [19]). Diese plötzliche Entschließung machte es der Regierung unmöglich, die öffentliche Meinung durch ihre offiziöse Presse in einem der Vorlage günstigen Sinne zu beeinflussen. Während die Gegenseite, die sich zunächst nur auf vage Gerüchte stützen konnte, ihre Zahlen und Summen ungewöhnlich übertrieb. Die Regierung aber erließ gegen diese Alarmnachrichten kein Dementi, weil sie selbst die endgültigen Forderungen nicht zu formulieren vermochte. Ein Teil der Schuld, daß diese notwendige Aufklärungsarbeit unterblieb, trug der Kaiser in seiner schwankenden, unsicheren Haltung. Dieses Hin und Her in den Vorverhandlungen erstreckte sich nur auf den engen Mitarbeiterkreis des Kaisers (Reichskanzler, Kriegsminister, Chef des Generalstabes), und nur indirekt drangen Nachrichten an die Öffentlichkeit. Die Zeitungen wußten wohl von Gerüchten, aber die Angriffe blieben nur Scheingefechte. Weitaus bessere Angriffspunkte boten sich der Öffentlichkeit in den Äußerungen des Kaisers, die an einen größeren Hörerkreis gerichtet waren. Diese zuweilen impulsiven Äußerungen, die Grenze des taktisch Klugen überschreitend, drangen doch in die Öffentlichkeit, und wenn auch die Reichsregierung in ihren offiziösen Organen ihren Inhalt abzuschwächen suchte, sie störten den Gang der Verhandlungen zwischen Kanzler und Parteien empfindlich [20]). Zum ersten Male griff der Kaiser entscheidend ein in seiner Ansprache am 18. August nach der Parade auf dem Tempelhofer Felde. „Darin drückte er in sehr lebhaften Worten sein Erstaunen darüber aus, daß in letzter Zeit in steigendem Maße militärische Interna in die Tagespresse gelangt seien ... Besonders mißbilligte er die Presseerzeugnisse, die militärischen Federn entsprungen sein könnten und die geplante Heeresvermehrung sehr verschieden beurteilten, insbesondere aber weitgehende organisatorische Entschließungen, etwa Einführung der zweijährigen Dienstzeit, befürworteten. Diese erscheine vielen als zeitgemäße Einrichtung, sie sei aber ohne besondere Gegenleistung nicht denkbar. Sollte Reichstag ... die notwendigen Ergänzungen nicht bewilligen, dann erkläre er, daß ihm eine kleine gut disciplinierte Armee lieber sei als ein großer Haufe." [21]) Die Frankfurter Zeitung zog daraus am 19. August 1892 den Schluß, daß der Entwurf der Regierung die Billigung des Kaisers nicht gefunden habe, und die M.V. zunächst von der Tagesordnung abgesetzt werde, da alle bisherigen Angaben sich auf der Basis der zweijährigen Dienstzeit be-

wegten, um vom Reichstag die beträchtliche Erhöhung der Präsenz bewilligt zu erhalten [22]). Die Freisinnige Zeitung drückte ihre Freude aus, daß der Kaiser die zweijährige Dienstzeit nicht zurückgewiesen habe. Aber mit Besorgnis wiederholte sie das Wort Gegenleistungen [23]). Diese Äußerungen über die zweijährige Dienstzeit waren sehr verfänglich, und die offiziöse Presse versuchte sie nur als eine persönliche Meinungsäußerung hinzustellen, die die politische Gesamtlage nicht berühre [24]), vor allem wehrte sie sich gegen die Version, die aus der Rede des Kaisers eine völlige Ablehnung der zweijährigen Dienstzeit konstruieren wollte [25]).

Eine abermalige Stellungnahme des Kaisers erfolgte in der Neujahrsansprache an die Kommandierenden Generale [26]). In den Zeitungen tauchten wieder die verschiedensten Lesarten auf. Die Nationalzeitung wollte zuverlässig wissen, daß der Kaiser den Ausdruck zerschmettern nicht gebraucht, seine Mißbilligung des Widerspruchs im Heere aber entschieden bekundet habe [27]). Der Westfälische Merkur spottete über das mystische Halbdunkel, das schon wiederholt über kaiserliche Auslassungen gebreitet worden sei, und bezweifelte, daß die Neujahrsansprache im Reichsanzeiger im Wortlaut wiedergegeben sei. Die halbamtliche Mitteilung ließ sie als eine Willenserklärung gegen Parlament und Volk erscheinen, die offiziöse dagegen deute sie als gegen die militärische Opposition gerichtet [28]). Wieder ist die Tendenz der Regierung zu spüren, die Anschuldigung gegen das Parlament auf eine ungefährlichere Stelle abzulenken. Die letzte Äußerung knüpft sich ähnlich wie 1892 an eine Parade auf dem Tempelhofer Feld am 9. Mai 1893. Darin erregte besonders die Wendung, „alles, was er vermöge, an die Erreichung derselben zu setzen", das Mißfallen der Presse. Sie witterte daraus eine ähnliche Sprache wie 1862. „Das einzige Mittel, wenn das Parlament seine Zustimmung zu einer Vorlage verweigert, ist die wiederholte Auflösung. Es sind zwiespältige Gefühle, wenn die Krone sich direkt an einer Entscheidung engagiert, die auf dem Boden des geordneten, parlamentarischen Lebens zu erledigen ist." [29]) Die Freisinnige Zeitung betonte, die kaiserliche Ansprache sei nicht in Gegenwart des verantwortlichen Reichskanzlers erfolgt, sie habe also nur den Charakter einer persönlichen Meinungsäußerung. „Aber trotzdem, solche Kritiken sind unseres Wissens zuletzt unter Wilhelm IV. vorgekommen." [30])

Eine besonders eigene Stellung nahm der Kaiser zum Parlament ein. Bismarck hatte das Deutsche Reich geschaffen in der Voraussetzung, daß die historischen Kräfte und Ideen in organischer Zusammenarbeit die staatlichen Obliegenheiten erfüllten. Der konstitutionelle Charakter der Reichsverfassung bildete die Grundlage der Balancepolitik. Das Anwachsen der Sozialdemokratie und die Entwicklung des Parteiwesens in vielfach parteiegoistischem Sinne störte die Balance. Ein Reichskanzler, der getreu der Bismarckschen Verfassung nach dieser Balance regieren wollte, mußte zwischen den sich gegendrängenden Gewalten zerrieben

werden, wenn er nicht mit dem Kaiser und den Bundesfürsten gegen das Parlament oder umgekehrt zusammenging. Die erstere Möglichkeit, also eine Politik des Kanzlers, die sich auf die Mitarbeit des Bundesrats und die Billigung des Kaisers stützte, war infolge der sensiblen, selbstherrlichen Natur des Herrschers erschwert. Dazu kam, daß der Kaiser vielen Einflüssen zugänglich war, so daß eine kontinuierliche Politik nahezu unmöglich war. Der zweite Weg einer Parlamentsregierung scheiterte an den Fraktionsinteressen, es war dadurch den Abgeordneten unmöglich gemacht, nur das Staatswohl im Auge zu behalten und sich danach zu entscheiden. Die Parteien waren nicht gesamtständisch, sondern umschlossen nur einen oder wenige Stände, so kam es, daß die Vorlagen unter dem Gesichtspunkt geprüft wurden, welche Vor- oder Nachteile sie für einen bestimmten Stand in sich schlössen. So blieb der Gedanke lebendig, die Gesetze, die für die Sicherheit und Zukunft des Reiches unerläßlich waren, zu oktroyieren [31]). Caprivi war redlich bemüht, zwischen den Wünschen der Krone und dem Reichstag zu vermitteln. Um sich die Zustimmung des Reichstages zu versichern, machte er das Angebot der zweijährigen Dienstzeit. Der Kaiser dagegen wollte den Konflikt lieber durchfechten. Auch nach seiner Zustimmung zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit hatte er den Gedanken, durch einen Staatsstreich das Gesetz einzuführen, nicht aufgegeben. Die Neujahrsansprache atmete den gleichen Geist. Als Philipp v. Eulenburg mit ihm darüber sprach, berief sich der Kaiser auf gewisse Ratschläge Bismarcks, auch der König von Sachsen vertrete seine Ansicht, den Konflikt zu akzeptieren. Der Großherzog von Baden warnte vor dieser für die Krone bedenklichen Maßnahme. Unter dem Eindruck der Argumente Caprivis, Eulenburgs und des Großherzogs von Baden versprach auch Wilhelm II., eine Verständigung zu erstreben. Für Caprivi war die Lage sehr schwierig, als allen seinen Bemühungen zum Trotz die M.V. doch abgelehnt wurde. In Berlin beriet man aber im Sommer 1893 über die Möglichkeit, die notwendige Vorlage auf ungesetzlichem Wege zu oktroyieren. Caprivi fragte bereits bei den Bundesregierungen an, ob diese gewillt seien, dem Kaiser beizustehen, wenn er den Reichstag zum zweiten Male auflösen und den Konflikt durchführen würde. Es gelang zwar Caprivi, diese gefährliche Politik zu vereiteln, aber um die kleine Mehrheit zu gewinnen, mußte er den Weg der Konzessionen an die Volksvertretung beschreiten, gegen den Bismarck sich mit Erfolg gewehrt hatte, weil er die Autorität der Krone untergraben mußte [32]).

b) Stellungnahme der Regierungen.

Die erste große innenpolitische Aufgabe, die Caprivi zu lösen versucht hatte, war die Volksschulgesetzvorlage, die von dem Kultusminister, dem Grafen Zedlitz-Trützschler eingebracht worden war. Caprivi hatte sich für diese Vorlage lebhaft eingesetzt, die Zurückziehung

und Preisgabe des Grafen empfand er deshalb als eigene Niederlage. „Die eigenartige Haltung Miquels überzeugte Caprivi, daß das preußische Ministerium nie geschlossen gegen die schwankende Haltung des Kaisers auszuspielen war. Darum gab er das Amt eines preußischen Ministerpräsidenten auf“ (24. März 1892) [33]). Er ließ sich aber bewegen, als Reichskanzler weiter zu amtieren mit Rücksicht auf die Militärvorlage, die längst vorbereitet jetzt in den Vordergrund trat [34]). Caprivi war von der Notwendigkeit der Verstärkung unserer Landmacht überzeugt, und zwar nicht erst unter dem Eindruck der neuen politischen Lage, wie sie sich seit 1890 gestaltet hatte [35]), sondern bereits als Chef der Admiralität seit 1883 äußerte er sich zu v. Tirpitz: „Nächstes Frühjahr haben wir den Zweifrontenkrieg.“ Diese Vorstellung von der völkerpsychologischen Notwendigkeit des Zweifrontenkrieges war eine der wichtigsten Voraussetzungen in seinem politischen Denken und Handeln [35]). Von diesem Kriege erwartete er die Beruhigung der europäischen Lage, und um in diesem Kriege als Sieger hervorgehen zu können, trat er so entschieden fast fanatisch für eine Steigerung der deutschen Rüstungen ein. In einem Briefe führte er aus: „In den neuen Kampf (gemeint ist die M.V.) trete ich mit der Überzeugung ein, daß es sich um eine innerlich wahre und notwendige Forderung handelt. Es geht nicht bloß um unsere politische Machtstellung, sondern alles das, was uns in dem Wort deutsch lieb ist, steht auf dem Spiel ... In dem Geschick dieser Vorlage kann die Entscheidung über Deutschlands Zukunft liegen.“ [36]) Die Vorlage ist aber nicht Caprivis eigenstes Werk, sondern er fand bei seinem Amtsantritt die Verdysche Vorlage vor, die auf der dreijährigen Dienstzeit aufgebaut war [37]). Die Verhandlungen 1890 hatten aber Caprivi überzeugt, daß eine Vorlage im Umfange der Verdyschen im Reichstag auf Ablehnung stoßen würde. In einer Denkschrift vom 27. August 1891 betreffend die Weiterentwicklung der deutschen Wehrkraft arbeitete er seinen Standpunkt klar heraus: „Entweder status quo in militaribus oder die zweijährige Dienstzeit. Die Entscheidung liegt in der Frage, kann zur Zeit im Reich um der dreijährigen Dienstzeit willen ein Konflikt mit den gesetzgebenden Faktoren gewagt werden?“ Caprivi, der in seiner Stellung als Reichskanzler einen ehrlichen Makler spielen wollte, verneinte die Frage. Die Jahre 1891/92 sind deshalb von Verhandlungen angefüllt, den Kaiser zur Zustimmung und Billigung der zweijährigen Dienstzeit zu bewegen [38]). Erst nach langen, schweren Kämpfen hat sich Wilhelm II., der in der Tradition der dreijährigen Dienstzeit groß geworden war, das Zugeständnis abringen lassen [39]). Aber während der Kaiser seine Zustimmung von gewissen Klauseln abhängig machte und sich einen Weg der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit sichern wollte, beabsichtigte Caprivi, die zweijährige Dienstzeit von vornherein dem Reichstag als freiwillig zugestandene Konzession erscheinen zu lassen, um dafür eine Erhöhung der Friedensstärke einzutauschen. Die Rechnung erwies sich im parlamentarischen Kampf als falsch. Der Reichstag

sah in diesem Zugeständnis eine selbstverständliche Erfüllung eines schon lange vertretenen Wunsches und widersetzte sich dem Verlangen, dafür eine Erhöhung der Rekrutenzahl einzutauschen. Also gerade das, was Caprivi durch seine Konzession hatte vermeiden wollen, daß die zweijährige Dienstzeit als alte Forderung der liberalen Parteien und des Zentrums zum Angelpunkt der Verhandlungen sich auswüchse, trat ein [40]). Während diese Verhandlungen zwischen Reichsregierung, Kriegsministerium schwebten, drangen schon Nachrichten in die Öffentlichkeit. Die Zeitungen berichteten über ungeheure Kosten, die gewaltigen persönlichen Lasten. Die Regierung traf zunächst keine Gegenmaßnahmen, um die falschen Gerüchte und Vermutungen zu berichtigen oder durch Mitteilungen über die geplante Heeresvermehrung die öffentliche Meinung zu beruhigen, da sie ja nicht in der Lage war, über die endgültige Form der Vorlage etwas auszusagen. Erst als der Pressekampf bereits einige Monate getobt hatte, regte Caprivi Oktober 1892 beim Kriegsminister eine Beeinflussung der Presse zugunsten der M.V. an [41]). Der Kaiser erteilte die Erlaubnis, daß auch Offiziere an dieser aufklärenden Pressetätigkeit sich beteiligen dürften [42]). Im Militär-Wochenblatt, in Broschüren über die M.V. wurde nun Stimmung für die Vorlage gemacht, aber der Kanzler hatte mit dieser „officiösen Preßwirtschaft" wenig Glück. Die bekanntesten Artikel sind „Der Zukunftskrieg und die öffentliche Meinung" vom 26. Okt. und 2. Nov. 1892, Die neue M.V. im ABC-Buch von Eugen Richter [43]), Truppenzahl und Truppengüte [44]), Mißverständnisse [45]), Die vierten Bataillone [46]). Besonders ein Passus im Artikel „Der Zukunftskrieg und die öffentliche Meinung" wirbelte viel Staub auf. Darin hieß es: „Ältere Leute eignen sich nun einmal nicht so gut zum Kriegsdienst wie jüngere. Der verheiratete Landwehrmann denkt an seine Frau oder an seine Kinder, die im Falle seines Todes oder seiner Verwundung in schwere Not geraten ..." Dieser Angriff auf die Landwehr wurde sofort von der Opposition aufgegriffen, und selbst der M.V. günstig gesinnte Kreise mißbilligten diesen Artikel [47]). Das Militär-Wochenblatt mußte auf höhere Anweisung vermutlich ihre Formulierung abschwächen [48]), und die Regierung rückte selbst von diesem Artikel ab, indem sie ihm einen offiziösen Charakter absprach [49]). Auch viele höhere Militärs griffen ein und legten den Wert der Reorganisation dar [50]). Die öffentliche Meinung beargwöhnte diese Beeinflussung, griff die Regierung sogar an. Man stand noch zu sehr unter dem Eindruck der Pressewirtschaft unter Bismarck mit ihren Verleumdungen und Verdächtigungen zugunsten der Pläne der Regierung. Man war der Meinung, daß zwar die Regierung auf eine Beeinflussung der Presse nicht verzichten könne, allerdings müsse dabei jede gehässige Polemik vermieden werden, und zwar sei der Reichsanzeiger dafür das gegebene Organ. Die anscheinend offiziösen Korrespondenten in der politischen Korrespondenz und die Nordd. Allg. Ztg. verwirrten nur die Lage, man konnte Offiziöses und Nichtoffiziöses nicht mehr auseinanderhalten [51]). Die Beeinflussung

durch die Presse erfolgte also zu einem verspäteten Termin, dann schien aber Caprivi das Versäumte nachholen zu wollen. Die Tätigkeit des Pressebüros erlosch auch nicht, als die Verhandlungen im Plenum begannen; sie reichten noch in das Jahr 1893 hinein. Besonders als der Ausgang der Beratungen im Plenum vom 14. Dezember 1892 eine Reichstagsauflösung zuerst wahrscheinlich machte, rief Caprivi den Journalisten Hammann zu sich und bedeutete ihm, daß alles darauf ankomme, Aufklärung in die Wahlkreise zu tragen. In der Reichskanzlei hatte zu diesem Zwecke der Major v. Keim seinen Arbeitsplatz aufgeschlagen, Freiherr Goltz von der Pascha, Leszcynski und General Kameke waren in dem gleichen Sinne tätig. Da besonders die Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes ein wichtiges Argument gegen die Vorlage bildete, hatte sich Caprivi Nationalökonomen wie Gneist, Conrad, Wagner verschrieben, die in Broschüren den Nachweis erbrachten, daß die Militärvorlage das Budget im Vergleich zu den übrigen Staaten nicht übermäßig belaste und von Überspannung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Volkes nicht die Rede sein könne [52]). Neben der Beeinflussung der Presse [53]) war die Haltung Caprivis im Plenum und in der Kommission wichtig. Bei jeder Gelegenheit ergriff Caprivi das Wort, um die Vertreter des Volkes von der Notwendigkeit der Vorlage zu überzeugen, auf alle Fragen gab er bereitwillig Antwort, ständig berichtigte er. Seine ganze Person setzte er in dem Kampfe um die Vorlage ein, weil er von deren Notwendigkeit überzeugt war. Allerdings, sich widersprechende Aussagen vermochte er nicht zu entkräften [54]). Mit beharrlicher Konsequenz formulierte er den Regierungsstandpunkt. Alle Versuche seitens der Freisinnigen und Zentrumspartei, die Forderungen abzuschwächen, wies er als unmöglich zurück. Selbst das Angebot Bennigsens, das zwei Drittel der Regierungsforderung bot, lehnte er auf das entschiedenste ab. Es erweckte den Anschein, als wolle er nicht mit sich handeln lassen [55]).

Die Reichstagsauflösung schien unvermeidlich. Da, in letzter Stunde, arbeitete einer der Führer des Zentrums, von Huene, einen Vermittlungsvorschlag aus, der die Regierungsforderungen nur unwesentlich herabsetzte. Caprivi ergriff die Möglichkeit. Diese Plötzlichkeit, mit der Caprivi im Gegensatz zu allen bisherigen Lösungsversuchen, noch zuletzt bei dem Vermittlungsantrag v. Benigsens, den er schroff zurückwies, sich jetzt auf den Boden des Kompromisses stellte, löste im Reichstag große Überraschung aus [55a]). Es war ein taktischer Fehler, in letzter Stunde den Wünschen des Reichstages sich gefügig zu zeigen. Die Haltung der Parteien war bereits zu diesem Zeitpunkt festgelegt. Einmal nachgegeben, mußte Caprivi die Chance ausnutzen. Er hätte die Entscheidung hinauszögern müssen, um den Mitgliedern des Zentrums und vor allem des Freisinns die Möglichkeit offenzulassen, ihren Rückzug zu motivieren und von seiner Seite aus zu sondieren. Statt dessen nützte er die Anregung des Abg. Schönaich-Carolath, die

eine Verzögerung bedeutet hätte, nicht aus. Dieser Antrag hätte eine dritte Lesung ermöglicht und vielleicht bei einem geschickten Verhandlungstalent die Kompromißgruppe im Freisinn zur Regierungsseite gezogen, die Reichstagsauflösung vermieden und die innenpolitische Spannung nicht durch einen Wahlkampf verschärft [56]).

Eine interessante, staatsrechtliche Frage, die aus Anlaß der M.V. in der öffentlichen Meinung lebhaft diskutiert wurde, war das Problem der Trennung des preußischen Ministerpräsidentenpostens vom Amt des Reichskanzlers. In der Morgennummer des 4. Oktober polemisierte die Nationalztg. „Über die eigenartige Weise, wie die zu erwartende M.V. dem Preußischen Staatsministerium zur Kenntnisnahme unterbreitet worden ist." Die Presse zog daraus den Schluß, daß zwischen dem Reichskanzleramte und der preußischen Regierung ernste Reibungen beständen [57]). Die Nationalztg. berichtete weiter ..., und zwar sei sie dem preußischen Staatsministerium unterbreitet worden mit dem Bemerken, daß ihre Einbringung im Bundesrat als Präsidialvorlage beschlossen sei. Über eine so entscheidende Vorlage sollte wenigstens die Regierung des größten deutschen Bundesstaates um Rat gefragt werden. Aber der Reichskanzler habe das preußische Ministerium nicht gehört, die von ihm und dem preußischen Kriegsminister ausgearbeitete Vorlage sei dann lediglich dem Kaiser zur Unterschrift vorgelegt worden. Das Munkeln vom Konflikt sei deshalb kein Wunder [58]). Die Nordd. Allg. Ztg. als offiziöses Organ weist demgegenüber nach, daß diesmal nicht anders verfahren sei als bisher. Hat der preußische Kriegsminister die Genehmigung zur Ausarbeitung der Vorlage, so setzt er sich mit den übrigen Kriegsministern in Verbindung. Ist der Plan ausgereift, so tritt er mit dem Reichsschatzamt in Verbindung. Nachdem ein Einverständnis dieser vorbereitenden Stellen erzielt ist, wird die Genehmigung des Kaisers eingeholt und zumeist als Präsidialvorlage an den Bundesrat überwiesen. Dieser Weg ist von Anfang an häufiger beschritten worden als die Einbringung von Gesetzentwürfen durch die Einzelstaaten [59]). Die Köln. Volksztg. schreibt unter dem 6. Oktober 1892: „Besteht eine Krisis? Man irrt wohl nicht, daß gewisser Rauch vorhanden. Hätte der Reichskanzler nicht geglaubt, daß hinter der Nationalztg. sich mehr als ein Abgeordneter verstecke, so wäre er wohl nicht mit der Erwiderung in der Nordd. Allg. Ztg. hervorgetreten. Daß verschiedene Kräfte sich dort oben messen, ist kein Geheimnis." Und am 10. Oktober: „Das Staatsministerium tagte am 8. Oktober unter dem Vorsitze des Grafen Eulenburg in Anwesenheit von Caprivi und Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau. Das legt die Vermutung nahe, daß die M.V. Gegenstand der Beratung war. Es sieht so aus, als ob nachträglich die Zustimmung der preußischen Regierung eingeholt werden soll. Um vorhandene Spannungen zu vertuschen, wird von offiziöser Seite alles mögliche über das Einvernehmen berichtet." [60]) Kaum hatte sich die Presse über diesen Gegensatz beruhigt, beginnen die ersten Nachrichten über die Verhandlungen im Bundesrat. Dazu bemerkt

der Bayrische Kurier am 12. September 1892: „Bundesrat soll seine Beratungen in nächster Woche beginnen. Da die M.V. dringlich ist, kann man kaum hoffen, daß der Bundesrat darauf Einfluß ausübt, denn was Militärverwaltung ausarbeitet, dafür wird die Zustimmung sicher erteilt. Die ganze Beratung ist doch nur Formalität. Höchstens, daß dieser oder jener Bundesstaat, vor allem Süddeutschland, Opposition macht, wenn Bier und Tabak bluten sollen. Zur Vorsicht ist der Staatssekretär von Maltzahn nach Süddeutschland, um die Opposition zu beschwichtigen.“ [61]) Die Vorlage wurde dem Bundesrat am 19. Oktober zugeleitet mit der Bitte, größtes Stillschweigen zu bewahren. Die Köln. Ztg. veröffentlichte aber den Wortlaut der Vorlage am 24. Oktober [62]). In der Sitzung vom 28. Oktober im Bundesrat vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Staatssekretär Bötticher die Veröffentlichung der M.V. zur Sprache gebracht. Es wurde von Amts wegen eine strenge Untersuchung eingeleitet. Caprivi betonte, daß fortan sämtliche Drucksachen vom Bundesrat geheim zu behandeln sind [63]). Die Köln. Ztg. meldete aber am 4. November 1892, daß die Untersuchung gegen die Köln. Ztg. wegen Veröffentlichung der M.V. niedergeschlagen sei [64]). Damit verlief eine angekündigte Aktion der Reichsregierung im Sande, die besser sofort unterblieben wäre.

c) Stellungnahme Bismarcks.

Die Stellung des Altreichskanzlers von Bismarck war für die Militärvorlage nicht ohne Bedeutung. Der Gegensatz zwischen altem und neuem Kurs war durch die Junierlasse der Regierung überaus verschärft. Bei der Autorität, die der Fürst in patriotischen Kreisen genoß, mußten seine Anschauungen Mißtrauen gegen den neuen Kurs wecken [65]). Und da er die M.V. in dem ihm nahestehenden Organ (Hamburger Nachrichten) seit Oktober 1892 öffentlich angriff, drangen seine Ansichten weit in das Volk. Die Regierung und ihre Presse gingen zwar stillschweigend darüber hinweg, aber die Oppositionsparteien wußten geschickt die Argumente Bismarcks in ihre verneinende Stellungnahme einzubauen [66]). Zwei Gesichtspunkte sind es vor allem, die Bismarck veranlaßten, die M.V. abzulehnen: 1. Er sah in der Vorlage eine Vermehrung auf Kosten der Qualität, und 2. die Einführung der zweijährigen Dienstzeit hielt er für einen schweren Fehler. In einem Artikel vom 4. November 1892 leugnete er die Notwendigkeit der Forderung, spottete er über die Kriegsgefahr und weist die These vom Zweifrontenkrieg als Gespenst zurück. Frankreich sei friedlich gesinnt, in Rußland wolle das Volk den Krieg auch nicht, und die Person des Zaren verbürge den Frieden. Wir brauchten nur einer Großmacht ebenbürtig zu sein, die Verhinderung ihrer Koalition sei Sache der Diplomatie [67]). Damit nahm Bismarck Caprivi den wichtigsten Stein aus dem Bau seiner Begründung. Nicht nur in bezug auf die politische Lage, auch in militärtech-

nischer Hinsicht machte er Einwände. Er spöttelte über die Zahlenwut, weist darauf hin, daß in den Kriegen der Neuzeit immer die ersten Schlachten entscheidend gewesen sind für den Ausgang eines Krieges, und gerade da sei die Qualität der Truppen das Ausschlaggebende [68]). Besonders das Geschick der dreijährigen Dienstzeit erfüllte ihn mit Sorge. Er warnte vor Versuchen, die an der von Wilhelm I., Roon und Moltke geschaffenen Organisation, die die siegreichen Schlachten im Französischen Kriege bedingt habe, die Grundlagen zerstörten. „Kaiser Wilhelm I., Roon und Moltke haben ihr Geschäft verstanden, daran zweifelt auch heute niemand. Wir sind der Ansicht, daß der Kaiser seine Auffassung auch gegen den Reichstag von 1892 verteidigt hätte." [69]) Bismarck beschränkte sich aber nicht nur auf negative Kritik, er brachte auch Vorschläge. Die Mängel der bestehenden Heereseinrichtungen sah er in der geringen Anzahl der Offiziere und Unteroffiziere und dem geringen Pferdematerial der Artillerie. Er richtete deshalb an die Fraktionen die Aufforderung, durch Anträge aus dem Hause alle Positionen herauszusondern, die die Grundlage der bestehenden Heeresorganisation erschütterten, aber für die Komplettierung des Offizierskorps ... riet er einzutreten [70]). Eine weitere bedenkliche Seite der Vorlage sieht er in dem Wachsen der Unzufriedenheit im Volke über die Lasten, die nach seiner Ansicht nur dem alten Feinde, der Sozialdemokratie, zugute käme [71]). Auch während der Verhandlungen im Plenum griff Bismarck ein, und zwar im Gegensatz zu seiner Haltung als Reichskanzler als Anwalt des Parlaments. In öffentlicher Rede auf dem Marktplatz zu Jena rief er das gebildete Bürgertum Deutschlands zum Kampfe für die Stärkung des Parlaments auf, und gegenüber der Vorlage Caprivis äußerte er, „dem Ansehen der Volksvertretung geschähe, wenn sie den Druck akzeptierte, um dem Konflikt zu entgehen, schwerer Schaden, und immer dringender fiele der Verdacht auf sie, daß ihr nicht das salus publica, sondern regis voluntas suprema lex oberstes Gebot sei" [72]). Und als die Nordd. Allg. Ztg. die Möglichkeit erörterte, daß die Militärverwaltung bei Ablehnen der Vorlage die volle dreijährige Dienstzeit durchführe, wendet sich Bismarck mit der Begründung dagegen, daß der Kaiser zwar nach dem Gesetz die Präsenzziffer des Heeres festsetze, aber das Recht des Kaisers fände seine Grenze im Bewilligungsrecht des Reichstages ... „Mit diesen staatsrechtlichen Auffassungen der Nordd. Allg. Ztg. legt man das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages lahm und treibt dem Konflikt zu." [73]) In einem Artikel vom 23. März 1893 warnte er vor einer Auflösung des Reichstages, denn nach seiner Meinung würde der Wahlkampf für die Regierung eine Niederlage bedeuten. Die Regierung könne sich aber viel leichter mit der einmaligen Ablehnung der Vorlage durch den Reichstag abfinden, als mit einer zweiten Niederlage durch den neugewählten Reichstag. Diese wäre aber gewiß, denn die oppositionellen Parteien erfahren sicher eine Stärkung [74]). Diese Opposition Bismarcks hat die Verhandlungen erschwert, das politische Ge-

wicht, das der Altreichskanzler besaß, verfehlte seinen Eindruck nicht. Diese Opposition war nicht nur von sachlichen Motiven getragen, es klingt darin der Groll wider, politisch verfemt zu sein. Wären jene Juni-erlasse Caprivis nicht erschienen, die Haltung Bismarcks wäre sicher eine versöhnlichere gewesen [75]).

d) Stellungnahme der öffentlichen Meinung.

Wohl selten hat die öffentliche Meinung in Fragen einer Militärvorlage so nachhaltig und ausgebreitet in das politische Spiel eingegriffen wie in der von 1892/93. Sie bildete das Sammelbecken der unzufriedenen Volksstimmung, und sie war die geschickte Zentrale, die bewußt das Volk in bestimmten Richtungen beeinflußte. Zuerst begann die Opposition dieses politische Mittel aufzugreifen, später aber benutzte auch die Regierung ihre Preßorgane, um ihre Absichten in das Volk hineinzutragen. Schon seit Beginn der internen Vorarbeiten, deutlich seit der Mitte des Jahres 1892 nahmen die führenden Zeitungen die Diskussion über die M.V. auf. Besonders für und wider die zweijährige Dienstzeit entspann sich eine lebhafte Preßfehde. Weitaus im Vordergrunde standen aber Fragen finanzieller Art, die voraussichtlichen Kosten, ihre Tragbarkeit und die Art ihrer Deckung. Ganze Berufskreise und Industriezweige [76]) wurden durch die Alarmnachrichten in der Presse beunruhigt. Zusammenfassend läßt sich sagen, die Militärvorlage fand in der Presse, obwohl sie noch nicht hinreichend bekannt war, eine ungünstige Aufnahme [77]). Fast allen schien es zweifelhaft, ob die militärpolitische Lage so eine durchgreifende Reorganisation des deutschen Heeres erfordere [78]). Trotz der Verheißung der zweijährigen Dienstzeit, die einen Wunsch des Volkes erfüllte, war man nicht erbaut von den Kosten, die mit diesem Geschenk verbunden waren. Im Volke fehlte das Verständnis für die organisatorischen Verbesserungen. Man sah nur die hohen Kosten und die persönlichen Lasten. Unglaubliche Summen wurden in die Öffentlichkeit lanciert. Hier wäre es Aufgabe der Regierung gewesen, die öffentliche Meinung durch genaue Mitteilungen über Höhe und Umfang ihrer Forderungen zu beruhigen und vor allem hätte immer wieder auf die organisatorischen Verbesserungen hingewiesen werden müssen. Das lange Zögern der Regierung hatte den radikalen Parteien breite Angriffsflächen gegeben, so daß die öffentliche Meinung längst von den ablehnenden Gedankengängen vollgesogen war, ehe überhaupt die sachliche Aufklärung der Regierung einsetzte. Die Zentrumspresse, vor allem die bayrische, legte den Standpunkt der Partei noch vor der Veröffentlichung, und zwar im Gegensatz zur Parteileitung fest, so daß ihr taktisches Verhalten ungemein behindert war. Im folgenden soll nun versucht werden, dieses Für und Gegen der einzelnen Pressestimmen herauszuschälen und besonders jene Punkte aufzuzeichnen, die noch in die Parlaments- und Kommissionsverhandlungen

hineinwirken. Gewisse Anknüpfungspunkte werden sich dabei aus den schon behandelten Abschnitten ergeben.

Am 12. Juli spricht die Germania von den Arbeiten des Bundesrates und erwähnt die auffällige Tatsache, daß in der offiziösen Zusammenstellung von der M.V. und ihren Deckungsvorschlägen nicht einmal die Rede sei. Von diesem Zeitpunkt ab häufen sich die sich widersprechenden Nachrichten über den Termin der Einbringung. Die Dortmunder Ztg. nennt am 6. August das Frühjahr 1893. Am 26. Aug. 1892 weiß die Germania dagegen zu berichten, der Inhalt der Vorlage stehe fest, aber noch nicht, ob sie 1893 oder erst 1893/94 eingebracht werden soll. Plötzlich am 11. September nennt die Germania Weihnachten 1892 und verbindet damit gleichzeitig die Aufforderung an die Regierung, daß sie doch endlich eine authentische Mitteilung darüber im Reichsanzeiger mache. Besonders die zweijährige Dienstzeit fand in der Presse ein lebhaftes Echo. Die Kreuzzeitung beargwöhnte die neue Vorlage und fürchtete durch das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit eine Vermehrung der Armee auf Kosten der Qualität [79]). Am 17. August berichtete die Freisinnige Ztg., daß sich einflußreiche Militärs gegen die zweijährige Dienstzeit aussprechen würden, während Caprivi, der Kriegsminister und Chef des Generalstabes sie befürworteten. Die Ansprache des Kaisers auf dem Tempelhofer Feld am 18. August 1892, worin eine deutliche Absage an die zweijährige Dienstzeit enthalten war, veranlaßte die Köln. Ztg. zu der Feststellung, daß der Reichstag unter allen Umständen bei einer derartigen Forderung der Regierung diese als Voraussetzung verlangen werde, und zwar ohne Ausnahme, denn für die Windhorstschen Resolutionen hätten 1890 Polen, Freisinn, Süddeutsche Volkspartei, Zentrum und auch Nationalliberale gestimmt [80]). „Aber etwas Gewisses weiß man nicht über die Aussichten der zweijährigen Dienstzeit." [81]) Am 28. August macht dann die Köln. Ztg. die Mitteilung, daß die Vorlage die Entlassung nach dem 2. Dienstjahre wenigstens bei den Fußtruppen vorsehe [82]). Die Tatsache, daß bei einzelnen Regimentern Versuche mit der zweijährigen Dienstzeit unternommen wurden, schien für die Presse die Bestätigung [83]). So war schon in diesen Äußerungen ein Brennpunkt der Verhandlungen mit den Parteien vorgezeichnet. Während die einen (Konservative) sie bekämpften, war sie für die liberalen Parteien die Voraussetzung zur Zustimmung. Besonders die Frage der finanziellen Deckung, die vermutliche Höhe der Forderungen gab zu erregten Auseinandersetzungen Anlaß. Im Volke war die Neigung, weitere Militärlasten zu übernehmen, gering. Die Presse spiegelt diese Volksstimmung wieder. Mit seltener Einmütigkeit sprach sie sich über die finanziellen Forderungen aus. Entweder wurde der Standpunkt vertreten, nur das Notwendigste, oder keinen Mann und keinen Groschen; zwischen diesen beiden Extremen schwankte die Stellungnahme der einzelnen Zeitungen und der dahinterstehenden Parteien. Schon am 2. August meldete die Post anscheinend offiziös, die jährlichen Ausgaben für das Projekt

schwanken zwischen 32 und 60 Millionen [84]). Am 6. September war diese Summe schon auf 70—80, ja sogar 100 Millionen gestiegen [84]). 100 bis 150 Millionen war die höchste Ziffer, die als Schreckgespenst in den Zeitungen erschien, bis dann die öffentliche Meinung mit 60 Millionen jährlicher Belastung und 80 Millionen einmaliger Ausgaben das Richtige traf [86]). Diese Nachrichten von der ungeheuren steuerlichen Belastung erhöhten die Mißstimmung in Volkskreisen. Auch hier unterließ es die Regierung, durch ihre Organe diesen Gerüchten von vornherein den Boden abzugraben. Die Zeitungen malten nicht nur dieses Schreckgespenst der M.V. an die Wand, sondern sie erhoben sogleich die Mahnung an die Regierung, ihre Forderung auf „das absolut gebotene Maß" zu beschränken, denn das Land sei an die Grenze der Leistungsfähigkeit für militärische Forderungen angelangt [87]). Wie aber sollte diese Summe aufgebracht werden? Darüber setzte neues Rätselraten der Presse ein.

Zweierlei Wege konnten zur Deckung der Kosten der Militärvorlage beschritten werden. Der erste Weg war eine Erhöhung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten oder der indirekten Steuern, der zweite die Einführung einer neuen Steuer. Im Volke war die Abneigung gegen eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern groß. Der erstere Weg war nicht gangbar, da der größte Bundesstaat Preußen durch eine umfassende Steuer- und Finanzreform seinen Haushaltplan ausgleichen wollte [88]). So blieb also nur die Möglichkeit übrig, die indirekten Steuern zu erhöhen oder sich neue Steuerquellen zu verschaffen. Die Zeitungen berichteten auch von Verhandlungen zwischen dem Reichsschatzamt und den Finanzministern der größten deutschen Einzelstaaten [89]). Bier, Branntwein und Tabak, war die herrschende Meinung, würden die Objekte der Besteuerung sein [90]). Das Gerücht über eine Wehrsteuer, die bereits 1881 eine Rolle spielte, wurde bekämpft, da sie nicht mit dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht zu vereinbaren sei [91]). Eine günstige Aufnahme fand nur die Absicht, die Börse stärker mit Abgaben zu belasten und der Militärvorlage dienstbar zu machen [92]).

Aufmerksam verfolgte die öffentliche Meinung den Gang der Verhandlungen der Militärvorlage. Am 27. August erschien in der Nordd. Allg. Ztg. die Meldung, daß sie nach übereinstimmender Begutachtung aller Faktoren die Genehmigung der entscheidenden Stelle erhalten habe [93]). Anfang Oktober tauchte die Nachricht auf, daß die Militärvorlage bereits dem Bundesrat zugegangen sei. Die Nationalztg. berichtigte aber, es sei nicht der Bundesrat, sondern die preußische Regierung gewesen. Der Bundesrat trete erst am 8. Oktober zusammen. Diese Mitteilung gab zu dem Gerücht von Differenzen zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung Anlaß [94]). Während noch die Diskussion über die vermutliche Höhe der Lasten in vollem Gange war, griff die Köln. Ztg. den Absichten der Regierung zuvor und veröffentlichte die dem Bundesrat geheim zugegangene Vorlage (23. Oktober 1893) [95]). Die ge-

samte Presse nahm zu der Veröffentlichung Stellung [96]). Diese Bekanntmachung des Planes der Regierung änderte aber nicht die Haltung der opponierenden Presse. Die Zeitungen der Rechten hielten die Vorlage noch für unangenehmer als das Gerücht, das dieser Bekanntmachung vorausging. Die Freisinnige Ztg. war der Ansicht, daß die Vorlage im Reichstag keine Zustimmung finden würde. Die Germania wendete sich gegen die gesetzliche Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit [97]). Auch in Broschüren und Zeitschriften tobte der Kampf um die M.V. Militärs im Auftrag der Regierung, Parlamentarier im Interesse ihrer Partei, Militärs aus Sorge um Deutschlands zukünftige Wehrkraft setzten sich für oder gegen die M.V. ein. Der Umfang dieser Flugschriften beweist, wie sehr die Vorlage die öffentliche Meinung beschäftigte, und sie zeigt ferner, wie einschneidend sie die damalige Militärverfassung änderte. Von den Arbeiten militärischer Sachverständiger sind die Veröffentlichungen des v. Boguslawski die bedeutendsten. Bereits 1891 veröffentlichte er, Caprivi sehr gelegen, eine Studie zur zweijährigen Dienstzeit. Er führt in seinem Vorwort aus: „In dieser Schrift trete ich für die zweijährige Dienstzeit ein. Vorwurf sicher Standpunkt der Partei, welche zur Regierung in Angelegenheiten des Heeres in Opposition stand, Freisinn. Wer meine Schrift liest, wird sehen, daß ich sie in ganz anderem Sinne und unter ganz anderen Bedingungen eingeführt zu sehen wünsche." In einem einleitenden Artikel legte er die historische Entwicklung des deutschen Heerwesens bis zum gegenwärtigen Stand dar, wies auf das neue Wehrgesetz in Frankreich hin (15. Juli 1889) und die verstärkten russischen Aushebungen, die gebieterisch eine umfangreiche Verstärkung des deutschen Heeres erheischten. Nachdem er die unhaltbaren Zustände unserer gegenwärtigen Heeresverfassung mit der verstümmelten dreijährigen Dienstzeit aufgezeigt hat, formuliert er seine Ausgleichsvorschläge folgendermaßen (S. 46/47): „Die dreijährige Dienstzeit voll und ganz durchzuführen, ist wegen der ungeheuren Kosten unmöglich. Die jetzigen Zustände sind nur ein Notbehelf und müssen eine Abschwächung des militärischen Geistes zur Folge haben. Die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen, Artillerie und Pionieren ist das einzige Mittel, diesen Zustand zu beseitigen." Als Ausgleichsmittel schlug er vor: verstärkte Offizier- und Unteroffiziercadres, vierwöchentliche Übungen im dritten Dienstjahr, Vergrößerung der Landwehrbezirksstämme, bessere Ausbildung der Reserve- und Landwehroffiziere [97]). Vom Major Keim [98]) erschien gleichfalls eine Schrift, die die Notwendigkeit einer Heeresverstärkung beweist. Das Argument: Deutschland darf in einem zukünftigen Kriege nicht geschlagen werden aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen. An Hand einer umfangreichen Statistik weist er nach, daß Deutschland gegenüber den Rüstungen unserer mutmaßlichen Gegner nicht quantitativ, sondern auch qualitativ nachstehe. Die Zahlen an ausgebildeten Mannschaften übersteigen die des Deutschen Reiches bedeutend und es drohe daher eine schnellere

Mobilmachung von den Feinden. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, die deutsche Wehrmacht zu verstärken. In einem folgenden Abschnitt legt er die militärischen Gesichtspunkte der M.V. dar, hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit berührt er sich mit den Ausführungen des v. Boguslawski [99]). Neben diesen umfassenden Darlegungen steht eine noch größere Zahl von Artikeln, Reden und Petitionen aktiver und inaktiver Militärs. Die Zeitungen spöttelten über die pensionierten Offiziere unter den Militärschriftstellern, die schon wieder daran seien, die Zeitungen mit ihren Artikeln zu füllen. Es sei nur bedauerlich, daß Redakteure in Ermangelung einer eigenen Sachkenntnis diese Artikel kritiklos hinnähmen [100]). Eine besonders auffällige Tatsache war es, daß der Geburtstag des Kaisers von den Kommandierenden Generälen benutzt wurde, um für die M.V. Stimmung zu machen. So wies der General Schkopp in Köln auf den kommenden Krieg hin und begrüßte den Schritt des Kaisers, der den Ernst der Lage richtig erkannt habe und die Volksvertreter nun auffordere, für eine große Rüstung zu sorgen. Ebenso erinnert der General Lewinski in Breslau an die schwere Zeit, in der wir leben, und es bedürfe der ganzen Kraft des jungen Herrschers, um die Macht und Würde des Deutschen Reiches zu erhalten [101]). Die politisch bedeutsamste Rede hielt der Graf Waldersee in Altona im Sinne der M.V. Der Graf galt als ein Gegner dieses Reorganisationsplanes, und die Rede des Kaisers vom 1. Januar 1893 über den Widerstand militärischer Kreise galt besonders als an die Adresse des Grafen gerichtet. Jetzt sprach sich nun der Graf in unzweideutiger Weise für die M.V. aus [102]). Der General von Leszcynski richtete in der Köln. Ztg. „einen Mahnruf in letzter Stunde“ an die Öffentlichkeit: „Heute hätten wir noch die Freiheit des Handelns. Seit 1879 bestehe die Möglichkeit des Zweifrontenkrieges.“ [103]) Den Kriegervereinen war es unmöglich, zu der M.V. in Petitionen Stellung zu nehmen, da die Satzungen dies ausdrücklich verboten. Nur Baden machte eine Ausnahme [104]). Auch der Provinzialausschuß der Rheinprovinz erließ eine Petition an den Reichstag, in der er die Vorschläge der Reichsregierung befürwortete [105]). Die Preußischen Jahrbücher nahmen gleichfalls Stellung zu der neuen Heeresreform im bejahenden Sinne [106]).

Ebenso lebhaft war der Widerhall, den die M.V. in nichtmilitärischen Kreisen fand. Es gab entschiedene Anhänger, die die M.V. freudig begrüßten, ihre Notwendigkeit anerkannten und auf die organisatorischen Verbesserungen hinwiesen, die eine Verminderung der persönlichen Lasten bedeuteten, aber auch fanatische Gegner [107]). Auf Einladung eines engeren Komitees fand in Berlin sogar eine Versammlung in der Viktoriabrauerei statt, auf der Prof. Delbrück, v. Boguslawski, Präsident Nobbe, Prof. Wagner und Freiherr v. Wöllwarth sprachen. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Militärvorlage als politisch notwendig pries und die Ansicht aussprach, daß das deutsche Volk opferwillig und leistungsfähig genug sei, die Lasten zu tragen [108]). Da-

neben tauchten auch Stimmen auf, die in Anbetracht der widerstrebenden Volksstimmung gewisse Vermittlungsvorschläge brachten, von denen sie eher eine Annahme erwarteten. So empfahl man eine Reduzierung der Forderungen in Form einer Verminderung der Dienstzeit. Die Ausbildung der Gemeinen sollte gemäß den Vorschlägen der Regierung zwei Jahre dauern, für Mannschaften mit höherer Bildung nur ein Jahr. Also eine weitere Ausdehnung des Prinzips der Einjährig-Freiwilligen [109]). Auch von parlamentarischer Seite liegt ein Versuch vor, den Konflikt zu vermeiden und die Grundlagen zu einem Kompromiß zu schaffen, das den Kern der Vorlage und die Wünsche des Volkes berücksichtigt [110]). Der wildliberale Abg. Wisser, von dem der Versuch herrührte, legte seinen Standpunkt sogar paragraphisch fest, und in den Verhandlungen des Parlaments spielten seine Vorschläge eine gewisse Rolle. Hier die kurze Formel:

„1. Mit 1. Jan. 1899 tritt die zweijährige Dienstzeit für alle Fußtruppen des stehenden deutschen Heeres als längste Dienstdauer in Kraft. Von diesem Zeitpunkt wird der Etat des Reichsheeres mit allen Teilen des Reichsetats jährlich festgestellt.

2. Die praktische Durchführung der zweijährigen Dienstzeit für alle
   a) Fußtruppen nach Plänen der Reichsregierung wird ab 1. Jan. 1894 vollzogen.
   b) Zur Durchführung aller derjenigen Heereseinrichtungen wird geschritten, welche nach dem technischen Ermessen der Reichsregierung erforderlich sind, um alle waffenfähigen Mannschaften auszubilden ...

3. Zur Durchführung dieser Aufgabe wird
   a) der gegenwärtige Etat des Reichsheeres vom 1. Jan. 1894 bis 1. Jan. 1899 festgesetzt,
   b) der Reichsregierung ein Pauschquantum ... von ... für diese Zeit bewilligt zur Ausführung der in 2. a, b in Aussicht genommenen Reform."

4. und 5. bringen Steuervorschläge (Fabrikat-, Börsen- und eine Einkommensteuer bei über 15 000 M. Einkommen). Der Plan Wissers vereinigte mehrere Forderungen des Liberalismus, gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit und die jährliche Festsetzung des Heeresetats mit Forderungen der Regierung, der er über das Pauschquantum freie Verfügung einräumte. Die Höhe der Summe war noch nicht eindeutig festgelegt. Die Zugeständnisse des Freisinns und des Zentrums zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die dem Wisserschen Pauschquantum zugrunde lagen, bewegten sich um 25 Millionen Mark, das Angebot der Nationalliberalen um 45 Millionen. Die Deckung sollte auf Kosten der leistungsfähigen Schultern erfolgen, von einer Erhöhung der indirekten Steuern hatte er Abstand genommen (besonders im Zentrum Widerstand). Diese Lösung mußte aber parteitaktisch auf ernstliche Schwierigkeiten stoßen. Voraussetzung für diesen Plan war ein Pakt

der Liberalen mit den „Ultramontanen“. Aber nicht einmal im Lager der Liberalen war Einvernehmen. Der gemäßigte Liberalismus war zu weiteren Konzessionen bereit als der radikale. Und obendrein hätte die Regierung nie das Angebot akzeptiert. So war das Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ein beliebiges Argument der Gegner der Militärvorlage war das Schlagwort vom Militarismus. Caprivi spöttelte zwar über den lahmen Gaul, den man wieder hervorhole. Eine Broschüre [111]) war aber trotzdem von diesem Schlagwort nicht abgegangen. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß der Kaiser nach der Reichstagsauflösung seine Kritik über die Haltung der Parteien nicht im Kreise von Ministern oder zivilen Personen, sondern vor Militärs ausgesprochen habe, ein symptomatisches Zeichen dafür, wie sehr der militaristische Geist bei uns herrsche. In weiteren Abschnitten wurde dann die Einwirkung dieser Haltung auf die Armee, die bürgerliche Gesellschaft, den Staat, die Gesetzgebung und die Verwaltung untersucht. Das Ergebnis dieser Broschüre ist eine Warnung vor diesem Militärgeist. Die Militärvorlage wurde aber nicht nur in der inländischen Presse eingehend gewürdigt, auch die ausländische Presse nahm dazu Stellung. In Paris, so berichtet Waldersee Bd. 2 S. 267, sei man über die Höhe der Militärforderungen erstaunt, vielleicht sogar erschreckt. Der l'Avenir militaire schließt eine Besprechung der deutschen Militärvorlage mit folgenden Betrachtungen: „Was können wir tun? Nichts. Frankreich ist an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Die Zahl der Geburten nimmt in Frankreich in beunruhigender Weise ab. Wir sind daher nicht imstande, mit Deutschland in der Vermehrung des Friedensstandes gleichen Schritt zu halten. Unsere Lage ist daher sehr ernst, wir müssen das Wachsen der deutschen Kriegsmacht ansehen, ohne etwas dagegen tun zu können.“ [112]) Eine russische Stimme, Moskowija Wjedomosti [113]), schreibt: „Wie in früheren Zeiten, so werde auch jetzt Rußland herhalten müssen, um die M.V. plausibel zu machen. Mit der M.V. wird Deutschland an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sein. Rußland wird sehr wohl die Zahl der Einberufenen verdoppeln können. Wenn Rußland Mittel findet, was wird dann demgegenüber die Vermehrung der deutschen Armee bedeuten?“ Noch während des Wahlkampfes 1893 Mai/Juni war die Haltung der französischen Presse, die über die Ablehnung des Antrages Huene jubelte, eine willkommene Wahlhilfe für die Regierung [114]). Im Plenum charakterisierte der konservative Abgeordnete v. Kardorff die Haltung der ausländischen Presse. In Österreich herrsche Befriedigung über die Heeresvermehrung. In Frankreich sehe man die Sache sehr ruhig an. Von Kriegsbeunruhigung könne keine Rede sein. Unangenehm berühre die Haltung der Times. Ihr Enthusiasmus sei ein bedenkliches Zeichen, weil alle englischen Regierungen die Neigung hätten, andere Staaten die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen [115]). Rückschauend läßt sich sagen, daß die öffentliche Meinung entscheidend in die Geschicke der M.V. ein-

gegriffen hat. Sie wurde das Barometer für die Stimmung im Lande und das Organ, welches die Wähler in parteipolitischem Sinne beeinflußte. Wirklich große nationale Gesichtspunkte fanden nur selten Berücksichtigung. Die offiziöse Presse und von Regierungsvertretern inspirierte Artikel zeigen diese großen politischen Leitlinien auf. Im Vordergrund der Regierungsarbeit stand die Aufklärung über die militärtechnische Seite der Vorlage, während die Parteipresse, aus ihrem Wirkungskreis verständlich, die finanziellen Fragen übermäßig betonte. Um die miltärtechnischen Vorzüge der Vorlage würdigen zu können, fehlte vielfach ein sachverständiger Berichterstatter. Die Gründe dieser opponierenden Haltung waren aber nicht etwa Geschäftsrücksichten oder parteitaktische Erwägungen, sondern die politische Lage konnte von ihr nicht klar gesehen werden. Die vollzogene russisch-französische Allianz war damals noch unbekannt [118]). Caprivi hatte selbst betont, daß sich die politische Lage seit dem Abgange Bismarcks nicht zu unseren Ungunsten verändert habe! Auch der Altreichskanzler leugnete die militärpolitische Notwendigkeit der Vorlage. So hatte zunächst die öffentliche Meinung den Eindruck, daß sie einseitig von den Wünschen militärischer Kreise getragen sei. Darum erhob die Presse, gleich welcher Richtung, als Minimum die Forderung: Beschränkung auf das absolut Notwendige. Die Aufklärungsarbeit der Regierung, die Haltung des Kaisers und parteitaktische Erwägungen führten dann zu einem Abbröckeln der Opposition auf konservativer und nationalliberaler Seite, aber die Mehrheit der öffentlichen Meinung verharrte nach wie vor auf der ablehnenden Stellungnahme. Diese Haltung hat aber die Reichstagsverhandlungen maßgeblich beeinflußt.

3. Stellungnahme der Parteien und ihrer Presse.

Nach der Reichsverfassung lag die gesetzgebende Gewalt beim Bundesrat und Reichstag, und zwar war ein Mehrheitsbeschluß beider Faktoren zu einem Reichsgesetz erforderlich. Dem Kaiser stand die Ausfertigung und Verkündigung und die Überwachung ihrer Ausführung unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu. Vorschläge zu einem Reichsgesetz konnten vom Bundesrat, Reichsregierung oder Reichstag eingebracht werden. In der Militärgesetzgebung lag die Initiative bei der Reichsregierung, bis zum Weltkrieg ist von der Volksvertretung kein Gesetzentwurf eingereicht worden. Die Ausarbeitung des Entwurfes erfolgte im preußischen Kriegsministerium, das im engen Einvernehmen mit dem Chef des Generalstabes arbeiten mußte. Den Kriegsministerien in Dresden, München, Stuttgart stand das Recht der Mitarbeit für ihre Truppenkontingente zu. Eine wichtige Instanz, die sich in der Militärgesetzgebung immer mehr in den Vordergrund schob, war das Reichsschatzamt, das die Vorlagen auf ihre finanzielle Tragbar-

keit zu prüfen hatte. Nach der Genehmigung durch den Kaiser wurde dann der Gesetzentwurf dem Bundesrat, danach dem Reichstag unterbreitet. Sobald in beiden Instanzen ein übereinstimmender Mehrheitsbeschluß erzielt war, konnte die Veröffentlichung als Reichsgesetz erst erfolgen [117]). Der Reichstag war damit entscheidend in die Reichsgesetzgebung eingeschaltet. Seine Zustimmung war Voraussetzung zu dem Inkrafttreten eines Gesetzes. Von der Regierung aus gesehen, ergab sich daraus die Möglichkeit, bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes die Stimmung des Reichstages zu berücksichtigen. Bismarck hatte es immer erreicht, dieses Gegengewicht des Reichstages nicht übermäßig werden zu lassen. In seiner Militärgesetzgebung waren lediglich die militärpolitische Lage und die militärische Notwendigkeit maßgebend. Parlamentarische Rücksichten spielten dabei eine unbedeutende oder überhaupt keine Rolle. Mit dem Weggange Bismarcks änderte sich das Bild, der neue Reichskanzler dachte der Volksvertretung selbst eine andere Stellung zu. So kam es, daß die Rücksichtnahme auf die Wünsche des Reichstags bei der Gestaltung der Militärgesetzgebung immer mehr Einfluß ausübte. Die Schwierigkeiten steigerten sich noch dadurch, daß der Reichstag nicht als eine geschlossene Körperschaft der Reichsregierung gegenüberstand, sondern in Gruppen und Grüppchen zerfiel. Die Stellung der fünf größten Gruppen unter ihnen (Zentrum, Freisinn, Konservative, Nationalliberale, Sozialdemokratie) war zumeist entscheidend, aber unter gewissen Verhältnissen spielten gerade die Splittergruppen das Zünglein an der Waage. „In der Militärgesetzgebung zeigt sich das eigentümliche Bild, daß gerade in dem so waffentüchtigen deutschen Volk die Parteien sich so schwer mit neuen Forderungen befreunden konnten. Die Ursache war weniger ein Mangel an Patriotismus, als eine parteipolitische Machtpolitik oder parteiprogrammatischer Starrsinn.“ [118]) Überblickt man die Zusammensetzung des Reichstages, so ergibt sich folgendes Bild. Eine Mehrheit für die M.V. war nur möglich, wenn einer von den früheren Gegnern des Kartells, entweder der Freisinn oder das Zentrum dafür stimmten [119]).

Die Zahl der Abgeordneten betrug im Reichstag 1892/93 397, zur Mehrheit waren also 199 Stimmen erforderlich. Die Gruppe der Mittelparteien und gemäßigten Liberalen, die von Regierungsseite als wahrscheinliche Befürworter der M.V. in Rechnung gesetzt wurden, umfaßte 128 Stimmen [120]). Zur Mehrheit fehlten also 72 Stimmen, die entweder aus dem Freisinn oder dem Zentrum sich ergeben konnten [121]). Diesen beiden Gruppen war es also in die Hand gegeben, der M.V. zur Annahme oder Ablehnung zu verhelfen. Eine weitere Möglichkeit war, daß beide Fraktionen zwar nicht geschlossen für das Regierungsprojekt stimmten, aber größere Teile von beiden entgegen der Fraktionsansicht stimmten. Auch die kleineren Gruppen der Polen, Wilden und der Antisemiten konnten für das Mehrheitsverhältnis entscheidend werden. Freisinn und Zentrum gaben aber doch den Ausschlag. In den folgenden Ausfüh-

rungen werde ich deshalb die Stellungnahme dieser zwei Fraktionen besonders ausführlich entwickeln, den Standpunkt der übrigen Parteien kürzer kennzeichnen. Die anderen noch vorhandenen Gruppen finden in dem Abschnitt über die Verhandlungen im Plenum Berücksichtigung.

a) Konservative Partei.

Fürst v. Bülow charakterisierte die Stellung der Konservativen Partei zu den Heeresforderungen der Regierung mit den Worten: „Die Konservativen haben ein volles Recht auf den Ruhm, dem Vaterlande noch niemals einen Mann verweigert zu haben.“ [122]) Das Überraschende in der Haltung der Partei zur M.V. ist das Mißtrauen, mit dem die konservative Presse zunächst den Gerüchten über die M.V. begegnete. Wenn auch das zunächst ausgesprochene Nein schon das Ja durchhören läßt, es war doch das erstemal, daß die Partei entschieden ihr Mißfallen über die Pläne der Regierung bekundete, während die Partei in den letzten Jahren unter Wilhelm I. und dem Kanzler Bismarck die Politik so entschieden unterstützte. Auch solange der Altreichskanzler unter Wilhelm II. die Geschäfte des Reiches führte, dauerte das Bündnis zwischen Konservativen und Regierung an. Die große Mehrheit der Partei kannte die staatsmännische Größe Bismarcks an und leistete ihm Gefolgschaft. Als Bismarck ausschied und die deutsche Innen- und Außenpolitik neue Wege ging, standen die konservativen Führer vor der Frage, ob sie unter allen Umständen regierungstreu den Wünschen und dem Verlangen des Kaisers entsprechen oder rein sachliche Politik treiben sollten. Den ersten Standpunkt vertrat der Vorsitzende des Hauptausschusses v. Helldorf, dem ein politischer Kampf zwischen Kaiser und Bismarck vorschwebte, in dem es Pflicht der Partei sei, den Monarchen zu stützen [123]). Die Führer im Hause der Abgeordneten, v. Rauchhaupt und v. Limburg-Stirum, vertraten den zweiten Standpunkt. v. Limburg-Stirum stand in ständiger Verbindung mit Bismarck und wußte, daß dieser in Sorge um sein Werk das deutsche Volk vor falschen Schritten warnen wollte, also die Regierungspolitik aus sachlichen Gründen bekämpfte. Der Austritt v. Helldorfs aus dem Hauptausschuß klärte die Lage. Die führenden Persönlichkeiten v. Levetzow, Graf Kanitz-Podangen, v. Heydebrandt, v. Erffa, v. Pappenheim und Mirbach teilten die Ansicht v. Limburg-Stirums. „Leicht ist ihnen allen die Opposition nicht geworden.“ [124]) Vielleicht verschärfte die mißliebige Handelsvertragspolitik Caprivis und die Zurückziehung des Volksschulgesetzentwurfes, für das sich die Konservativen eingesetzt hatten, ihre oppositionelle Stellung zur Regierung. Zwei Argumente, die Höhe der Kosten und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, führte besonders die konservative Presse gegen die M.V. ins Feld [125]). Am 13. August 1892 erschien in der Neuen Preußischen Ztg. ein Artikel „Unpopuläre militärische Betrachtungen“, der sich gegen die liberale Front für die zweijährige Dienstzeit wendet.

Er wies auf die entschiedene Stellungnahme des Kaisers Wilhelm I. für die dreijährige Dienstzeit hin und polemisierte gegen die Ausführungen der Münchener Allg. Ztg., welche die Bedenken des Kaisers gegen die Verkürzung der Dienstzeit erwähnte und im Gegensatz dazu die befürwortende Haltung Caprivis stellte. Sie hielt es für unmöglich, daß ein preußischer General solche Experimente billigen könne. Da aber der Kaiser als oberster Kriegsherr sich so entschieden für die Beibehaltung der Grundlage der bisherigen Heeresorganisation ausgesprochen hatte, schloß dieser Artikel durchaus zuversichtlich [126]). Als der Reichsbote, anscheinend aus Regierungskreisen informiert, die in Kürze zu erwartende M.V. besprach, nahm auch die Neue Preußische Ztg. dazu eindeutig Stellung. „Die Konservativen könnten der M.V. mit ihrer zweijährigen Dienstzeit und ihren ungewöhnlich hohen Forderungen (80 Millionen dauernd, 100—150 einmalige Ausgaben) nicht zustimmen." In ihrer Begründung wies sie noch einmal eindringlich auf die Urteile Wilhelms I. und seiner militärischen Berater hin, die sie abgelehnt hätten, da sie die Schlagfertigkeit der Armee untergrabe [127]). Am 5. und 6. Oktober 1892 veröffentlichte sie zwei Artikel, wieder mit der Überschrift „Unpopuläre militärische Betrachtungen", die abermals der zweijährigen Dienstzeit den Kampf ansagten. „Es handelt sich einfach darum, ob das Kleinod der Armee, die Erziehung von Kerntruppen, gegenüber den Massen preisgegeben werden soll." Gegen die enthusiastischen Bewunderer im liberalen Lager führte sie ins Feld, daß die Erhaltung einer Armee von bestimmter Friedensstärke um so billiger sei, je länger die Dienstzeit dauere, denn die längere arbeite mit geringerem Dienstpersonal und einem geringeren Etat an Offizieren und Unteroffizieren. Eine längere Dienstzeit erhöhe auch die Qualität der Truppe. Zu dem Gedanken der Verjüngung der Armee äußerte sie sich sehr skeptisch. „Solange die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die ersten Schlachten die entscheidenden sind, haben wir keinen Grund, die erste Staffel in der Qualität zu verringern auf Kosten einer Stärkung der in zweiter oder dritter Reihe stehenden. Volkswirtschaftlich bedeute jedenfalls die verkürzte Dienstzeit keine Erleichterung, aber auch aus militärischen Gesichtspunkten müsse das Experiment der zweijährigen Dienstzeit verworfen werden."

„Wir haben deshalb die Überzeugung, daß es politische Motive sind, welche die zweijährige Dienstzeit auf den Kauftisch der Parteien schieben. Für uns ist der Vorgang besonders schmerzlich, weil wir zum erstenmal gezwungen sind, nicht nur an einer M.V. Kritik zu üben, sondern ihr sogar entgegentreten zu müssen. Für die konservative Partei ergibt sich die eigentümliche Lage, daß sie für eine Vorlage der Regierung eintreten soll, deren Grundsätze sie im Verein mit der Regierung im 30 jährigen Kampfe verhindert hat." Aber selbst bei Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit wäre die Vorlage auf Widerstand gestoßen, denn die Höhe der Forderungen stand nach ihrer Meinung im Wider-

spruch zu Äußerungen Caprivis und Verdys [128]). Auch parteitaktisch beargwöhnten die Konservativen die zweijährige Dienstzeit, sie sahen darin ein Zugeständnis an Sozialismus und Liberalismus. Der Konservative Verein in Großenhain (Sachsen) richtete sogar an den Reichstagsabgeordneten v. Friesen die Bitte, er möge sich doch gegen eine erneute Heeresvermehrung aussprechen, und falls sich doch dafür eine Mehrheit fände, energisch für eine stärkere Besteuerung der Börse eintreten [129]). Noch am 26. Oktober 1892 gab der konservative Abgeordnete v. Massow die Erklärung ab, daß er sich offen zur dreijährigen Dienstzeit bekenne, dabei ständen ihm militärische Autoritäten wie Wilhelm I., Graf Moltke und Roon zur Seite. Er wolle aber trotzdem noch keine Entscheidung fällen, ehe er nicht die Begründung gelesen und die ergänzende Meinung des Reichskanzlers und der Militärverwaltung gehört habe [130]). Besonders in Bayern und Sachsen war die Opposition konservativer Kreise gegen die ungeheueren finanziellen Lasten häufig. In letzterem Lande war es vor allem die Agitation der Sozialdemokratie, die in konservativen Wahlkreisen wühlte und die Stellung der Abgeordneten im verneinenden Sinne beeinflußte [131]). Trotz dieser Erklärung von konservativer Seite war das Mißtrauen der übrigen Parteien gegen diese Opposition groß. Man wartete auf den Umfall. Die Äußerung des Abgeordneten v. Massow war durchaus in einem unverbindlichen Sinne gehalten. Sie ließ die Möglichkeit erraten, daß sich doch die Möglichkeit bot, sich für die Militärvorlage einzusetzen, wenn die Militärverwaltung die Bedenken hinsichtlich der Einführung der zweijährigen Dienstzeit beseitigte. Die Germania munkelte schon, die Kreuzzeitung werde ihren Widerstand gegen die Verkürzung der Dienstzeit schon bald aufgeben [132]). Aber noch im Plenum in der Sitzung vom 10. Dezember 1892 führte der Führer der konservativen Fraktion, der Freiherr v. Manteuffel, aus: „Die Vorlage, wie sie jetzt vor uns liegt und mit Begründung, unter Berücksichtigung der Rede des Reichskanzlers vom 23. November, wird uns zu einem zustimmenden Votum nicht ohne weiteres veranlassen, sowohl mit Rücksicht auf die materielle Belastung, wie das Aufgeben der dreijährigen Dienstzeit. Die Kommission muß uns aufklären." [133]) Die Bedenken hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit und der hohen Kosten waren bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht überwunden. Der Kaiser war über diese Entwicklung der Konservativen Partei, Ausscheiden des gemäßigten v. Helldorf, die starke Trennung von der Reichspartei, enttäuscht. Er beklagte sich bitter über die konservative Presse [134]). Unter dem Eindruck der kaiserlichen Ansprache vom 1. Januar 1893 setzte sich die versöhnliche, zustimmende Haltung durch, und am 7. Jan. 1893 kapitulierte die Kreuzztg. öffentlich zugunsten der Regierungsvorlage. Wenn sie auch ihren ursprünglichen Standpunkt noch einmal wiederholte, die Konservative Partei hatte damit die Waffen gestreckt. In dem Artikel heißt es: „An unserem Standpunkt halten wir fest, d. h. wir sehen die von uns vertretenen Vorschläge, wie sie auf der drei-

jährigen Dienstzeit beruhen, nach wie vor als die geeignetesten an und machen daraus nicht ein Hehl. Wir haben unsere Schuldigkeit getan und lehnen die Verantwortung ab, aber nach den neuesten Vorgängen müssen wir leider erkennen, daß diese unsere Auffassung zur Zeit weder parlamentarisch noch militärisch das Maß von Unterstützung findet, dessen sie bedarf, und daß es sich jetzt aus diesem Grunde nicht mehr um das handeln kann, was als das Beste erscheint, vielmehr kommt es darauf an, für das nach Lage der Dinge vergleichsweise Annehmbarste einzutreten, damit völlig Unannehmbares verhindert werde." [135]) Die Freisinnige Ztg. nimmt dazu Stellung am 12. Januar: „Der Umfall der Konservativen gilt in parlamentarischen Kreisen bereits als vollzogen. Die Konservativen sind samt und sonders zu Kreuz gekrochen und haben eine besondere Aufklärung in der Militärkommission gar nicht erst abgewartet. Wir hatten den Umfall von vornherein geahnt, . . ., nur der Zeitpunkt kommt uns etwas früher als wir gedacht haben. Zuerst hat man in allen Tonarten auf den gouvernementalen v. Helldorf gescholten und nunmehr tritt man männiglich in seine Fußtapfen." [136]) v. Dewitz formuliert rückblickend den Standpunkt der Konservativen: „Wir haben an der dreijährigen Dienstzeit immer festgehalten in der natürlichen Voraussetzung, daß dadurch eine sorgfältigere Ausbildung erreicht wird, doch war dieselbe durch das System der Dispositionsurlauber bereits so weit durchbrochen, daß 62% der Infanterie nur zwei Jahre dienten, auch hätte die Heranziehung aller Diensttauglichen zu drei Jahren eine so große Erhöhung der Friedensstärke und Aufstellung neuer Verbände bedingt, daß die Kosten ins Ungeheure gesteigert worden wären." [137])

In den Kommissionsverhandlungen trat dann die Konservative Partei entschieden für die Pläne der Regierung ein. Jeden Versuch, der eine weitere Herabminderung der Regierungsform bedeutete, lehnte sie ab. Die Regierungsvorlage schien der Konservativen Partei die äußerste Grenze, bis zu der sie mitgehen könne, ohne die Wehrhaftigkeit des Deutschen Reiches zu gefährden. Diese entschiedene Stellungnahme bereitete der Partei aber taktisch Schwierigkeiten, als Caprivi sich zur Zustimmung zu dem v. Hueneschen Kompromißvorschlag entschloß. Aber auch diesmal folgte die Partei dem Standpunkt der Regierung. Ja, gewisse Kreise um den Abgeordneten v. Helldorf, die bedingungslos von vornherein Regierungspartei bleiben wollten, rieten sogar zum Staatsstreich von oben. Falls die Aussichten auf eine bessere Zusammensetzung des Reichstages durch Neuwahlen sich als trügerisch herausstellen sollten, dann empfahlen sie der Regierung, auch nicht vor dem allgemeinen Wahlrecht haltzumachen [138]). Gewiß ein weiter Weg dieser Partei, die anfänglich so entschieden die zweijährige Dienstzeit und die Höhe der Kosten bekämpfte, bis zu der Annahme des Kompromisses v. Huene. Der Einfluß des Kaisers, die aufklärende Tätigkeit der Regierungspresse, Caprivi und die Haltung der Militärverwaltung im Verein

mit der geschichtlichen Tradition der Partei, die stets die Wehrhaftigkeit des Deutschen Reiches ohne Widerspruch unterstützt hatte, sind die Gründe, die diesen Umschwung bewirkten. Die historische Wirklichkeit hat diese Haltung gerechtfertigt, die Reorganisation von 1892/93 war notwendig und militärisch von Vorteil. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit erwies sich in der Folgezeit als durchaus berechtigt.

b) Nationalliberale Partei.

Auch von der Nationalliberalen Partei läßt sich, ähnlich wie von der Konservativen Partei sagen, „daß sie noch nie das Schicksal einer Militärvorlage in Frage gestellt hat“ [139]). Wenn auch die Ansichten über die Gestaltung des deutschen Heerwesens verschieden waren, taktisch kamen dennoch beide Parteien auf den Standpunkt v. Huene überein. Während die Konservative Partei wegen der zweijährigen Dienstzeit die Vorlage bekämpfte, sah darin die Nationalliberale Partei die Erfüllung eines alten liberalen Wunsches. Nur die Höhe der Forderung bekämpfte sie. Parteitaktisch war die M.V. von einschneidender Bedeutung nicht nur für die Nationalliberalen, sondern für den Liberalismus überhaupt. Die Haltung des Freisinns gab den Ausschlag. War er für die M.V. zu gewinnen, so war die Annahme der Vorlage durch den Reichstag sicher, auch wenn das Zentrum versagte. Ein Zusammengehen der beiden liberalen Parteien hätte dem Liberalismus die Führung geben können. Die Schlüsselstellung, die das Zentrum bis dahin innehatte, wäre damit zerstört worden. Konservative, Nationalliberale und Freisinnige hätten immer die Durchführung von Gesetzesvorlagen gewährleistet. Die Aussichten für ein Zusammengehen zwischen gemäßigtem und radikalem Liberalismus waren nicht ungünstig [140]). Bismarck hatte die Überstärke des Liberalismus durch seine Schutzzollpolitik gebrochen. Sein Sturz 1890 machte den Weg wieder frei. Unter Caprivi regte sich der Widerspruchsgeist Eugen Richters nicht so stark wie unter Bismarck. Auch die Sezessionisten, die sich von den Rechtsliberalen getrennt hatten und den Freisinnigen angeschlossen waren, hielten in dem neuen Bunde das alte Ideal der Einung der gesamten Kräfte des Liberalismus aufrecht [141]). In den neuen Handelsverträgen, die die Wirtschaft der Städte besonders begünstigten, reichten die Freisinnigen zum ersten Male der Regierung die Hand. Ein erfreulicher Auftakt, daß gerade in Fragen der Zollpolitik, die seinerzeit zu einer Sprengung des Liberalismus geführt hatten, die Flügel sich wieder einander näherten. Damit war ein Trennungspunkt beseitigt. Doch blieb noch die trennende Frage der Militärgesetzgebung, die gerade in der M.V. 1892/93 einer Krisis entgegentrieb. War hier zwischen den beiden Flügeln ein Einvernehmen erzielt, so war es zu der großen liberalen Front nicht mehr weit. Besonders der wildliberale Abg. v. Schönaich-Carolath war von diesem großliberalen Zusammenschluß und seiner Notwendigkeit für die Geschicke Deutschlands über-

zeugt. Er sah nach seiner eigenen Überzeugung und taktischen Überlegung nur die eine Möglichkeit, die Freisinnigen zur Regierung hinüberzuziehen, nicht aber die Nationalliberalen in die Reihen der Opposition hineinzustoßen.

Die Gewährung der zweijährigen Dienstzeit, eine alte Forderung des Liberalismus, schien auch den oppositionellen Elementen im Freisinn die Möglichkeit zu bieten, die Forderungen der Regierung zu unterstützen. Die bisherige Wehr- und Außenpolitik Caprivis war freilich erschwerend für die neue M.V. Caprivi hatte noch 1891 über die Zahlenwut im Heereswesen gespöttelt, die Bedenklichkeit der russisch-französischen Annäherung geleugnet. Wenn er trotzdem eine Vermehrung forderte, so hatte er allen Grund, dem Reichstag weit entgegenzukommen [142]). Auch der armeefreundliche Prinz war enttäuscht über die gewaltige Forderung, die die deutsche Wirtschaft so ungeheuer belastete, während bei den zwei Dreibundpartnern Österreich und Italien der Friedensgedanke so übertrieben amtlicherseits betont wurde. Aber um eine ernstliche Opposition gegen die Vorlage treiben zu können, schien ihm die militärpolitische Lage Europas sich zu sehr zu unseren Ungunsten verschoben zu haben. So hoffte der Prinz wenigstens durch Abstriche an den Forderungen im Verein mit der Konzession der zweijährigen Dienstzeit die Freisinnigen für das Heeresprojekt zu gewinnen [143]). Noch während der Verhandlungen im Plenum, als sich die Möglichkeit bot, wenigstens den Flügel um Rickert durch die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit zur Regierungsseite herüberzuziehen, ergriff der Prinz die Gelegenheit und suchte die Entscheidung hinauszuziehen, aber die Haltung Caprivis zerschlug die letzte Möglichkeit, die Vorlage ohne Reichstagsauflösung durchzubringen mit Hilfe des militärfreundlichen Teiles der Freisinnigen Partei. Der Freisinn hatte seine große Stunde verpaßt, und der Liberalismus mußte endgültig seine Aussichten, die Geschicke des Deutschen Reiches entscheidend zu beeinflussen, begraben. Das Zentrum hatte seine Schlüsselstellung behalten bis zum Bülow-Block. Im August 1892 war dieser Ausgang nicht vorauszusehen. Zunächst war in der nationalliberalen wie freisinnigen Presse volles Einverständnis darüber, daß die ungeheuren Forderungen seitens der liberalen Parteien nicht auf Annahme rechnen könnten. Erst im Laufe der Verhandlungen entfernten sich die beiden Parteien voneinander. Die Nationalliberale Korrespondenz schrieb am 15. August: „Es ist wünschenswert, daß die Pläne den Rahmen des Allernotwendigsten nicht überschreiten." Zugleich richtete sie die Mahnung an die Regierung, die Militärforderungen auf das knappste zu bemessen und die wirtschaftliche Kraft der Bevölkerung zu berücksichtigen [144]). Und als die Ansprache des Kaisers am 18. August die zweijährige Dienstzeit illusorisch zu machen schien, machte die Kölnische Ztg. darauf aufmerksam, daß der Reichstag bei allen Militärforderungen die zweijährige Dienstzeit zur Bedingung stellen würde, denn sie sei eine Forderung aller Parteien,

nicht nur des Freisinns, auch die Nationalliberale Partei habe für Windhorstsche Resolutionen gestimmt [145]). Daraus ist schon ersichtlich, daß trotz der vielen Wenn und Aber die Partei der M.V., wenn auch in modifizierter Form ihre Zustimmung geben würde. Im weiteren Verlaufe der Pressefehde und in den Verhandlungen im Plenum und in der Kommission ist es nicht eine Auseinandersetzung um die Vorlage an sich, sondern um die Gestalt, zu der die Nationalliberalen ihre Zustimmung erklären würden. Die Presseäußerungen betonen immer wieder, daß es sich nur um eine Kritik aus sachlichen Gesichtspunkten handele, und die Partei wäre bereit zu einer Verständigung, wenn eine genügende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes gewährleistet werde [147]). Noch am 11. November klagte die Dortmunder Ztg. über die einseitige Betonung der militärischen Gesichtspunkte und die Unterschätzung der volkswirtschaftlichen Momente. Es bedürfe der schwerwiegendsten Argumente, um die Bedenken gegen die hohen, finanziellen und wirtschaftlichen Lasten zu zerstreuen [148]). Besonders der Widerstand seitens der Bevölkerung machte der Partei schwer zu schaffen. Eine Versammlung württembergischer Vertrauensmänner der Nationallib. Partei nahm eine Resolution an, daß nur eine Erhöhung der Rekrutenzahl gerechtfertigt sei, welche sich aus der Einführung der zweijährigen Dienstzeit ergebe. Für weitere Forderungen sei der Beweis der Notwendigkeit nicht erbracht [149]). In Baden, Württemberg und Bayern war die Stimmung in Volkskreisen besonders oppositionell. Die Bayr. Nationallib. Korrespondenz schreibt: „Alles, was bisher von offizieller und offiziöser Seite zur Verteidigung des Planes vorgebracht worden ist, hat seine Aussichtslosigkeit nur noch gesteigert.“ [150]) In Süddeutschland war die Neigung, eine weitere Steigerung der indirekten Steuern zugunsten der Vorlage aufzunehmen, noch geringer als in Norddeutschland. Die südd. Volkspartei, die Nationalliberale Partei, die in der Pfalz mehrere Wahlkreise vertraten, und vor allem das Zentrum hatten unter dieser oppositionellen Volksstimmung besonders zu leiden. Sie mußten, um die aufgeregte öffentliche Meinung zu besänftigen, stärker gegen den Plan der Heeresverwaltung agitieren. Die Forderung nach Reduzierung der Lasten war hier parteitaktisch Voraussetzung für einen ungeschmälerten Bestand der Partei.

Die Hoffnung auf eine Verminderung der Forderungen durch die Reichsregierung angesichts der widerstrebenden Volksmeinung zerstörte die Rede des Reichskanzlers vom 23. November 1893. Die nationalliberalen Münchener Neueste Nachrichten betonen, daß Caprivi manches Argument für die Notwendigkeit einer Heeresverstärkung gebracht habe. Gewiß sei Deutschland als einziger Staat im Dreibund nach zwei Seiten dem Feinde ausgesetzt. Auch die Verjüngung des Heeres sei zu begrüßen. Ist die Verjüngung aber in diesem Maße notwendig und kann Deutschland diese ungeheuren Lasten tragen? Dafür habe Caprivi keinen Beweis erbracht [151]). Diese Ausführungen lassen erkennen, wohin der Vor-

schlag der Nationalliberalen ging, Fixierung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit und Reduzierung der finanziellen Forderungen [152]). In der Kommission wurden dann die Kompromißgerüchte der Nationallib. Partei Wirklichkeit. Der Führer, der Abg. v. Bennigsen, arbeitete einen Vorschlag aus, der eine mittlere Linie zwischen den Wünschen der Regierung und der Nationallib. Partei darstellte. Der Antrag Bennigsen wollte zwei Drittel der Regierungsforderungen bewilligen [153]). Zahlreiche Resolutionen nationalliberaler Vereine billigten das Vorgehen von Bennigsen. Aber der Reichskanzler lehnte den Vorschlag schroff ab mit der Begründung, daß die Regierungsforderungen das Maß des Mindestzulässigen bereits darstellten. Auch seitens der Parteien war die Neigung, Bennigsens Vorschlag zu akzeptieren, verschwindend gering, nur die Nationallib. Partei sprach sich in der Kommission für diesen Vorschlag aus. Selbst die Konservativen waren gegen eine Verminderung der Regierungsforderung. Die nationalliberale Presse war über diese schroffe Ablehnung sehr ungehalten. Der Hannoversche Kurier warnte vor der Spekulation der Reichsregierung, durch eine Auflösung des Reichstages die Zustimmung zu erzwingen. Jede Neuwahl würde vielmehr noch mehr Elemente in den Reichstag bringen, die eine sachliche Arbeit hinderten und das Ansehen des Reichstages und der Regierung nur schädigten [154]). Als die Nationalliberalen erkannten, daß Caprivi allen Kompromißwünschen ein starres Nein entgegensetzte, und Freisinn und Zentrum in ihrer ablehnenden Stellungnahme verharrten, lenkten sie ein. Zunächst sprachen sich einzelne Abgeordnete für die Regierungsvorlage aus. In der Pfalz war die Stellungnahme sehr verschieden [155]). Während der Abgeordnete Bürklin erklärte, er werde für die ganze Vorlage stimmen [156]), wollte der Abgeordnete Dr. Buhl lieber auf sein Mandat verzichten, als für die ganze Vorlage stimmen [157]). Im Gegensatz zu diesen bewilligungslustigen Pfälzern erklärte der Abgeordnete Casselmann in Bayreuth, er stehe ganz auf dem Boden des Bennigsenschen Kompromisses. Die Regierung solle sich nur nicht durch Vorgänge in der Pfalz über die Stimmung in Süddeutschland täuschen lassen [158]). Die Germania meldete sogar am 12. April, daß sich auch der Abgeordnete Schneider aus Hamm in einer Versammlung für die ganze Vorlage ausgesprochen habe. Die Nationalliberale Korrespondenz schwächte zwar diese Meldung ab, aber es war doch sicher, daß innerhalb der Nationalliberalen Partei eine Auseinandersetzung stattfand zwischen den Vertretern Bennigsenscher Richtung und den Abgeordneten, die die volle Annahme der Regierungsvorlage befürworteten. Der Westfälische Merkur meldete auch schon am 13. April 1893: „Die Nationalliberalen laufen über." Tatsächlich setzte sich dann die regierungsfreundliche Richtung durch und stimmte geschlossen für den Antrag Huene. Es sind gewiß eigene Wandlungen, die diese Partei in dieser M.V. durchlaufen ist. Ich füge hier einige Sätze der Kölnischen Ztg. ein, die diese Etappen besonders deutlich werden lassen:

12. Nov. 1892: „Ansicht, daß es Aufgabe der nationalgesinnten Deutschen ist, in der M.V. auf ein Kompromiß zwischen Regierung und Rücksicht auf wirtschaftliche Lage hinzuarbeiten.
16. Nov. 1892: Die Regierung wird weitgehende Zugeständnisse machen müssen.
21. Nov. 1892: Wir verkennen durchaus nicht, daß M.V. von Fachleuten beurteilt wird, aber sie ist nicht nur rein militärische Angelegenheit, sie ist zugleich von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung.
1. Mai 1893: Im Laufe dieser Woche fallen Würfel über schicksalsschwere Frage. Sachverständige haben nachgewiesen, daß sowohl Deutschland wie Dreibund in der Entwicklung seiner Wehrkraft zurückgeblieben ist. Aus sorgfältigen Erwägungen ist eine Vorlage hervorgegangen, welche Verstärkung und Verjüngung des Heeres anstrebt und zugleich einen gerechten und liberalen Gedanken, Verkürzung der Dienstzeit, verwirklicht.
2. Mai 1893: Monatelanger Kampf um Vorlage nähert sich dem Ende. Im Reichstag Entscheidung, ob der große Plan zur Stärkung der deutschen Wehrkraft notwendig ist, oder ob Parteihader, Fraktionsinteressen und schachernder politischer Eigennutz in Lebensfragen des Reiches den Ausschlag geben soll [159]).

Man könnte daraus den Vorwurf der Unentschlossenheit und politischen Unselbständigkeit ableiten, wenn man die Struktur der Nationalliberalen Partei nicht berücksichtigt. In ihrer Eigenart als Mittelpartei liegt es begründet, daß sie nach links und rechts sich orientierende Elemente in sich aufnehmen muß. Die Verquickung des nationalen Gedankens mit liberalen Ideen und Forderungen führte bisweilen zu inneren Gegensätzen, die auf die taktische Haltung der Partei abfärbten. Die Gegensätze zwischen nationalen Notwendigkeiten und liberalen Wünschen schienen nur durch ein Kompromiß zwischen beiden zu überbrücken. Gerade in der Militärvorlage lag die Gefahr nahe, die nationale Forderung der höchstmöglichen Wehrhaftigkeit mit dem liberalen Wunsche geringster Dienstdauer, unter starker Betonung wirtschaftlicher Entlastungsmomente zu verbinden. Es gehört zur Leistung der Nationalliberalen Partei, trotz dieser inneren Schwankungen der alten Gesinnung treugeblieben zu sein und jedes Opfer zu bringen, was die nationalen Belange erforderten.

c) Sozialdemokratische Partei.

Von der Sozialdemokratie konnte die Regierung keine Unterstützung erwarten. Sie bekämpfte das kapitalistische System in Staat und Gesellschaft und wollte an dessen Stelle den sozialistischen Zukunftsstaat setzen. Und gerade das stehende Heer war nach der Auffassung der Sozialdemokratie die Söldnertruppe des Kapitalismus, welche diese Entwicklung aufhielt. Ihr Kampf galt deshalb dem bestehenden Heer-

system. Sie suchte das Heer durch eine Agitation von innen heraus für die sozialistische Idee zu begeistern. Die mustergültigste Heeresorganisation mußte versagen, wenn die Bebelschen Gedanken von Insubordination und dem Krieg nur in der Notwehr als Defensivkrieg in der Armee herrschend wurden [160]). Aber die Sozialdemokratie bekämpfte nicht die Wehrhaftigkeit an sich, sondern sie wollte nur an die Stelle des Systems des stehenden Heeres das Milizsystem setzen. Auf dem Parteitag zu Berlin 1892 wurde eine Resolution angenommen, worin die Partei zu der M.V. Stellung nahm und ihren abweichenden Standpunkt formulierte. In der Resolution heißt es: „Durch die dem Reichstag in Aussicht gestellte M.V. werden dem jetzt schon durch den Militarismus aufs äußerste bedrückten deutschen Volke neue persönliche und finanzielle Lasten zugemutet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigen Kulturarbeiten zu verzichten ... Das herrschende System ist nicht imstande, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Übergriffe zu gewährleisten, bildet eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirtschaftliche Ausbeutung ... der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug. Der Parteitag fordert daher entsprechend dem Programm der Sozialdemokratischen Partei die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden und die allgemeine Volksbewaffnung durchführenden Wehrsystems und erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der in der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiterklasse handeln, indem sie die Regierungsvorlage, sowie jede andere Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen." [161]) Auch der Abgeordnete Bebel hatte in der ersten Lesung im Plenum die politische Lage durchaus klar gesehen, sogar die Gefahren des künftigen Weltkrieges aufgezeigt, aber er wollte der Gefahr nicht durch eine Stärkung des stehenden Heeres begegnen, sondern er vertrat die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Form des Milizheeres. Die sozialdemokratische Presse wurde nicht müde, die Vorzüge des Milizsystems anzupreisen. So der Vorwärts vom 23. August: Die Hohenzollernmonarchie ist eine Soldatenmonarchie. Ihr Kind ist der Militarismus. Dieses Heersystem bedeutet die Entdemokratisierung und Entindividualisierung der Truppen. Bei der kurzen Dienstzeit ist der militärische Geist nicht herzustellen. Ein Milizsystem mit Jugenderziehung zur Wehrhaftigkeit schafft weit tüchtigere Soldaten als der Militarismus in höchster Vollendung. Die von Jugend an militärisch ausgebildeten Soldaten sind leistungsfähiger als die bestgedrillten Maschinen des Militarismus. Wir sind Gegner eines Angriffskrieges, aber auch eines Bürgerkrieges. Das stehende Heer dient aber ebenso für den Angriffskrieg wie für den Bürgerkrieg im eigenen Lande. Und je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen, desto mehr drängt sich die Möglichkeit eines Bürgerkrieges auf. Deshalb wirft die Bourgeoisie dem Militarismus Millionen in den Rachen, um sich vor dieser Eventualität

zu schützen [162]). Dieser Gedanke von dem Milizsystem bedeutete eine Gefahr für die gegenwärtige Heeresverfassung. Die Regierung sorgte auch ihrerseits dafür, daß eine Aufklärung über das System der Miliz erfolgte. Gegenüber den Auslassungen Bebels in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember 1892 in der ersten Lesung, wo er sich für das Milizsystem aussprach, betonte Caprivi am 13. Juli 1893 in der zweiten Lesung, daß alle derartigen Vorschläge für die Regierung unannehmbar seien. Sogar die Anträge Graf Preysing und Althaus wies er entschieden zurück, weil sie einen Schritt zur Verwirklichung dieses Systems darstellten. Auch v. Boguslawski geht in seiner Broschüre „Die Parteien und die Heeresreform" den Vorzügen des von der Sozialdemokratie angepriesenen Milizsystems auf den Grund und zerstört die Illusion, die um diese Heeresverfassung gebreitet worden war. Er weist darauf hin, daß in einem großen Bewegungskriege das Milizsystem seine Unbrauchbarkeit bewiesen habe. Die Kriegsstrategie seit Napoleon sei eine Strategie der Vernichtung. Aufgabe sei es, den Krieg nicht defensiv, sondern offensiv zu führen, um die verheerenden Wirkungen des Krieges vom eigenen Lande abzuhalten. Die Entscheidung liege bei den ersten Schlachten, und um aus diesen siegreich vorgehen zu können, sei Voraussetzung eine starke Armee. Das Milizsystem schaffe wohl einen großen Haufen bewaffneter Vaterlandsverteidiger, aber dieser sei nicht imstande, einen Offensivkrieg zu führen. Ein Offensivkrieg habe zur Voraussetzung eine rasche Mobilmachung, die gleichfalls nur durch eine bereits im Frieden schlagfertig stehende Armee gewährleistet werde. Wohl möglich, daß bei einer besonders günstigen geographischen Grenzgestaltung wie in der Schweiz und Tirol das Milizsystem hinreichend sei, für die Grenzgestaltung Deutschlands aber sei eine andersgeartete Organisation notwendig, um allen etwaigen Angriffen Widerstand leisten zu können [163]). Hatte so der Generalleutnant als militärischer Sachverständiger die Unhaltbarkeit der These vom Milizsystem unter den gegenwärtigen Verhältnissen klargelegt, so unterzogen sich die Preußischen Jahrbücher der Aufgabe, die These von der wirtschaftlichen Entlastung durch das Milizsystem auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen [164]). In einem Vergleich des Heeresbudgets Deutschlands und der Schweiz, wo das Milizsystem herrschte, stellte der Verfasser fest, daß die Ausgaben für das Heer in der Schweiz durchaus höher waren als in Deutschland, so daß von Billigkeit trotz schlechterer Qualität keine Rede sein könne. Und die Neue Züricher Ztg. vom 28. Mai 1893 bestätigte mit Bedauern „das Militärwesen kostet nun einmal sehr viel Geld". Aber wenn auch die Haltlosigkeit der Ideen der Sozialdemokratie hinsichtlich der Ausgestaltung der Heeresorganisation nachgewiesen wurde, in Presse, Plenum und Kommission wurden sie weiterhin verfochten. Alle Aufklärungsarbeit seitens der Regierung und Militärverwaltung vermochte den Schrecken vor dem „Moloch Militarismus" nicht zu bannen, und geschlossen lehnten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Militärvorlage ab. Die Haltung

dieser Partei wirkte sich aber nicht nur rein zahlenmäßig im Abstimmungsergebnis aus, auch auf die Haltung der anderen Parteien färbte diese Agitation der Sozialdemokratie ab. Die Warnung vor den militärfreundlichen Parteien, die dem Militarismus Vorschub böten, verfehlte ihren Eindruck auf die Volksmassen nicht. Diese, unwillig über die Mehrbelastung, waren allzu leicht geneigt, die Gründe auf sich wirken zu lassen, und es bedurfte aller Anstrengungen der zustimmenden Parteien, um in den einzelnen Wahlkreisen die Wähler von der Notwendigkeit zu überzeugen und an einem Abbröckeln zu hindern. Der Wahlkampf wurde namentlich durch diese Agitation der Sozialdemokratie in Kreisen des Freisinns und Zentrums besonders erschwert und erbittert.

d) Freisinnige Partei.

Die Zurückziehung des Volksschulgesetzes bedeutete eine Konzession an den Liberalismus und hatte eine Verstimmung in Zentrumskreisen zur Folge. Bei der zu erwartenden Militärvorlage war es also möglich, daß das Zentrum in die Reihen der Opposition abschwenkte und der Regierung seine Verstimmung über die Zurückziehung des Volksschulgesetzes fühlen ließ. Damit war parteitaktisch eine veränderte Situation geschaffen. Es bot sich dem Liberalismus die Möglichkeit, die Führung im Reichstag an sich zu reißen, unter der Voraussetzung, daß Konservative, Nationalliberale und Freisinnige zusammenarbeiteten. Bei einer dauernden Koalition war das Zentrum im Reichstage ausgeschaltet, und das Bürgertum hatte überragenden Einfluß in der Gestaltung der Gesetzgebung. Allerdings mußten dann die Linksliberalen die Opposition gegen den neuen Kurs aufgeben und die Konservativen mit dem Linksliberalismus zu einem dauernden Zusammengehen bereit sein. Zwischen Nationalliberalen und Konservativen waren die Spannungen nicht so groß; von Fall zu Fall stimmten beide Parteien bereits gemeinsam ab. Realpolitisch wäre es weitblickend gewesen, wenn der Freisinn die Militärvorlage der Regierung akzeptierte. Dies schien um so leichter, als verschiedene Bestimmungen mit alten Forderungen des Liberalismus und noch mit dem Militärprogramm des Freisinns von 1884 übereinstimmten. Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, die jährliche Festlegung der Unteroffiziere im Etat und vor allem die zweijährige Dienstzeit, die man bereits seit dem Konflikt von 1862 ersehnte, waren Zugeständnisse der Regierung an den Liberalismus. Damit schien sich ein alter Traum der Nationalliberalen zu erfüllen, die Einheit der liberalen Parteien wurde schon in Zeitungen vorausgesagt. Die Vossische Ztg. schrieb: „Man hat Versuche einer Einigung der liberalen Parteien, um stärkere Berücksichtigung der liberalen Ideen zu erlangen, abzuschwächen versucht mit dem Gegensatz in Militärfragen. Fortan war dieser Gegensatz kaum bemerkenswert. Im Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit sind Nationalliberale und Freisinnige einig.

Militärische Fragen brauchen sie im nächsten Wahlkampf nicht zu trennen." In nationalliberalen Kreisen hoffte man also, daß das Bennigsensche Ideal der Einung seiner Verwirklichung entgegenginge. In allen Kirchen- und Schulfragen war man immer einig, in wirtschaftspolitischen Fragen nur quantitativ verschieden, in Militärangelegenheiten, dem bisher stärksten Gegensatz, schien sich also auch eine Annäherung anzubahnen [165]). Aber die Einigung war davon abhängig, ob die Freisinnige Partei bereit war, für die Erfüllung so alter Wünsche die gewaltige Erhöhung der Friedenspräsenz und die hohen finanziellen Forderungen einzutauschen. Und in diesem Punkte trennten sich die Geister. Während sich die Nationalliberale Partei sukzessiv auf den Standpunkt der Regierung zubewegte, entfernte sich der Standpunkt des Freisinns von der Regierungsvorlage. Die Freisinnige Partei unter Führung Eugen Richters war im Laufe der Parlamentsgeschichte im Kampfe um das Budgetrecht des Reichstags zu einer Gegnerschaft jeder Militärvorlage gekommen [166]). „Er hat in großen Stunden oft das rechte Wort gefunden, war einer der mutigsten Vorkämpfer des Bürgertums in schwerer Zeit, aber seiner Schaukraft waren Grenzen gesetzt. In der Sozial-, Militär- und Kolonialpolitik widersprach er aus Grundsatz", und bei der überragenden Stellung, die er innerhalb der Partei einnahm, war damit der Standpunkt der Fraktion vorgezeichnet [167]). Die Geschichte hat bewiesen, daß dieser Standpunkt Richters falsch war. Richtig waren seine Gedanken, die Kosten für die Rüstungen nicht auf die Schultern der Massen abzuwälzen, auch sein Kampf um die Verwirklichung der zweijährigen Dienstzeit beweist, daß er in Fragen der Ausgestaltung des deutschen Heeres durchaus das Zweckmäßige erkannte. Aber in dem langen Kampfe um das Budgetrecht des Reichstages gegenüber den vermeintlichen Überforderungen des Militäretats war ihm der Widerspruch gegen die Regierung allmählich zum Selbstzweck geworden [168]). Auch Caprivi beklagte sich über die blinde Negation seitens der Freisinnigen Partei mit den Worten: „Die Freisinnigen könnten jetzt zeigen, daß sie regierungsfähig sind. Wahrscheinlich werden sie es nicht tun. Das System des halben Parlamentarismus hat den Nachteil, daß Führer wie Richter immer nein sagen können, ohne Gefahr zu laufen, sich in kurzer Zeit als Regierung abzuwirtschaften." [169]) Caprivi hatte nur zu wahr gesehen. Der Freisinn verpaßte die große Stunde, die dem Liberalismus die Führung hätte geben können und bezahlte die Opposition mit der allmählichen Auflösung seiner Partei. Die Freisinnige Zeitung betonte ausdrücklich, daß sie bei ihrer Stellungnahme unterscheide zwischen dem, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig ist, und dem, was man als ideale militärische Forderung mit der zweijährigen Dienstzeit verknüpft [170]). Sie weist darauf hin, daß sie die zweijährige Dienstzeit gefordert habe im Interesse einer Verminderung der Militärlast. Scheinbar soll aber das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit dienen, alle Waffenfähigen heranzuziehen. Dabei

berücksichtige aber die Regierung nicht, daß bei Einführung der verkürzten Dienstzeit ohne Verminderung der Präsenz statt für je zwei dreijährige Mannschaften ein Rekrut mehr als bisher zu zwei Jahren eingestellt werde [171]). Sie weist ferner hin auf die ungünstige Finanzlage des Reiches. Angesichts der schwebenden Heeresprojekte könnte man der Meinung sein, man wüßte im Reichshaushalt nicht wohin mit den Millionen. Aber in Wirklichkeit wird es nicht möglich sein, ohne Erhöhung der Matrikularbeiträge den Etat auszubalancieren, wenn man sich in allen Ressorts, besonders in der Militärverwaltung, nicht aller Neuerungen enthält [172]).

Auch die außenpolitische Lage rechtfertige nicht eine so ungeheure Rüstungssteigerung, wie sie in den Blättern angekündigt werde. Die Kosten für eine M.V. in einem derartigen Umfange seien unerschwinglich. Die Köln. Ztg. vom 12. Oktober 1892 gab daraufhin der Meinung Ausdruck, daß die Freisinnige Partei Mann für Mann die Militärvorlage, sie möge ausfallen wie sie wolle, verwerfen werde. Und bereits am 17. Oktober veröffentlichte sie eine Erklärung des freisinnigen Abg. Dr. Barth, daß die M.V. in der Form, wie sie an den Bundesrat gelangen solle, im Reichstag auf kein einziges zustimmendes Votum seitens seiner Partei rechnen könne. Als dann durch die Veröffentlichung der Köln. Ztg. der genaue Umfang der Vorlage bekannt war, nahmen verschiedene freisinnige Vereine dazu Stellung. In München war das Ergebnis eine Resolution, die die Hoffnung aussprach, daß der Reichstag die unbedingte Verwerfung der Vorlage beschließen möge. Das gleiche Ergebnis hatte eine Versammlung des freisinnigen Vereins in Nürnberg [173]). Am 29. November hielt die Reichstagsfraktion die entscheidende Sitzung ab, in welcher der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, die Vorlage abzulehnen, dagegen alles zu bewilligen, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig ist. Als Redner in der Debatte im Plenum wurde Eugen Richter bestimmt [174]). Die Partei trat also mit vorgefaßten Entschlüssen in die Militärdebatte ein, ohne die Erklärungen Caprivis und der Militärverwaltung abzuwarten, die vielleicht ein ganz anderes Bild über die Notwendigkeit der Vorlage ergaben. Nur auf den Mitteilungen der Köln. Ztg. fußend, legte man den Parteistandpunkt fest, als ob man überhaupt nicht willens war, sich überzeugen zu lassen. Taktisch wäre es jedenfalls sehr bedenklich gewesen, nach einer so entschieden ausgesprochenen Opposition doch noch zum Regierungsstandpunkt umzuschwenken. Diese entschiedene Stellungnahme war wohl vorwiegend das Werk Eugen Richters und seiner Parteipresse, der damit den etwa widerstrebenden Teilen der Fraktion den Weg zu einer Verständigung über den Rahmen, den er für notwendig hielt, von vornherein abschneiden wollte. Denn es war kein Geheimnis geblieben, daß innerhalb der Freisinnigen Partei eine Gruppe bestand, die, der beständigen Opposition Eugen Richters überdrüssig, einen Ausgleich mit der Regierung anstrebte. Sie bestand vorwiegend aus Abgeordneten, die Rickert nahe-

standen, oder wie er 1884 die Fusion der liberalen Vereinigung mit der Fortschrittspartei vollzogen hatte. Rickert hatte damals die Verschmelzung besonders befürwortet, weil er davon eine Belebung des Liberalismus erwartete. Als aber dann Richter eine Anregung Rickerts, eine einheitliche freisinnige Presse zu schaffen, mit der Begründung ablehnte, er werde doch nicht seine Machtmittel aus der Hand geben, schöpfte Rickert Verdacht. Er äußerte dann auch zu dem Abg. Pachnicke: „Es gibt eine Grenze, weiter gehe ich nicht, dann trenne ich mich von ihm mit einer Erklärung.“ [175]) In der Folgezeit hatte Eugen Richter in der Fraktion die Führung an sich gerissen, aber der innere Gegensatz zwischen Richter und Rickert bestand fort. In der Militärvorlage von 1892/93 trat dieser innere Widerspruch der Partei unverhüllt nach außen, und die Entscheidung zwischen beiden Flügeln fiel endgültig. Schon in der Pressefehde war der Ton der einzelnen freisinnigen Zeitungen unterschiedlich; während die Freisinnige Zeitung, ein Organ Eugen Richters, die in der Presse auftauchenden Gerüchte über die Militärvorlage entschieden bekämpfte, waren die Äußerungen der Danziger Zeitung, einem Organ Rickerts, durchaus abwartend. „Welche Vorlage an den Reichstag kommen wird, ist allerdings noch nicht bekannt, und daher hat auch nicht von einer definitiven Stellungnahme der Parteien zu derselben die Rede sein können. Wünschen müssen aber alle, daß die Regierung die Mahnung, maßzuhalten, berücksichtigt.“ [176]) Der einstimmige Fraktionsbeschluß vom 29. November 1892, der die Militärvorlage ablehnte und nur die Bewilligung dessen zugestand, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig sei, erweckte allerdings den Anschein, als ob die Fraktion durchaus einmütig der Regierung gegenüberstände. Aber schon die Beratungen im Plenum zeigen einen deutlichen Unterschied in der Haltung der Wortführer der Freisinnigen Partei. Die Sprache Eugen Richters ist durchaus oppositionell, deutlich die Grenze aufzeigend, bis zu der er unter allen Umständen nur gehen wollte. Rickert sprach versöhnlich und betonte ausdrücklich, daß die Gegnerschaft gegen die Militärvorlage keine Spitze gegen den amtierenden Reichskanzler bedeute. Sie können nur die Vorlage in vollem Umfange aus sachlichen Motiven nicht bewilligen [177]). Caprivi sprach daraufhin die Hoffnung aus, daß es ihm vielleicht noch gelänge, ihn zu überzeugen [178]). Die Tonart Rickerts bereitete Richter sichtlich Verdruß, der sich in lebhaften Zwischenrufen äußerte. Man prophezeite schon erregte Szenen innerhalb der freisinnigen Fraktion [179]). Richter bekannte sich darauf in einer persönlichen Bemerkung zu seinen früheren negativen Voten in Militärfragen, wohl eine deutliche Absage in die Kombination, die Caprivi und die übrigen Parteien an die versöhnliche Haltung Rickerts anknüpften [180]). Der Beifall, den seine Parteigenossen dieser persönlichen Bemerkung zollten, mußte Rickert überzeugen, daß ein Widerspruch gegen Richter nicht von Erfolg begleitet sein konnte [179]). Tatsächlich fügte sich dann Rickert der herrschenden Parteimeinung

und stimmte am 6. Mai mit der Mehrzahl gegen den Antrag Huene. Als dann die Militärvorlage nach der ersten Lesung im Plenum einer Kommission überwiesen wurde, war Richter der eigentliche Sprecher der Partei. Gleich in der zweiten Sitzung wiederholte er sein Angebot, alles im Rahmen der zweijährigen Dienstzeit, und wies nach, daß damit schon eine Verstärkung von 40 000, also zwei Drittel der Regierungsforderungen erreicht werde. Am 31. Januar schlug er dann die Bildung einer Subkommission vor, die die finanzielle Leistung und die wirtschaftlichen Folgen der Militärvorlage feststellen sollte. Der Vorschlag Richters wurde auch angenommen. Trotzdem Richter im Plenum und in der Kommission den Standpunkt des Freisinns so eindeutig festgelegt hatte, alles Notwendige zu bewilligen im Rahmen der bestehenden Präsenz, tauchten in der Presse immer wieder Gerüchte auf, die von einer möglichen Abschwenkung eines Teiles der Freisinnigen Partei sprachen. So wendet sich die Freisinnige Ztg. am 5. Januar gegen die Kreuzzeitung und führt die Schlußworte des Abgeordneten v. Stauffenberg am 14. Dezember 1892 an: „Daß man so viel Rekruten einstellt, als auf der Grundlage der gegenwärtigen Präsenzziffer geschehen kann, werden wir bewilligen, aber wir werden nicht weiter gehen. Man sagt das vielleicht mit verschiedener Betonung, aber sie können überzeugt sein, wir sind vollständig einig in diesem Punkte.“ [181]) Anfang Februar knüpft die Nationalzeitung im Anschluß an einen Artikel in der Nation wiederholt an, um Spaltungen innerhalb der Freisinnigen Partei herauszuwittern. Der fragliche Artikel lautete: „Alle Erwägungen, welche gegen einen Wechsel der Person des Reichskanzler sprächen, hätten nicht jene Kraft, die Freisinnige Partei über jene Bewilligungsquote hinauszuführen, die im Einverständnis mit den Wählern gezogen worden sei. Über diesen Punkt herrscht innerhalb der Fraktion keine Meinungsverschiedenheit. Mit dieser Linie werden wir die Auflösung abwarten.“ [182]) Als der Abgeordnete Hinze in der Frage der vierten Bataillone zu Eugen Richter im Widerspruch sich befand und sich dem Standpunkt der Regierung näherte, weil er als militärischer Sachverständiger die Unhaltbarkeit des Richterschen Standpunktes erkannte, nahm die Kölnische Zeitung am 7. März dazu Stellung. Sie war sehr erstaunt darüber, daß die Freisinnige Zeitung nicht wie die Breslauer Zeitung den Major Hinze wegen seiner abweichenden Stellungnahme in Sachen der Militärvorlage maßregelte, sondern sich Richter nur begnügt habe, die einmütige Stellungnahme der Parteimitglieder auf der von ihm vertretenen Linie zu erwähnen. Sicher aber habe Richter nicht auf die Abrechnung verzichtet. In der am 8. März stattfindenden Fraktionssitzung würden sicher die Gegensätze aufeinanderprallen, falls nicht Hinze vorzöge, seinen abweichenden Standpunkt dem Eugen Richters unterzuordnen. Es sei überhaupt unsicher, wer alles den Standpunkt Hinzes teile. Es wäre möglich, daß Richter den Antrag stelle, Hinze das Fraktionsmandat in der Militärkommission zu entziehen. Bei Einfluß Richters auf die Partei

sei es wohl möglich, daß dieser Antrag Annahme fände [183]). Da der Abgeordnete Hinze als ehemaliger Major sehr wohl in militärischen Fragen kompetent war, viele Abgeordnete seine militärischen Kenntnisse höher schätzten als die Richters, war der Widerspruch dieses freisinnigen Abgeordneten sehr schwerwiegend. Im Laufe der Kommissionsberatungen hatten die Angaben Caprivis und der Militärverwaltung ihn mehr und mehr von der Notwendigkeit der Forderungen der Regierung überzeugt, und er hatte auch seiner Meinung Ausdruck verliehen. Bislang hatten alle Fraktionsgenossen den Standpunkt Richters zu dem ihrigen gemacht, jetzt sprach sich eine Stimme dagegen aus [184]). Die Fraktionssitzung mußte die Entscheidung bringen. Die Freisinnige Ztg. gab nur die Mitteilung darüber, daß bei Anwesenheit von 54 Mitgliedern der Vorsitzende am Schluß der Beratung die Übereinstimmung der Fraktion auf dem Standpunkt des 29. November feststellen konnte [185]). Der Westfälische Merkur berichtete über diese Sitzung, die drei Stunden gedauert habe und deren Ergebnis der Abg. Bamberger in sehr diplomatischer Form dahingehend abgefaßt habe, daß die Fraktion auf dem gleichen Standpunkt stehe wie vor der ersten Beratung im Plenum. Wenn man aber genau darin läse, so schließe das die Möglichkeit nicht aus, daß Rickert, Hinze oder ein anderer Kompromißschwärmer doch über die Grenzlinie der bestehenden Präsenz hinausgehe [186]). Die Folge dieser Beratung war jedenfalls das übereinstimmende Abstimmungsergebnis der Freisinnigen Partei in der ersten Lesung der Militärkommission. Die Danziger Ztg. wendete sich sogar am 8. März 1893 gegen die „liebenswürdige Unterstellung des Umfalls", wie sie von gewissen Kreisen versucht werde. Sie seien gesichert genug durch die häufig abgegebene Erklärung, daß Voraussetzung einer solchen Verständigung ein Entgegenkommen der Reichsregierung gegenüber den Wünschen der Majorität des Reichstages sei. Es handele sich nicht um eine Verständigung um jeden Preis, aber auch nicht um die Vereitelung einer Verständigung um jeden Preis [187]). Damit war äußerlich die soviel umstrittene Einheit der Freisinnigen Partei hergestellt. Auch die zweite Lesung in der Militärkommission hatte resultatlos geendet, so mußte die unveränderte Regierungsvorlage Gegenstand der zweiten Beratung im Plenum sein [188]). Da, in letzter Stunde, tauchten Gerüchte über Verhandlungen zwischen dem Abg. v. Huene und dem Reichskanzler auf mit dem Ergebnis, daß ein abgeänderter Antrag dem Reichstag unterbreitet wurde, der auf der Organisation der Regierung fußte und nur eine Abschwächung der Regierungsvorlage bedeutete. Nach der Parteilage fehlten etwa 40 Stimmen, die aus dem Lager des Freisinns oder des Zentrums kommen mußten, sollte der Huenesche Vorschlag vom Reichstag angenommen werden. Um diese fehlenden Stimmen wurden nun die größten Anstrengungen gemacht. Die Freisinnige Partei hielt am 1. Mai 1893 eine Sitzung ab, in der sie sich mit der durch den Antrag Huene geschaffenen Lage beschäftigte. Durch diesen Antrag schien die Aussicht zu bestehen,

die drohende Reichstagsauflösung zu vermeiden. Von 68 Mitgliedern waren 47 anwesend. Nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, von 38 Stimmen den Antrag Richter, der schon in der Kommission eingebracht war (verfassungsmäßige zweijährige Dienstzeit ohne Erhöhung der Präsenz), auch bei der zweiten Beratung im Plenum zu wiederholen. Die Minorität von 9 Stimmen behielt sich freie Hand vor für eine etwaige Verständigung auf der Grundlage einer anderen Präsenzziffer unter der Voraussetzung, daß sich dafür eine Mehrheit fände [189]). Von führenden freisinnigen Mitgliedern unterzeichneten den Antrag Richter: Dr. Bamberger, Barth, Dr. Baumbach, Langerhans, Richter, Schenck, Schrader, Virchow [190]). Unter ihnen wurden die Abgeordneten Barth und Bamberger noch als Freunde einer Verständigung bezeichnet. Von den 26 fehlenden Mitgliedern vermutete man 15, die einem Kompromiß nicht abgeneigt seien. Darunter die Abgeordneten Hänel, Hinze, Rickert, Meyer, Brömel, Eberty, Goldschmidt, Lorenzen, Siemens. Die Spaltung innerhalb der freisinnigen Fraktion gab auch die Freisinnige Zeitung am 3. Mai zu, sie gab aber die Hoffnung nicht auf, daß der Antrag Huene, zu dem der Kaiser seine Zustimmung bereits erteilt habe, doch scheitern werde; bis dahin behielt sie sich auch weitere Ausführungen über die in der Freisinnigen Partei aufgetretenen Differenzen vor [191]). Die Haltung der Zentrumspartei gab den Ausschlag. Als sich herausstellte, daß die Versuche des Freiherrn v. Huene, eine Verständigung zu erzielen, auf seine eigene Initiative zurückzuführen waren, hinter denen nicht die Partei stand, und denen zu folgen sich nur eine Minderheit von etwa 10 Stimmen entschließen würde, lenkten auch die kompromißlustigen freisinnigen Mitglieder ein. Am 3. Mai, in einer zweiten Fraktionssitzung, kam die Fraktion überein, geschlossen gegen den Antrag Huene zu stimmen. Nur der Abgeordnete Hinze machte Vorbehalte. Dieser Beschluß, so schrieb die Germania, dürfte das Schicksal der Militärvorlage besiegelt haben [192]). Die Abgeordneten v. Schönaich-Carolath und Rösicke hatten aber die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die militärfreundlichen Freisinnigen für eine Abstimmung im bejahenden Sinne umzustimmen. Sie griffen eine Anregung Bennigsens auf, der durch die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit in seinem Antrag gehofft hatte, die widerspenstigen Freisinnigen auf seine Seite zu ziehen. Als der Prinz zunächst Caprivi den Vorschlag machte, glaubte Caprivi der unsicheren Hilfe der Freisinnigen lieber den Antrag Huene vorzuziehen, weil er mit diesem Antrag hoffte einen großen Teil des Zentrums zu gewinnen. Aber der Antrag Huene vereinigte den für die Abstimmung notwendigen Teil des Zentrums doch nicht auf sich; so griff noch einmal der Prinz Schönaich-Carolath den Bennigsenschen Vorschlag auf, um an Stelle der ausfallenden Zentrumsstimmen freisinnige Abgeordnete einzutauschen [193]). Am 6. Mai brachte er den Antrag ein. Die Konservativen zögerten aber nicht, sofort zu erklären, daß die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für das Quinquennat nur vorübergehend

sein könnte, die sie später wieder rückgängig zu machen gedächten. Caprivi war in einer heiklen Lage; durch das formale Zugeständnis hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit war es wohl möglich, den Freisinn zum Teil dafür zu gewinnen, aber es konnte auch die Opposition der Konservativen zur Folge haben [194]). Caprivi, unschlüssig, nahm die Gelegenheit nicht wahr, durch eine unverbindliche Erklärung die Entscheidung hinauszuzögern, eine dritte Lesung im Plenum zu ermöglichen und die Pause zu Verhandlungen zu benutzen, um Konservative und Freisinnige auf einer Formel zu einigen. Der Antrag auf Schluß der Debatte schnitt alle diese Möglichkeiten ab, es kam zur Abstimmung, die die Ablehnung der Militärvorlage bedeutete, und das überraschende Ergebnis zeigte, daß entgegen dem ursprünglichen Fraktionsbeschluß sechs Abgeordnete des Freisinns doch für den Antrag Huene gestimmt hatten. Es waren die Abg. Brömel (Stettin), Hinze (Oldenburg 1), Maager (Glogau), Meyer (Berlin), Schröder (Landsberg/Soldin) und Siemens (Koburg), die entgegen der Mehrheit der Partei für die Belange der Regierung eintraten. Sie begründeten ihre abweichende Haltung gegenüber ihren Wählern. Siemens schrieb: „Ich bin zur Annahme des Antrages Huene gegangen. Einmal glaubte ich dadurch die zweijährige Dienstzeit zu sichern, welche, einmal eingeführt, niemals wieder rückgängig gemacht werden konnte. Zweitens gewann ich die Überzeugung durch die verschiedensten Fachmänner, darunter den militärischen Sachverständigen unserer eigenen Partei, Hinze, daß die Vorlage das Mindestmaß darstelle, was gefordert werden müsse.“ [195]) Meyer: „Nachdem ich die Meinung gewonnen hatte, daß die Sicherheit des Reiches die Zustimmung zur M.V. erfordere, konnten mich Erwägungen, die von anderen Gesichtspunkten ausgingen, nicht irremachen.“ [196]) Unter dem Eindruck dieser Vorgänge führte der seit zwei Jahren, eigentlich seit der Gründung der Partei bestehende Gegensatz innerhalb der Partei zur Katastrophe.“ Die Durchbrechung der Fraktionsfront benutzte Richter zur Spaltung der Partei, die mit der Kraft einer Überraschung wirkte. Selbst viele von den Fraktionsmitgliedern hatten, als sie am Abend 8 Uhr in das Fraktionszimmer traten, keine Ahnung davon, daß drei Stunden später die Freisinnige Partei aufgehört haben würde zu sein. Zu den Ahnungslosen gehörte nicht nur der jüngere Teil, sondern auch solche, die vorausschauten. Einzelne waren allerdings nur zu gut unterrichtet. Sie sahen die Ereignisse kommen, denn sie waren entschlossen, sie zu machen.“ [197]) Die Köln. Volksztg. meint zwar, der Krach in der Freisinnigen Partei sei für Eingeweihte nicht unerwartet gekommen, auch die Fernstehenden wären gegenüber diesem Ereignis nicht Neulinge [198]). Das ist allerdings erst nachträglich herausgelesen, denn notwendig war eine Auseinandersetzung mit dem Auseinanderbersten der Partei nicht. Noch am Abstimmungstage, am 6. Mai 1893, fand die entscheidende Fraktionssitzung statt, in der über die durch die Ablehnung der M.V. geschaffenen Lage und über den Wahlkampf beraten werden sollte. Der

Abg. Richter stellte den Antrag, daß die Abstimmung der sechs Parteimitglieder als unvereinbar mit der Gesamthaltung der Partei erklärt werde. Zugleich kündigte er an, daß, falls diese Herren in der Fraktion verblieben, er nicht weiter in ihr bleiben könne [199]). „Also er oder sie, damit war die Sprengbombe in die Fraktion geworfen." [200]) Notwendig und innerlich berechtigt war dieser Antrag nicht, denn formell verstieß die abweichende Abstimmung nicht gegen das Parteiprogramm. Virchow suchte zu vermitteln, er empfahl die Aufstellung eines Wahlprogramms, das hinsichtlich der M.V. über den Mehrheitsstandpunkt der Partei hinausgehen sollte. In Wählerversammlungen, Broschüren sollte nur dieser Standpunkt berücksichtigt werden. Der Minderheit wollte er in ihren Wahlkreisen frei Hand lassen. Ein aussichtsloses Beginnen, denn in Wirklichkeit handelte es sich nicht um den Gegensatz zwischen dem Gros der Partei und den sechs Außenseitern zu überbrücken, sondern es handelte sich um den Gegensatz zweier annähernd gleicher Flügel [201]). Viele freisinnige Abgeordnete, die gegen den Antrag Huene gestimmt hatten, widersprachen dem Antrag Richters mit der Begründung, weil das Mißtrauensvotum, wie es der Antrag Richter ausspräche, nur gegen Mitglieder in Anwendung kommen könne, die gegen das Parteiprogramm verstoßen hätten. Trotz dieses Widerspruchs wurde der Antrag Richter zum Beschluß erhoben mit einem Stimmenverhältnis von 27 gegen 22 [202]). Die überstimmten Mitglieder erklärten darauf den Austritt aus der Fraktion und bildeten eine neue Gruppe unter dem Namen Freisinnige Vereinigung. Ihre Mitglieder setzten sich vorwiegend aus den früheren Sezessionisten und früheren schleswig-holsteinschen Fortschrittlern unter der Führung Hänels zusammen [203]). Der größere, dem Antrag Richter zustimmende Teil nahm den Namen Freisinnige Volkspartei unter der Führung Richters an. In der Freisinnigen Zeitung begründete Richter am 7. Mai die vollzogene Trennung. „Es sei richtig, daß die Abstimmung nicht gegen Parteiabstimmung offiziell verstößt. Aber Abstimmung bekundet, daß die sechs Herren sich mit den übrigen 60 Abgeordneten nicht in derjenigen Einheit der politischen Denkart befinden, auf der Berechtigung und Einfluß parlamentarischer Parteien beruht. Wir achten und ehren die entgegenstehende politische Überzeugung unserer Fraktionsgenossen, aber eine engere parlamentarische Gemeinschaft ist fernerhin unmöglich." „Es sei ihm unmöglich, ohne Rückhalt einer starken Partei einen Wahlkampf gegen rechtsstehende Partei und Sozialdemokraten durchzuführen." [204]) Die Presse nimmt zu dieser so folgenschweren Trennung eingehend Stellung. Der Vorwärts schrieb: „Der Liberalismus hat seinen Bankrott erklärt, die Militärvorlage hat ihn zugrunde gerichtet." [205]) Die Post bedauert lebhaft, daß die Sezessionisten des Freisinns sich erst so spät zu dem Entschlusse ermannt haben, von der Fraktionsdespotie des Herrn Richter sich zu emanzipieren. Möglich, daß dieser Entschluß 24 Stunden früher noch zu positiven Resultaten geführt und Auflösung des Reichstags erübrigt

hätte [206]). Die Vossische Zeitung hofft, beide Gruppen mögen getrennt marschieren, aber vereint schlagen [207]). Die Kölnische Volkszeitung: „Die politische Bedeutung der Trennung wird sich bald zeigen." [208]) Die Auflösung der Freisinnigen Partei wird vom Berliner Tageblatt lebhaft bedauert. Die Trennung sei nicht nötig gewesen [209]). Auch die Liberale Korrespondenz, das Organ der neuen Freisinnigen Vereinigung, nimmt zu der Trennung Stellung und betont, daß die Ursache viel weniger in einer verschiedenartigen Auffassung über die M.V. zu suchen ist, als in einer verschiedenartigen Auffassung über das Maß von Freiheit, das dem einzelnen Fraktionsmitglied eingeräumt ist in Fragen, die mit dem Parteiprogramm nichts zu tun haben [210]). Diese letzte Äußerung zeigt den tiefsten Grund der Auseinandersetzung innerhalb der Freisinnigen Partei an. Handelte es sich, vom Standpunkt Richters aus gesehen, um die Hinausdrängung eines ihm widerspenstigen Flügels zur strafferen Zusammenfassung seiner Partei, so wuchs sie sich dennoch zur Auflösung der Freisinnigen Partei aus. Der Wahlkampf hat Eugen Richter auch die Rechnung vorgelegt. Die Freisinnigen waren im parlamentarischen Kampf eine bedeutungslose kleine Gruppe neben vielen anderen, und nur in Zweifelsfällen, wo es sich für eine Mehrheit um wenige Stimmen handelte, wurden sie ausschlaggebend.

e) Zentrumspartei.

Das Jahr 1890 bedeutete eine entscheidende Wendung in der Geschichte der Zentrumspartei. Der 1887 gewählte Kartellreichstag der Nationalliberalen, Freisinnigen, Konservativen wurde in der Wahl von 1890 gesprengt. Die Konstellation der Parteien erfuhr eine Umgruppierung in dem Sinne, daß das Zentrum sowohl mit der Rechten als der Linken eine Mehrheit bilden konnte. Es war also die ausschlaggebende Partei geworden. Mit dieser Macht war auch im gleichen Maße die Verantwortung der Partei gewachsen. Schon Windthorst vollzog die allmähliche Wendung von der Oppositionsstellung der Partei in das Regierungslager. Der plötzliche Tod des Führers inmitten dieser einschneidenden Umlagerung der Partei verhinderte das Herauskristallisieren einer klaren Linie, es blieb seinem Nachfolger überlassen, die eingeleitete Entwicklung zu vollenden. Diese Wendung vollzog sich nicht ohne Hemmungen und Rückfälle, aber sie war unaufhaltsam. Erschwerend wirkte der Umstand, daß Windthorst keinen eigentlichen Führer hinterlassen hatte. Als mögliche Nachfolger schoben sich der Graf Ballestrem, der Führer der Zentrumsfraktion im Reichstag, und der Abgeordnete Dr. Lieber, zweifellos „das hervorragendste Rednertalent und von ausgezeichneter parlamentarischer Eignung", in den Vordergrund. Beide waren in kirchenpolitischen Fragen durchaus einmütigen Sinnes. In staatsrechtlicher Hinsicht waren beide insofern differenziert, als der Graf Ballestrem aus altem schlesischen Adel einer stärkeren konserva-

tiven Richtung zuneigte, während Dr. Lieber mehr von demokratischen Überlieferungen getragen war. Es handelte sich aber hier nicht nur um einen Gegensatz der Personen, sondern auch in der Partei gruppierten sich die Abgeordneten mehr oder weniger deutlich um diesen ideellen Gegensatz. Der kirchenpolitische Kampf der 70er und 80er Jahre und die daraus sich ergebende Abwehrfront hatten diesen Gegensatz meist verdeckt. Je mehr nun der kirchenpolitische Kampf abflaute und politische Fragen in den Vordergrund traten, desto mehr vertiefte sich dieser Gegensatz und desto mehr trat er in die Erscheinung. Windthorst als Führer hatte es meisterhaft verstanden, diese beiden auch in der Kulturkampfzeit vorhandenen gegensätzlichen Gruppen durch seine Mittelstellung auszugleichen. Wer ihm in der Führung folgte, mußte entweder den gleichen taktischen Weg einschlagen oder seinem Standpunkt allgemeine Geltung verschaffen. Führer wurde der, dem es gelang, bei der ausschlaggebenden Stellung des Reichstags, die Fraktion des Reichstags hinter sich zu sammeln. Ballestrem machte den Versuch, auf gütlichem Wege mit Dr. Lieber durch Verhandlungen eine Teilung mit Dr. Lieber zu vereinbaren. Der Versuch verlief ergebnislos. So war in den nächsten Jahren das Zentrum eigentlich führerlos. Die Militärvorlage sollte, ähnlich wie in der Freisinnigen Partei, die Klärung bringen. Lieber setzte sich durch und vollzog dann vollends das Hinüberschwenken in das Regierungslager. Als Führer hatte Dr. Lieber das Ziel im Auge: „Die Erhaltung und Stärkung der Zentrumspartei in ihrer ausschlaggebenden Stellung und die mögliche Befriedigung aller Forderungen, die sich als die dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes entsprechenden nachweisen ließen.“ [211]) Geht man von dieser großen politischen Linie zur Betrachtung der Stellung der Partei zur Rüstungspolitik über, so ergibt sich das gleiche Bild. Die Regierungsforderungen stießen beim Zentrum immer auf erbitterten Widerstand. Die Wahlaufrufe der Jahre 1877, 1881, 1884, 1887 fordern übereinstimmend eine Beschränkung der Heeresausgaben. Wiederholt, 1887, 1893, wurde der Reichstag aufgelöst, weil das Zentrum die Militärvorlage der Regierung ablehnte. Die zu beiden Wahlen erlassenen Aufrufe geißeln das Wettrüsten, verwerfen die Umwandlung des Reiches in einen Militärstaat. Trotzdem bedeutet auch das Jahr 1893 ein Ende der Zentrumsopposition. 1898 setzte sich das Zentrum unter der Führung Dr. Liebers für die Flottenvorlage entschieden ein und billigte und unterstützte damit die Regierungspolitik auch in Rüstungsfragen, nachdem es im parlamentarischen Kampf schon längst zur Regierungsseite hinübergewechselt war (in den Fragen der Handelsgesetzgebung, der Schulpolitik) [212]). Vielleicht wäre das Zentrum schon 1893 geschlossen für die Militärvorlage eingetreten, wenn nicht verschiedene widerstrebende Gesichtspunkte, parteitaktische Rücksichten, Fehler auf Regierungsseite diesen Weg verbaut hätten. Das negative Votum ist selbst von der Partei als eine unglückliche Lösung empfunden worden. Der Beweis liegt darin, daß die Partei nach der

Ablehnung der Vorlage nicht etwa in der Opposition verharrte, sondern in der Folgezeit durchaus Regierungspartei verblieb. Auch Lieber war der Militärvorlage von 1893 anfangs augenscheinlich nicht besonders abgeneigt. Der konservative Flügel (Ballestrem und Huene) befürwortete gleichfalls die Vorlage [213]). So waren beide Flügel anfänglich schon aus politischer Klugheit bemüht, eine Verständigung mit den Konservativen und der Regierung zu erzielen. Aber während der Freiherr v. Huene die M.V. als Offizier begrüßte und der Meinung war, daß man die Deckungsfrage nicht überschätzen dürfe, war Lieber bemüht, im Rahmen der Windthorstschen Resolutionen zu bleiben. Er war überzeugt, daß bei den inneren Verhältnissen der Partei und der Ungunst der wirtschaftlichen Lage größte Vorsicht geboten sei [214]). In der Öffentlichkeit äußerte er sich zunächst sehr zurückhaltend, er tastete vorsichtig die Meinung seiner Wähler ab. Aber die Widerstände gegen die M.V. verstärkten sich. Diese setzten sich aus verschiedenen Quellen zusammen und führten im Laufe der Verhandlungen dazu, daß das Zentrum, entgegen dem ursprünglichen Wohlwollen, das der Vorlage entgegengebracht wurde, sie entschieden ablehnte.

1. Volksschulgesetzentwurf.

Einer der Gründe der Verstimmung war die Zurückziehung des Volksschulgesetzes im Abgeordnetenhause im März 1892. Das Zentrum und die Konservativen hatten sich für den Gesetzentwurf stark eingesetzt, da er das Volksschulwesen zusammenfassend regeln wollte und den Wünschen der christlichen Konfessionen weit mehr entgegenkam als der Goßlersche Gesetzentwurf. In der Presse tobte der Kampf für und gegen die Vorlage. Der Liberalismus lief besonders Sturm gegen den Entwurf, weil darin die geistige Freiheit des Individuums unterbunden würde. Auch Caprivi hatte sich für den Entwurf eingesetzt. Im Plenum konnte man mit einer Mehrheit von 247 zu 181 Stimmen rechnen. Da versuchte es die Opposition auf dem Wege einer Einwirkung auf den Kaiser. Am 17. März befahl der Kaiser, die Vorlage zurückzuziehen. Ein Wechsel im Ministerium, der Rücktritt des Kultusministers v. Zedlitz-Trützschler und des preußischen Ministerpräsidenten waren die Folge. Die Mehrheitsbildung mit den Konservativen hatte sich als undurchführbar erwiesen [215]). Das Abgeordnetenhaus erörterte den Vorfall erst nach der Rückkehr aus den Osterferien. Die Rede Liebers behandelte nur die politischen Gesichtspunkte der Lage durchaus sachlich, von einer Opposition aus Anlaß der Zurückziehung des Gesetzes war keine Rede [216]). Die Germania nimmt am 27. März dazu Stellung: „Das Zentrum hat selbst in Zeiten seiner stärksten Mißhandlung durch die Regierung Land und Volk nicht darunter leiden lassen, daß es notwendig gute Vorlagen zu Fall brachte, bloß um der Regierung seine Macht fühlen zu lassen ... Anderseits ist dennoch die Behandlung, die wir

durch Regierung erfahren, nicht ohne Einwirkung auf Behandlung und Haltung des Zentrums gegenüber der Regierung. Eine überaus große Zahl der Vorlagen der Regierung und ihre finanziellen Forderungen sind derart, daß man sie nicht zu bewilligen, aber auch nicht abzulehnen braucht. Hier Feld, wo schlecht behandelte Partei ihre Macht zeigen kann ... Eine solche Behandlung und der Fall des Schulgesetzes an sich kann nicht ohne Folgen bei uns bleiben." [217]) Wenn auch darin zu spüren ist, daß an eine ernstliche Opposition nicht gedacht wird, eine Enttäuschung verraten sie doch. Noch deutlicher bekundete der Abgeordnete Dr. Lieber in einer Katholikenversammlung zu Berlin die Tendenz der Partei, die Brücken zu der Regierung nicht abzubrechen. „Die Lage, in die uns die Zurückziehung des Volksschulgesetzes gebracht hat, hat unsere Stellung in keiner Weise erschüttert und noch weniger unsern Mut gebeugt. Nun sind wir aber vor allen Dingen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, eine Verdächtigung zurückzuweisen, nämlich die Katholiken schwenkten jetzt in die blanke Opposition ab. Wir sind und waren zu allen Zeiten, wenn es not tat, rücksichtslose Männer des Volkes, wir sind aber ebenso zu allen Zeiten ergebene Untertanen der Obrigkeit." [218]) Auch die Generalversammlung der deutschen Katholiken zu Mainz am 28. August bis 1. September 1892 nimmt zu der Zurückziehung des Volksschulgesetzes Stellung. Der Rechtsanwalt Schmitt, Mainz, meinte: „Das Schicksal der Schulgesetzvorlage solle ein Regulator der Gefühle sein." [219]) Die Nordd. Allgem. Ztg. meint, das wichtigste Ereignis der Versammlung sei die Tatsache der geschlossenen Einheit, in der sich der politische Katholizismus darstelle [220]). Die Preußischen Jahrbücher waren sogar Februar 1893 der Meinung, daß die Armeereform schon längst erledigt wäre, wenn das Schulgesetz durchgegangen wäre. Das Zentrum hätte Sommer und Herbst 1892 eine Oppositionsstimmung nicht aufkommen lassen und von vornherein die M.V. als patriotische Tat begrüßt. Durch das Volksschulgesetz ist aber das Zentrum der Regierung entfremdet und auch das Verhältnis zu den Mittelparteien getrübt. So entstand, lange vorbereitet, der Boden für die Stimmung, welche jede vaterländische Begeisterung erstickte. Keine Partei war ein besonderer Anhänger der Regierung, aber auch keine Partei wollte den Konflikt [221]). Zusammenhänge zwischen Volksschulgesetz und M.V. bestehen wohl, aber die Preußischen Jahrbücher überschätzen diese Zusammenhänge. Die Zurückziehung der Vorlage war ein unglücklicher Auftakt für die Armeereform. Es herrschte darüber in Zentrumskreisen eine Verstimmung, die mit von Einfluß war auf die endgültige Stellungnahme der Partei, aber zu einem negativen Votum hätte sie nie geführt, wenn nicht andere schwerwiegende Gründe vorgelegen hätten.

2. Windthorst-Resolutionen.

Ein weit stärkeres Hindernis waren die Windthorstschen Resolutionen, welche im Reichstag 1890 eingebracht waren, um die Zustimmung zahlreicher, namentlich bayrischer Abgeordneter des Zentrums zu erhalten. Diese bildeten ein Versprechen an das Volk, die bei jeder neuen Militärvorlage berücksichtigt werden mußten. Windthorst regte in der Militärkommission an zu beschließen

1. die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller waffenfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden solle, indem dadurch dem Deutschen Reiche unerschwingliche Kosten erwachsen müßten;
2. die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen in einer etwaigen weiteren Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedenpräsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Fristbestimmung des Septennats das Etatsjahr als Bewilligungsfrist annehmen werden;
3. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine baldige Herabminderung der Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch Verlängerung der Rekrutenvakanz, sei es durch Vermehrung der Dispositionsbeurlaubungen, eintreten zu lassen;
4. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen in ernstliche Erwägung zu ziehen [222]).

Caprivi erwidert hinsichtlich dieser Forderungen in der Sitzung vom 16. Mai und 24. Juni: Hinsichtlich der Resolution 1 könne er nicht beurteilen, ob die Kosten dafür unerschwinglich seien. Resolution 2: Das Septennat ist nicht wesentlich eine militärische Frage, es ist eine konstitutionelle Frage, über die sich in jeder Beziehung reden läßt. Es können auch neun, fünf, drei Jahre sein. 3. Aber schon im Herbst treten bei den Fußtruppen Dispositionsbeurlaubungen in erhöhtem Maße ein. 4. Die zweijährige Dienstzeit hat zwei Seiten. Schon daß sie nicht für alle Truppen durchführbar ist, macht ihre Einführung bedenklich. Die verbündeten Regierungen sind deshalb zur Zeit nicht in der Lage, auf eine Verkürzung der Dienstzeit einzugehen. Also teilweise ein Eingehen auf die Wünsche der Opposition [223]), teilweise aber auch ein entschiedenes Zurückweisen ihrer Wünsche. Die neue Vorlage aber schien in der Tat den Scharnhorstschen Gedanken, alle waffenfähigen Deutschen zum Kriegsdienst auszubilden, durchführen zu wollen [224]). Die Zentrumspresse wies wiederholt auf die Resolutionen hin, um der Partei im Kampfe gegen die M.V. den Rücken zu stärken [225]). Die Freisinnige Ztg. vertrat den Standpunkt, selbst wenn das Zentrum beim Schulgesetz nicht brüskiert worden wäre, könnte es doch nicht die neuen Forderungen bewilligen; denn Windthorst habe gerade in Militärfragen ein Testament

hinterlassen [225]). Caprivi hatte wohl die Resolutionen bewilligt. Die alte Forderung der zweijährigen Dienstzeit sollte bei den Fußtruppen tatsächlich bewilligt werden, auch vom Septennat sollte abgegangen werden. Caprivi hatte eine fünfjährige Bewilligungsperiode vorgeschlagen. Aber die Parteien waren damit nicht zufriedengestellt. Die Konservativen waren mißtrauisch gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, weil sie eine Verschlechterung der Qualität der Armee befürchteten, die Nationalliberale Partei und vor allem die Freisinnige beargwöhnten die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ohne reichsgesetzliche Regelung. Die Bedenken der Nationalliberalen vermochte die definitive Erklärung des Reichskanzlers, daß an ein Rückgängigmachen dieser Konzession nicht gedacht werde, zu zerstreuen. Im freisinnigen Lager und in Zentrumskreisen erregte es lebhaften Unwillen, daß diese selbstverständliche Forderung, die zweijährige Dienstzeit, mit einer so ungeheuren Präsenzerhöhung verbunden war. Auch das Quinquennat fand nicht den Beifall aller Parteien. Caprivi hatte dafür geltend gemacht, daß diese Frist mit den Reichstagswahlperioden und der Volkszählung zusammenfiele. Die Freisinnige Zeitung machte dagegen geltend, daß noch nie eine Präsenzerhöhung mit der Volkszählung parallel gehe, sondern immer nachhinke oder vorausgehe. Volkszählung 1875—Präsenzerhöhung 1880, 1885 und 1887, der Volkszählung Dezember 1890 griffen Militärforderungen vom Juni 1890 zuvor [226]). Auch der Reichsbote zieht eine jährliche Bewilligungsperiode der fünfjährigen vor, weil dann leicht Heeresforderungen zur Wahlparole gemacht werden könnten, was dem Wahlkampf nur eine unnötige Härte gebe [226]). Bei zahlreichen Gelegenheiten betonten die Zentrumsabgeordneten ihr unbedingtes Festhalten an den Windthorstschen Resolutionen. So erklärte der Abgeordnete Dr. Spahn in einer Zentrumsversammlung zu Aachen: „Unsere Stellung zur M.V. ergibt sich aus der Tatsache, daß wir auch heute noch auf dem Boden der Resolutionen Windthorsts stehen. Herr Dr. Lieber steht genau so gut und fest auf dem Boden der Windthorstschen Resolutionen wie Herr Spahn, Dr. Porsch und das ganze Zentrum. Daneben sollte man die Haltung der katholischen Presse nicht außer acht lassen, welche ganz einmütig auf dem Boden der Windthorstschen Resolutionen steht.“ [227])

„Über die Windthorstschen Resolutionen von 1890, welche die damalige Heeresvorlage gerettet hatte, kam man jetzt nicht hinweg. Das Zentrum hatte die Erbschaft Windthorsts angetreten. Nun mußte sie diese durchhalten, wie sie lag. Freiherr v. Huene entgegnete: Windthorst würde einen Ausweg gefunden haben. Lieber fand keinen, der Freiherr v. Huene auch nicht. Ob Windthorst eine Möglichkeit gefunden hätte, darf als zweifelhaft bezeichnet werden.“ [228]) M. E. wäre das Zentrum sicher wie im Jahre 1890 auf dem Standpunkt der Regierung übereingekommen; denn seine politische Klugheit empfahl ihm als ausschlaggebende Partei, die Regierung zu stützen. Die Windthorstschen

Resolutionen standen allerdings entgegen. Aber darüber hätte man sich hinwegsetzen können, wenn die gesamte Partei geschlossen auf diesen Standpunkt zu einigen war. Vielleicht hätten sich die Resolutionen auch umbiegen lassen, so daß formal die Annahme der M.V. nicht im Widerspruch gestanden hätte zu der Grenze, die Windthorst 1890 der Partei vorgezeichnet hatte. Aber als von bayrischer Seite starke Bedenken laut wurden, die Volksmeinung sich entschieden gegen die steuerliche Belastung aussprach, erfolgte der Umschwung. Je stärker die Stimmung in Zentrumskreisen gegen die M.V. wuchs, desto entschiedener wies Dr. Lieber auf die Windthorstschen Resolutionen hin, die eine Verständigung auf dem Boden der Vorlage unmöglich mache. Die Resolutionen wurden also immer mehr die Stütze, welche die taktische Haltung der Partei rechtfertigte.

3. Deckungsschwierigkeiten.

Das Deutsche Reich befand sich um das Jahr 1892 in einer wirtschaftlichen Depression. Die Schuldenlast des Reiches war von 16 Millionen im Jahre 1877 auf 1697 Millionen im Jahre 1892 gestiegen, zum größten Teil die Folge der einmaligen Ausgaben der Marine- und Militärverwaltung. Nur ein kleiner Teil war durch Eisenbahnbauten im Elsaß und dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals bedingt. Angesichts dieser Schuldenlast [229]) fragte die Freisinnige Ztg.: Wo soll das hinaus, wenn nicht in Bewilligung für Militär- und Marinezwecke seitens des Reichstags engere Grenzen gesteckt werden? [230]) Der bayrische Kurier empfiehlt, man solle, ehe man dem Volke neue Steuerlasten zumutet, die Volkswohlfahrt prüfen. 300 000 Arbeitslose und die Konkursstatistik zeigen kein erfreuliches Bild [231]). Die Presse vertrat den Standpunkt, daß die Vorlage die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes übersteige. Diese Behauptung war ein schwerwiegendes Argument. Falls sie stimmte, war die Haltung der Regierung eine ungemein schwierige. Caprivi setzte sich deshalb mit einigen Nationalökonomen in Verbindung, die dann in seinem Auftrag diese Behauptung zu entkräften suchten [232]). Die Germania spöttelte über die mit dieser Frage beschäftigten Professoren, deren Mehrzahl immer in ihren Heften findet, was die Regierung bedarf [233]). In einer Broschüre untersucht Dr. Jastrow dieses Argument der Opposition. „Im Laufe der letzten Wochen ist von hervorragenden Nationalökonomen die Frage geprüft worden, ob das Volk imstande sei, weitere Mittel für das Heer aufzubringen. Professor Neumann in Tübingen hat sich entschieden dahin ausgesprochen, daß von einem finanziellen Druck der Militärlast nicht die Rede sein könne. Ebenso der Professor Conrad in Halle, Meitzen und Mayr in den Preußischen Jahrbüchern. Woraus erklärt sich nun der merkwürdige Gegensatz zwischen praktischen Politikern und den Nationalökonomen? Um festzustellen, ob ein Ressort auf die Finanzen eines Landes einen Druck ausübt, bedient sich die Nationalökonomie des methodischen

Mittels des Vergleichens. Dabei ergibt sich nun die Tatsache, daß das deutsche Heeresbudget eine viel niedrigere Summe aufweist als das der übrigen westeuropäischen Staaten. Also Schluß, die Behauptung, daß Steuerdruck des Heeres in Deutschland unerträglich sei, ist unberechtigt. Die Kulturentwicklung der Zukunft wird eher eine Steigerung als Verminderung der Steuerlasten bedingen. Aber trotzdem ist die Tatsache richtig, daß ein schwerer Druck der Militärlast im Lande fühlbar ist. Daß die militärischen Interessen angefangen haben, alle Kulturinteressen zu absorbieren, das ist in Wahrheit der Druck der Militärlast. Wir können also wohl eine neue Militärforderung tragen, nur muß auch für eine harmonische Fortentwicklung auf anderen Gebieten gesorgt werden." [234]) Weit mehr Staub als die Tragfähigkeit der Militärlast wirbelte die Frage der Deckung im Volke auf. Die Neigung, eine weitere Steigerung der indirekten Steuern zu übernehmen, war im Volke gering. Auch Dr. Lieber erkannte, daß eine andere Deckung der Kosten als auf dem Wege der Erhöhung der indirekten Steuern in seiner Fraktion viel eher einen Erfolg versprach. Im stillen unterhandelte er, denn ließ sich die Regierung und der Bundesrat auf andere Deckung ein, so war vielleicht eine Krise zu vermeiden [235]). Auch die Nationalökonomen Schäffle und Prof. Wagner waren der Meinung, daß weitere Militärlasten nur zum Teil durch indirekte Steuern den Massen aufgelegt werden konnten, sie traten vielmehr für eine Erhöhung der direkten Steuern ein, welche die leistungsfähigsten Schultern belasteten. Prof. Wagner führte in der Versammlung in der Viktoriabrauerei am 15. Februar 1893 aus, daß es ein Mangel unserer Finanz- und Steuerpolitik sei, daß immer nur auf die indirekten Steuern zurückgegriffen würde. Er war der Meinung, daß der Widerstand verschwinden würde, wenn bei allen Reichsausgaben die Quote auch den wohlhabenden Klassen durch eine direkte Besteuerung zugeteilt würde [236]). Bier, Branntwein und der Tabak, das war die herrschende Meinung, würden die Objekte sein, welche die neue Militärlast zu tragen hätten. Die Zeitungen begleiteten die Verhandlungen, die mit den süddeutschen Staaten seitens des Reichsschatzamtes geführt wurden, mit lebhaftem Interesse. Man hoffte, daß die süddeutschen Staaten gerade in der Regelung der Kostenfrage Einspruch erheben würden; denn eine Besteuerung des Tabaks und Branntweins traf in Süddeutschland eine empfindliche Stelle. Die Biersteuer dagegen betraf nur die norddeutsche Biersteuergemeinschaft und ließ die weitaus höheren Sätze Süddeutschlands unberührt. Aber am 4. Oktober 1892 berichtete die Kölnische Zeitung, daß die Besteuerung von Tabak, Branntwein und Börse bereits unter der Hand die Zustimmung der süddeutschen Finanzminister gefunden habe [237]). Das Zentrum, dessen Einfluß sich auf Nord- und Süddeutschland erstreckte, wurde von den Steuerplänen im gleichen Maße betroffen. Die Nationalliberale Partei, die mit Ausnahme der sechs Wahlkreise in der Rheinpfalz nur noch zwei in Süddeutschland besaß, empfahl die Abwälzung

der Kosten für die M.V. auf nur einen Verbrauchsartikel, den Tabak [238]). Diese Besteuerung würde erstens weniger den Produzenten als vielmehr den Konsumenten treffen, und gerade hinsichtlich dieses Artikels stände Deutschland in der Besteuerung den anderen Staaten nach [239]). Unter dem Vorsitz des Schatzsekretärs v. Maltzahn und dem Direktor des Reichsschatzamtes Aschenborn fand sogar eine Besprechung mit den Tabakproduzenten statt, in der diese erklärten, daß unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verhälnissen von einer stärkeren Heranziehung des Tabaks abzusehen sei [240]). Eine freundliche Aufnahme fand bei den Parteien nur die Heranziehung der Börse zu den Kosten der Militärvorlage. Aber auch innerhalb der an der Börse interessierten Kreise erfolgte Widerspruch. So schreibt die Vossische Zeitung, daß bei der schlechten Lage von Sachverständigen abgegebene Urteile sich entschieden gegen eine Besteuerung der Börse richten [241]). Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Steuerprojekte der Regierung bei den Parteien nur Widerspruch erregten. Besonders in Süddeutschland war die Opposition gegen eine Erhöhung der indirekten Steuern groß. Das Zentrum und die Süddeutsche Volkspartei wurden dadurch zu einer viel entschiedeneren Stellungnahme gegen die M.V. gezwungen als die Nationalliberalen und Konservativen, deren Wahlkreise sich vorwiegend auf Nord-, Mittel- und Ostdeutschland erstreckten. Die Stellungnahme namentlich der bayrischen Wähler trägt meines Erachtens den Hauptgrund, daß die Zentrumspartei trotz anfänglicher Neigung, die M.V. zu akzeptieren, immer stärker gegen die Vorlage agitierte und schließlich in der großen Mehrheit ablehnte.

4. Die Bayern und die Militärvorlage.

Das Verhalten der Zentrumspresse und der Zentrumsabgeordneten war anfänglich durchaus nicht einheitlich. Die norddeutsche Presse (Germania, Kölnische Volksztg., Westfälischer Merkur, Tremonia) bekämpfte zwar die Militärvorlage in ihrem Umfange, aber es war doch zwischen den Zeilen zu lesen, daß bei einer starken Reduzierung der Forderungen eine Einigung wohl möglich wäre. Auch die norddeutschen Abgeordneten waren einer Verständigung nicht abgeneigt. Die Haltung der Presse behinderte sogar die taktische Entscheidung der Partei. Seit dem Scheitern des Volksschulgesetzes war man in Zentrumskreisen wieder zu der alten Windthorstschen Taktik zurückgekehrt, zu der parlamentarischen Methode der unverbindlichen ersten Lesung im Plenum, um im Verlaufe der Verhandlungen freie Hand zu behalten. So legte die Zentrumspresse die Stellung der Partei vorzeitig fest, ehe noch zu übersehen war, wie das Geschick der Vorlage sich gestaltete. Aber alle diese Erwägungen wurden durch die Haltung der süddeutschen Zentrumspresse als Ausfluß der Volksmeinung und die Äußerungen bayrischer Zentrumsabgeordneter über den Haufen ge-

worfen. Die bayrische Presse lehnte entschieden von Anfang an nicht nur die Vorlage ab, sondern sie bekämpfte überhaupt den Versuch, das Volk durch neue Militärforderungen zu belasten. Der Abgeordnete Dr. Orterer, einer der Führer des bayrischen Zentrums, äußerte in einer Generalversammlung des Tuntenhausener Bauernvereins, man wird die M.V. sehr streng prüfen müssen und Gegenleistungen verlangen, die zweijährige Dienstzeit. Finanziell sei das freilich keine Entlastung, aber personell. Die Geldmittelbeschaffung werde Bayern auch schwer treffen. Aufgabe des Zentrums sei es, hier einzugreifen [242]). Der Wendelstein schrieb: „So geringschätzig man von der Widerstandskraft des norddeutschen Parlamentarismus denken mag, so wird man doch schon heute sagen dürfen, daß diese Vorlage in keinem Reichstage eine Mehrheit finden wird, weil jede Partei, die sich dafür einsetzt, ihre parlamentarische Existenz selbst vernichten würde." [243]) Der Bayrische Kurier erwidert auf die Veröffentlichung der Vorlage durch die Kölnische Zeitung mit der kurzen Notiz: wir kennen nur eine wirklich vaterlandsfreundliche Antwort auf die neue Vorlage und die heißt non possumus[244]). Die norddeutsche Presse wies auf die entschiedene Haltung der bayrischen Zentrumspresse hin. Das Regensburger Morgenblatt wendete sich gegen die Besteuerung von Tabak, Bier und Branntwein, welche die Masse des Volkes konsumiere, und für die Unterstellung, daß die Massen in dem gleichen Maße belastet werden sollen wie die oberen Zehntausend [245]). Das Münchener Fremdenblatt warnte vor einer Bewilligung der Vorlage, da sonst die Freisinnigen und Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl die Mehrheit erhielten. Das Zentrum insbesondere würde zersprengt werden [245]). Am 8. November führt die Germania eine Äußerung des Münchener Fremdenblattes an, in der letztere die Meinung vertrat, daß die bayrischen 33 Zentrumsabgeordneten gegen die Vorlage ihr Votum abgeben müssen, wenn sie nicht die Zentrumspartei sprengen wollen [245a]). Aber nicht nur die Presse, auch zahlreiche Resolutionen bekunden in gleicher Weise den Unwillen einzelner Kreise gegen die Forderungen der Regierung. So richtete der Katholische Männerverein zu Friedberg an den Vertreter des Wahlkreises Aichach-Friedberg eine Resolution, in der die ungünstige Stimmung, die die M.V. in Volkskreisen erwecke, erwähnt wurde. Der Abgeordnete Freiherr v. Pfetten antwortete darauf, daß er gleichfalls diesen Forderungen nicht sympathisch gegenüberstehe [246]). Auch der Abgeordnete Graf Conrad v. Preysing [247]) bezeichnete die Vorlage als eine Kalamität. Angesichts deren sich dem Nährstand die Frage aufdränge: Wohin treiben wir? Die Donauzeitung bemerkte dazu, das fragt man sich in Bayern schon lange. Dem Bürger- und Bauernstand wird alles entzogen. Graf Preysing, der viel auf dem Lande lebt, hat Verständnis für die Bedürfnisse und Leiden des Volkes [248]). Herr v. Buol bezeichnete die Vorlage als ein Gespenst, das nie Wirklichkeit werde, in ihrer jetzigen Fassung werde das Zentrum niemals für die Vorlage stimmen [249]). Abgeordneter

Dr. Daller erklärte in einer Zentrumsversammlung in Freising am 14. November 1892, „die M.V. sei für das Zentrum absolut unannehmbar, da es hierdurch nur zersplittert würde". Der Bayrische Kurier dankte dem Abgeordneten Dr. Daller für diese präzise Erklärung. „Nicht dafür, daß Dr. Daller sie für unannehmbar erklärt hat, denn das steht fest. Aber Freude darüber, daß der Abgeordnete Dr. Daller, der früher niemals in Reichsangelegenheiten das Wort ergriffen hat, jetzt als Autorität der bayrischen Zentrumspartei seine Stimme in die Wagschale wirft. Die Herren Preußen im Zentrum werden verstehen, was es für Konsequenzen haben wird, wenn sie sich wieder für Heeresverstärkung begeistern. Das Zentrum würde im besten Falle gesprengt, in schlimmerem aufgerieben." [250]) Dr. Lieber, der anfangs einer Verständigung nicht abgeneigt war, wurde durch diese Stimmung der Wähler zu einer immer schärferen Stellungnahme gedrängt. Im ganzen Reiche, in Versammlungen tastete er die Meinung des Zentrumsvolkes ab. Auch mehrfach wurde er als Redner nach Bayern gerufen, und bald erkannte er, daß hier die Strömung gegen die M.V. am stärksten war. Aber innerhalb der Zentrumspartei bestand daneben eine Strömung, die den Weg Dr. Liebers zur Negation nicht mitgehen wollte. In der ersten Lesung im Plenum vom 10. bis 14. Dezember trat das Zentrum allerdings geschlossen nach außen auf. Gewisse Spekulationen, die sich an die Rede des Freiherrn v. Huene anknüpften, zerstörten die Ausführungen Dr. Liebers endgültig. Auch der Graf Conrad v. Preysing, der für den bayrischen Flügel sprach, lehnte, ähnlich wie Huene und Lieber, die Regierungsforderungen in vollem Umfange ab. In den Kommissionsverhandlungen brachte dann Dr. Lieber einen Kompromißvorschlag ein. Wenn auch das Zentrum in den Kommissionsverhandlungen einig aufgetreten war, es lehnte in beiden Lesungen die M.V. ab, so war es doch in Kreisen des Zentrums kein Geheimnis geblieben, daß eine kleine Gruppe um den Freiherrn v. Huene die Möglichkeit, mit der Regierung ein Einverständnis zu erzielen, nicht aufgegeben hatte. In Bayern hatte sich die Stimmung gegen die Vorlage seit der ersten Lesung im Plenum noch verschärft. Der Abgeordnete Dr. Daller, Vorsitzender der bayrischen Zentrumsfraktion im bayrischen Abgeordnetenhause, schlug in einer Versammlung zu Neubeuern scharfe Töne an. „Wir haben in Bayern seit 1883 günstige Finanzlage. Das Reich hat während der Zeit gehaust, daß man es, wenn es nicht das Reich wäre, unter Kuratel stellen müßte." [251]) Die bayrische Zentrumspresse betonte die Notwendigkeit des geschlossenen Vorgehens des Zentrums. Die Landshuter Ztg. weist darauf hin, daß das Zentrum Volkspartei sei und auf der Hut sein müsse, um nicht beim Volke in Mißkredit zu fallen. Wenn ein Teil abschwenken sollte, müßte Bayern Konsequenz zeigen und sich vom Zentrum trennen. Die Augsburger Ztg. warnte vor einer Spaltung der Fraktion; denn die bayrische Zentrumswählerschaft rechne nicht nur darauf, daß das bayrische Zentrum, sondern das ganze Zentrum gegen die M.V. stimme. Die Ver-

mehrung sei an und für sich keine Prinzipienfrage, aber sie werde zu einer, weil das Volk an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei [252]). Diese Pressestimmen werden noch übertroffen von einer Äußerung des Regensburger Morgenblattes, indem es erklärte: wenn auch die M.V fällt, aber es stimmen doch einige Zentrumsmitglieder für die Vorlage, dann ist das Zentrum fertig, es hört dann auf, in der bisherigen Weise zu existieren. Soviel ist sicher, daß wir Bayern, überhaupt alle süddeutschen bisherigen Zentrumsleute, sich im Reichstag entweder zu einer einzigen süddeutschen Fraktion formieren, oder ähnlich wie Polen, Elsässer eine Fraktion nach einzelnen Ländern bilden würden [253]). Dr. Lieber, der infolge dieser Zuspitzung sich an Dr. Orterer wandte, um über die Stimmung in Bayern klar zu sehen, erhielt in einem vom 19. April datierten Briefe eine Antwort, die alle Hoffnungen, zu einer Einigung mit der Regierung zu gelangen, untergraben mußte. Ich lasse hier den Wortlaut des Briefes folgen, weil er in aller Deutlichkeit den Konflikt aufzeigt, dem die Zentrumspartei entgegentrieb, wenn es die M.V. bewilligte, und weil meines Erachtens die Stellung der Bayern die ausschlaggebende ablehnende Haltung Dr. Liebers und damit des größten Teiles der Fraktion endgültig bestimmte. In dem Briefe heißt es: „Für Deine Mitteilungen, so düster sie sind, bin ich Dir von Herzen dankbar. Ich habe Daller geschrieben. Mir ist der Wortlaut Dallers nicht bekannt. Doch schreibt er mir, daß er ausdrücklich bemerkt habe, er wolle keine Drohung aussprechen, sondern nur die Stimmung deutlich und bestimmt zum Ausdruck bringen, die in Bayern über die Lage und in specie über die M.V. herrsche. Und diese Stimmung, sage ich Dir, lieber Freund, kann man nicht trübe genug schildern. Für Bayern ist die Sache des Zentrums verloren, wenn das Zentrum mit beiträgt, auf irgendwelche Weise, daß diese ungeheuerliche Vorlage durchgeht. Daß Kompromißverhandlungen schwebten, vor Ostern schon, daß Huene und Huene-Genossen zu Machereien bereit seien, ist ein offenes Geheimnis seit Wochen, auch wenn in der Presse und sonst noch so gegen die bösen Verdächtigungen der Gegner gewettert wurde und wird, als ob alles unschuldige Kinder wären! So geht man mit dem Volke nicht um. Das Zentrum konnte vielleicht von Anfang an die Sache anders drehen, aber jetzt nach Monaten eine solche Wendung, das wäre unerhört! So sagten alle die Herren, die in München beisammen waren, darunter war aber z. B. der Präsident der zweiten Kammer, Baron v. Ow, Oberstaatsanwalt Dr. v. Hauck, ein Mann von anerkannt gemäßigter Gesinnung in unserer Partei, Männer aus allen Teilen Bayerns, übrigens auch Graf Preysing, der genau wissen muß, wie wir die Sache damals besprachen. Es geht einfach nicht mehr mit der Firma des ‚Zentrums', wenn es diese Vorlage durchdrückt. Das ist meine tiefinnerste Überzeugung, und ich wollte, ich hätte ein Stündlein in Eurer Mitte sein können, um alle diese Gründe auseinandersetzen zu können, warum die Stunde der Entscheidung, eventuell der Scheidung, gekom-

men scheine. Habe ich nicht das 1890 vorausgesagt, wo man die 18 Millionen durchdrückte und uns Bayern die Pistole auf die Brust setzte. Ich sagte, der Anfang vom Ende sei nahe, wenn man so fortfahre; und auch jetzt ist des Bewilligens mit dieser Vorlage noch lange kein Ende. Wir in Bayern haben doch auch mit unseren Verhältnissen endlich einmal zu rechnen, nachdem wir den preußischen Verhältnissen oft genug mit großen Opfern Rechnung getragen haben. Man will den Konflikt! — nicht nur die Reichstagsauflösung — wird der Opposition entgegengehalten Bon! Lassen wir einmal die Dinge herankommen! Genau so deutete man dunkel 1890 an. Wir leben nicht anno 1861 und 1862 mehr! Das Konfliktmachen hat ein Bismarck in Preußen zuwege gebracht, ein Caprivi bringt das für die Vielheit deutscher Einzelstaaten nicht zustande, ohne daß es ‚Scherben' gibt. In Berlin o b e n begreifen das freilich heute wohl noch nicht alle Leute. Revolution von oben ist in Serbien gut, in Deutschland wird sie nur e i n e m Faktor Nutzen bringen, der heute schon vor der Türe lauert, um die Erbschaft der schwach und matt gewordenen alten ‚Gesellschaft' anzutreten! Also nur vorwärts! So stehts, lieber Freund! Das kann man gar nicht drastisch genug sagen. Also nur nicht an Worten sich stoßen, die Sache liegt klar. ‚Das Zentrum ist gesprengt und verloren, wenn es die Vorlage durchdrückt.' Wenn die Herren aber trotzdem den Schritt tun wollen, nun dann fällt eben die Verantwortung auf sie, da brauchts weiter keine Drohung. — Von Herzen dankbar bin ich Dir, wenn Du r e c h t b a l d hierherkommst, es gibt vieles zu besprechen ... Dein treuer Freund und Kollege Dr. G. Orterer." [254]) Durch die Haltung der bayrischen Presse, der bayrischen Abgeordneten und nicht zuletzt die briefliche Äußerung Dr. Orterers gewann Dr. Lieber die Überzeugung, daß die Bayern unter keinen Umständen für die M.V. gewonnen werden konnten. Wenn aber die Bayern contra Rheinländer, Schlesier, Westfalen pro stimmten, dann fiel die Fraktion auseinander, die erst durch den Zusammenschluß mit der bayrischen Patriotenpartei sich 1887 gebildet hatte. Was sind nun die Gründe, die den bayrischen Flügel zu einer so entschiedenen Stellungnahme gegen die M.V. veranlaßten? Zunächst herrschte im bayrischen wie norddeutschen Flügel des Zentrums die Überzeugung, daß eine Notwendigkeit für eine M.V. in dem Umfange aus der militärpolitischen Lage sich nicht erhärten lasse. Die politische Lage, das war die Meinung, sei durchaus friedlich und rechtfertige keineswegs eine derartige Belastung des Volkes. Die Äußerungen Bismarcks verliefen in der gleichen Richtung. Hinsichtlich der Deckungsfrage bewegte man sich ebenfalls auf dem gleichen Standpunkt: Gegen die Erhöhung der indirekten Steuern. In Bayern war allerdings diese Opposition gegen diese mißliebigen Steuern stärker. Dazu kamen nun aber noch Gegensätze innerhalb der Partei. Die Zentrumspolitik war im Widerspruch der 80er Jahre Anfang der 90er immer mehr in ihrem Schwerpunkt nach Preußen verlegt worden (Einkommensteuergesetz, Volksschulge-

setzentwurf). Die Bayern beargwöhnten diese Entwicklung, und je mehr die Zentrumspartei im preußischen Landtag ihre Position stärkte, desto bewußter spielte man in Bayern den Gedanken der Lösung des bayrischen Flügels vom Gesamtverband gegen diese Entwicklung aus[255]). Auch die Annahme des österreichischen Handelsvertrages war in Bayern mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die agrarische Bewegung, welche die Handelsvertragspolitik Caprivis zur Folge hatte, griff auch in Bayern um sich und bereitete dem bayrischen Zentrum große Schwierigkeiten. Am 10. April wurde aus niederbayrischen katholischen Bauernkreisen heraus der Bayrische Bauernbund gegründet, der die Zentrumspolitik mißbilligte, sich dann vom Zentrum lossagte. In dem Programm wurde dann die Forderung aufgestellt: Keinen Adeligen, keinen Beamten, keinen Geistlichen als Abgeordneten, nur Bauern. Also der Versuch einer Aufsprengung des gesamtständischen Gefüges der Zentrumspartei. Durch eine erbitterte Agitation gegen die M.V. und einem Schüren des alten Preußenhasses suchte dieser Bund auch das Zentrum zu erschüttern. Um dieser Agitation den Boden abzugraben, war die bayrische Zentrumspartei ebenso gezwungen, gegen die M.V. Sturm zu laufen, wollte sie ihren Einfluß in den bayrischen Wahlkreisen nicht verlieren. Diese taktische Haltung des bayrischen Flügels bereitete der Gesamtpartei Schwierigkeiten[256]). Die Wendung von einer anfänglichen zustimmenden Haltung bis zu der entschieden ablehnenden Stellungnahme im Laufe der Verhandlungen unter dem Eindruck der Gegenströmung namentlich in Bayern spiegeln auch die Äußerungen Dr. Liebers wieder, der wohl für die ablehnende Stellungnahme der Partei den Hauptgrund trägt. Dr. Porsch, Freiherr v. Huene, Graf Ballestrem bewegten sich anfänglich durchaus im Lieberschen Fahrwasser, je mehr sie von ihm abrückten, desto seltener wurden ihre Erklärungen. Sie hielten sich zurück, um durch ihre abweichende Stellungnahme vom Mehrheitsstandpunkt die taktische Haltung der Partei nicht zu erschweren. In einer Rede auf dem Verbandsfest der Männervereine Altena und Iserlohn nahm auch Dr. Lieber zur M.V. Stellung, indem er betonte, daß für die Haltung des Zentrums zwei Gesichtspunkte maßgebend seien: Sicherung und die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Die Partei werde aber nur bewilligen, was notwendig. Die Freisinnige Ztg. meint, diese Äußerung ließe jede Deutung und Möglichkeit offen[257]). In ähnlichem Sinne nahm der Abgeordnete Dr. Porsch in einer Versammlung des Volksvereins zu Stuttgart Stellung zur Militärvorlage. „Die Zeitgenossen erörterten zwar schon Monate die Frage, ob sie kommt und wann sie kommt. Das Zentrum habe kaltes Blut. Wir werden sie nach ihrem Erscheinen objektiv prüfen.“[258]) Und noch am 9. Oktober in einer Versammlung zu Neustadt in Oberschlesien klingen die Ausführungen Dr. Liebers durchaus versöhnlich, einer Verständigung nicht abgeneigt[259]). Am 28. Oktober 1892 sprach in einer Zentrumsversammlung zu Breslau der Abg. Dr. Porsch, der als einer der gemäßig-

sten galt: „Wir stehen in ganz eigentümlichen inneren Verhältnissen. Es ist der Militärgesetzentwurf, der in seiner gegenwärtigen Form eine gewisse Verblüffung hervorgerufen hat ... Aber es ist wohl zweifellos, daß der Entwurf, wenn er in seiner gegenwärtigen Fassung zum Reichstag kommt, schwere innenpolitische Kämpfe hervorrufen wird.“ [260]) Zwei Tage darauf sprach der Abg. Dr. Lieber in Aachen: „Was die M.V. angeht, so wäre es außerordentlich leicht, stürmischen Beifall zu ernten für eine Erklärung: keinen Mann und keinen Groschen. Es ist besser, jetzt noch nicht das letzte Wort zu sprechen, sondern später, wo es gesetzgeberische Folgen hat. Ich für meinen Teil, der ich jede unbegründete Vermehrung der Heereslast bekämpfe, habe auch gelernt, daß der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Unsere Aufgabe wird sein, zu prüfen, ob beim Schutze der Wehrkraft nicht schon die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist. Wir werden auf den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rückgang hinweisen ...“ [261]) Entgegen Gerüchten von Differenzen in der Zentrumspartei hinsichtlich der Frage der M.V. erklärte der Abg. Spahn: „Lieber stehe genau so gut und fest auf den Windthorstschen Resolutionen wie Herr Spahn, Porsch und das ganze Zentrum. Er hat sich nur das letzte Wort der Einzelanwendung vorbehalten, da Begründung der Vorlage noch nicht korrekt vorliegt.“ [262]) Die Dortmunder Ztg. nimmt zu diesem Dementi der Germania Stellung, überflüssig, alle Herren geben sich gegenüber der M.V. in so unbestimmten Ausdrücken, die jede Deutung und jede nachherige Haltung des Zentrums zulassen [263]). Und noch am 4. Dezember brachte die Germania die Meldung, daß innerhalb der Zentrumsfraktion hinsichtlich der M.V. volle Einmütigkeit herrsche [264]). Alle diese Äußerungen sind von dem Willen der Verständigung getragen. Eine deutliche Wendung bedeutet die Rede Dr. Liebers in Montabaur am 27. Dezember 1892, also nachdem bereits die erste Lesung im Plenum beendet war. Der Westfälische Merkur bringt eine zusammenfassende Darstellung der Gedankengänge Liebers:

1. Die M.V. ist in ihrem jetzigen Umfange für das Zentrum unannehmbar, darüber herrscht innerhalb der Fraktion volle Übereinstimmung.
2. Das Zentrum bewilligt nur so viel an Geld und Mannschaften, als nötig ist, um innerhalb der gesetzlich einzuführenden zweijährigen Dienstzeit die jetzige Friedenspräsenz aufrechtzuerhalten.
3. Wenn Regierungsorgane vielleicht hoffen sollten, daß die adeligen Mitglieder der Zentrumsfraktion, als einstige Militärs ihren Neigungen folgend, doch der Vorlage zum Siege verhelfen werden, so irren sie sich gründlich. Diese Herren haben in viel höherem Grade ein Herz für das Wohl des Volkes und sie verharren auf dem Standpunkt, das Volk kann die Lasten nicht mehr tragen, deshalb nein [265]).

Wenn auch die wörtlichen Ausführungen diese scharfe Stellungnahme vermieden haben, inhaltlich zeichneten sie bestimmt die Grenze auf, bis zu der das Zentrum mitzugehen bereit war. Eine ganz andere Sprache als in den Monaten September bis November! Auch den Gerüchten von einer regierungsfreundlichen Richtung innerhalb des Zentrums bereitete die deutliche Erklärung zunächst ein Ende. Die Kölnische Ztg. hielt noch am 9. Dezember, also nach der deutlichen Erklärung der Germania über die einmütige Haltung in der Fraktionssitzung am 4. Dezember, eine einheitliche Abstimmung der Partei für ausgeschlossen. Der Gegensatz zwischen den demokratisch veranlagten Elementen in Süddeutschland und der anderseits regierungsfreundlichen Richtung sei so groß, daß es unmöglich erscheine, daß eine mittlere Linie gefunden werden könne. Der Einfluß Windthorsts, der in solchen Differenzen ausgleichend gewirkt habe, fehle jetzt. Die Erklärung Liebers, „daß die sogenannten militärfreundlichen Adeligen des Zentrums, an deren Spitze man nächst Herrn v. Huene den Vorsitzenden des Reichstages Graf Ballestrem hervorhebt, sind ... die bewährtesten Freunde des katholischen Volkes, irrig zu glauben, daß sie ihr großes militärisches Sachverständnis auf Kosten des katholischen Volkes zur Geltung bringen möchten", zerstörte diese Versionen. Am 9. Januar 1893 fand eine große Versammlung in Regensburg statt, in der Dr. Lieber der Hauptredner war und deren Aufgabe es war, in Bayern beruhigend zu wirken, und vor allem zu zeigen, daß man in Berlin nicht daran denke, über die auch von den Bayern gebilligte Grenze hinauszugehen. „Das Zentrum sei weit davon entfernt, alles zu bewilligen, es hat erhebliche Abstriche gemacht. Es bestehe zwar Befürchtung, daß das Zentrum in zweiter oder dritter Lesung für diese Vorlage oder Teile derselben eintrete. Aber der erste Sachverständige des Reichstages Freiherr v. Huene habe selber erklärt, die Vorlage, wie sie vorliege, werde überhaupt nicht bewilligt. Nur das, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig. Wenn von zweijähriger Dienstzeit gesprochen, so herrsche die Meinung, sie sei zu fordern unter einfacher Wegstreichung des dritten Jahrgangs. Wenn hervorragende Mitglieder des Zentrums sich um eine Verständigung bemühen, so geschieht es im Interesse der Militärverwaltung, um ihr nahezulegen, daß das Zentrumsangebot das äußerste sei, was ohne Schädigung der Sicherheit des Vaterlandes und der Leistungsfähigkeit des Volkes gewährt werden kann. Daran denken wir, denn auch wir wollen den Konflikt nicht." [266]) Es ist daraus das Bemühen Dr. Liebers zu erkennen, durch das ausdrückliche Berufen auf seinen im Plenum vertretenen Standpunkt den Freiherrn v. Huene in der Öffentlichkeit festzunageln, denn Lieber wußte sehr wohl von der Gegenströmung in der Fraktion. Am 21. Januar erklärte die Niederrheinische Ztg., Anhaltspunkte dafür, daß innerhalb der Fraktion Meinungsverschiedenheiten herrschten und Vorlage mit Haut und Haaren geschluckt werde, seien nicht vorhanden. Dr. Lieber und Huene hätten sich gegen die M.V. er-

klärt [267]). Trotzdem war in der Presse der übrigen Parteien die Meinung lebendig, daß das Zentrum entweder die ganze Vorlage oder wenigstens einen großen Teil bewilligen werde. Und sollte die Partei wider Erwarten doch auf dem in den Debatten vertretenen Standpunkt verharren, so würde mindestens ein Teil der Partei abschwenken und damit der Regierungsvorlage zum Siege verhelfen. So war der Abgeordnete v. Koscielski, der Führer der Polen, der Meinung, daß das Schicksal der M.V. vom Zentrum abhänge, das aber seine wirkliche Stellungnahme noch zurückhalte. Dafür seien parteitaktische und wahltaktische Erwägungen maßgebend. Das Zentrum fürchtete sich davor, in Süddeutschland Mandate zu verlieren. Vielleicht finde eine Absplitterung statt [268]). Es wurde auch gemunkelt, das Zentrum werde zustimmen, wenn ihm hinsichtlich kirchenpolitischer Belange Zugeständnisse gemacht würden. Das Jesuitengesetz, glaubte man, sei der Kaufpreis für die Zustimmung zur M.V. Lieber lehnte diese Verquickung von politischen Forderungen mit kirchenpolitischen Wünschen des Zentrums auf das entschiedenste ab. Bereits im November 1892 hatte Dr. Lieber in einer Versammlung des Katholischen Volksvereins zu Neckarsulm erklärt: „Wenn angedeutet wird, für die Rückberufung der Jesuiten sei das Zentrum bereit, der M.V. zuzustimmen, so erkläre ich: So teuer uns die Jesuiten sind . . ., so sind die Jesuiten uns viel zu lieb, als daß wir sie mit einer solchen Belastung des deutschen Volkes zurückkaufen und, mit dem Unwillen des gesamten Volkes belastet, sie nach Deutschland wieder zurückführen wollen." Am 25. November 1892 wurde dann von der Zentrumsfraktion beschlossen, den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wieder einzubringen, wie es in der Mainzer Katholikenversammlung angekündigt war [269]). Die Einbringung dieses Antrages im Reichstag gab dann trotz der bündigen Erklärung Dr. Liebers zu den Kombinationen den Anlaß. Die Hamburger Nachrichten gaben dieser Meinung bereits am 11. Oktober Ausdruck, ehe noch etwas Bestimmtes beschlossen war. „Das Zentrum", so meinte es, „könne seinen Wählern viel zumuten, wenn es ihnen Kompensationen auf dem Gebiete der ultramontanen Interessen bietet." Das Börsenblatt war sogar der Ansicht, daß die Einbringung des Jesuitenantrages den Schlüssel für die gesamte innere politische Lage bedeute. Und doch hätten die Deutschfreisinnigen das so leicht verhindern können, wenn sie nur ihre „eingerottete Gewohnheit des Verneinens" gegenüber dieser M.V. aufgegeben hätten. Diesmal muß nun das Verbot der Niederlassung der Jesuiten geopfert werden, um die Zustimmung zur M.V. vom Zentrum zu erhalten [270]). Auch der Abg. v. Koscielski war der Auffassung, daß der Jesuitenantrag, der noch zur Debatte stände, das Votum des Zentrums beeinflusse [271]). Dagegen erschien in dem Hamburger Korrespondent ein Artikel, der vielfach für offiziös gehalten wurde, ein Artikel, der einen Zusammenhang zwischen Jesuitenantrag und Zentrum in Abrede stellte. Der Westfälische Merkur betonte, daß sie einen Zusammenhang zwischen beiden Fragen stets ge-

leugnet habe [272]). Die Vossische Ztg. zog aus diesem Artikel den Schluß, es wird verhandelt, aber nachdem der Jesuitenantrag ausgeschieden sei, wüßte sie auch nicht den Kaufpreis anzugeben [272]). Der Fürstbischof Kopp, dem die Zurückziehung des Jesuitengesetzes sehr am Herzen lag, trat für die Annahme der M.V. bei seinen schlesischen Landsleuten ein. Denn er war der Ansicht, wenn das Zentrum einen Kampf gegen die Reichsregierung vermied, würde das Zentrum viel leichter auch bei der Regierung diesen Wunsch erfüllt sehen. Es wandte sich in diesem Sinne mehrfach an Lieber, aber dieser lehnte eine auch nur scheinbare Verquickung auf das entschiedenste ab [273]). Wenn sich auch die Vermutung als trügerisch erwies, daß das Zentrum gegen ein Zugeständnis in kirchenpolitischer Hinsicht zu dem Stand der Regierung hinüberwechselte, so verstummten die Gerüchte über einen möglichen Umfall des Zentrums nicht in der Presse. Man setzte seine Hoffnung auf den Gegensatz zwischen dem konservativen und dem demokratischen Flügel. Schon am 9. Januar hatte Dr. Lieber in Regensburg darauf erwidert mit dem Wort Ballestrems: „Wenn es gilt, das Gute zu erhalten, konservativ, wenn es gilt, die Rechte des Volkes wahrzunehmen, dann demokratisch.“ [274])

Am 3. April 1893 fand in Aschaffenburg eine große Katholikenversammlung statt, in der Pfarrer Hans und Dr. Lieber sprachen. Darin wies letzterer darauf hin, daß das Zentrum von Anfang an auf seinem ersten Vorschlag, alles zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit Notwendige zu bewilligen, stehengeblieben sei. Und auch heute könne er erklären, nicht nur für die die Versammlung Besuchenden, auch für die den Versammlungsbericht Lesenden, daß das gesamte Zentrum die ganze Vorlage ablehne. Er sei auch von den Abg. Freiherrn v. Huene, Graf Ballestrem und Preysing autorisiert, das auch in ihrem Namen zu erklären [275]). Auch jene unvorsichtige und unglückliche Äußerung, welche im Plenum soviel Staub aufwirbelte (er stehe nicht an zu erklären, selbst wenn alle Forderungen der verbündeten Regierungen in dieser M.V. militärisch berechtigt und voller begründet worden wären, so ist meiner Meinung nach der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum, so wie es jetzt ist, für das Deutsche Reich immer noch wichtiger als die M.V.), fiel in dieser Versammlung [276]). Diese Erklärung Liebers hinsichtlich der Stellung Huenes, Ballestrems in der M.V. verdeckte abermals den Riß, der immer mehr in der Fraktion sich verbreiterte. Am 14. und 18. April fanden dann die entscheidenden Fraktionsverhandlungen statt. Die Germania schreibt darüber: „Zur Beratung standen verschiedene Mitteilungen des Grafen Ballestrem. Eine Beratung über die M.V. fand nicht statt. Diese stand weder auf der Tagesordnung, noch wurde sie sachlich erörtert, wenn auch natürlich bei der jetzigen politischen Lage die M.V. nicht unerwähnt bleiben konnte, zumal einer der beratenen Gegenstände ihre Erwähnung verlangte.“ [277]) Graf Ballestrem berichtete über seine Romreise, insbesondere über seine Audienz beim Papste [278]). Danach hatte sich der Papst jeglicher Einmischung in die schwebende

Vorlage enthalten, er habe ihm aber deutlich zu verstehen gegeben, daß ihm aus kirchenpolitischen Motiven daran gelegen sei, daß das Zentrum einen Konflikt mit der Regierung aus dem Wege gehe. Lieber erklärte sofort, daß nun ein Nachgeben unmöglich sei, wenn auch das Vorgehen von 1887 sich nicht wiederholt habe, es könne doch sehr leicht dahin ausgelegt werden. Nun führte der Freiherr v. Huene seinen Plan, eine Verständigung mit der Regierung zu erzielen, aus eigener Initiative durch. Er trat in Unterhandlungen mit Caprivi ein, deren Ergebnis der bekannte „Antrag Huene" wurde [279]). Merkwürdigerweise gab sich die Regierung und andere einflußreiche Kreise einem unberechtigten Optimismus hin. Waldersee rechnete damit, daß so viel Stimmen aus dem Zentrumslager abmarschieren würden, so daß die Vorlage gerettet sei [280]). Die Kölnische Ztg. orakelte, daß die Auseinandersetzung innerhalb des Zentrums nicht nur zu einer Spaltung, sondern zu einer Trennung führe [281]). Auch Caprivi hoffte zuversichtlich, daß die Teilung im Zentrum ausreichen würde, die Vorlage zu sichern. Am 6. Mai fand dann die entscheidende Abstimmung statt, die das überraschende Ergebnis zeigte, daß nur 11 Stimmen dem Rufe Huenes gefolgt waren. Das Liebersche Zentrum hatte die Oberhand behalten.

Anmerkungen.

[1]) So entscheidend auch der Rückversicherungsvertrag die außenpolitische Lage beeinflußte und auf die Militärpolitik abfärbte, im Rahmen dieser Problemstellung kann nur angedeutet und muß auf R. Frankenberg, die Nichterneuerung des russischen Rückversicherungsvertrages 1927 verwiesen werden.

[2]) Ziekursch, Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreiches Bd. 3 S. 28/29.

[3]) Besonders die Gruppe um den Grafen v. Waldersee.

[4]) Im wesentlichen nach Ziekursch Bd. 3 S. 23/24 ... 63 auch Zorn, Deutschland unter Wilhelm II. 1914 Bd. 1 S. 363; K. Bachem, Geschichte der deutschen Zentrumspartei Bd. 5 S. 268 sehen den Hauptgrund der Einbringung der Vorlage in der Zuspitzung der internationalen Lage.

[5]) Oberstleutnant a. D. Niemann in einem Vortrage am 15. Dezember 1931 in Münster i. W.

[6]) Waldersee, Denkwürdigkeiten Bd. 2 S. 216 spricht sogar von einer Passion für das Militärische.

[7]) Namentlich das Zentrum ... war erst durch die Annahme der Windthorstschen Resolutionen zur Zustimmung zu bewegen.

[8]) Waldersee Bd. 2 S. 130 u. 132.

[9]) Waldersee Bd. 2 S. 130.

[10]) Werdermann, Die Heeresreform unter Caprivi S. 12.

[11]) Werdermann, Die Heeresreform unter Caprivi S. 17—24.

[12]) Waldersee Bd. 2 S. 125: „... was mich am meisten besorgt macht, ist die Beobachtung, daß er keine festen Pläne hat ..., ein kluger Mann, der mit ihm umzugehen weiß, kann ihn leicht zu einer anderen Meinung bekehren." S. 184: „Der Kaiser ist eben ein schwankend Rohr." Es ist allerdings bei den Ausführungen Waldersees zu berücksichtigen, daß sie von einer Verstimmung gegen den Kaiser getragen sind, sie scheinen formal überspitzt, sachlich aber berechtigt.

[13]) Werdermann S. 21—23; Waldersee S. 214 (13. August 1891).

[14]) Werdermann, Diss. S. 27.

[15]) Siehe Kommissionsberatungen und Plenum.

[16]) Vgl. S. 5.

[17]) Waldersee, Denkwürdigkeiten Bd. 2 S. 266, 19. Oktober: „Der Kaiser hat völlig die Waffen gestreckt und ist zu einem plötzlichen Anhänger der zweijährigen Dienstzeit geworden ..., dank der Fähigkeit, sich selbst etwas vorzutäuschen, erklärt er jetzt, er habe gar nicht gewußt, daß unsere Infanterie nicht 3, sondern $2^1/_4$ Jahr diene." Wie schwer dem Kaiser das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit geworden ist, erhellt die Notiz Waldersees Bd. 2 S. 330, 4. Nov. 1894: „Nach Ansicht des ehemaligen Kanzlers besteht sein gespanntes Verhältnis zum Kaiser, seitdem er ihm die zweijährige Dienstzeit abgerungen hatte."

[18]) Briefe des Reichskanzlers v. Caprivi, Deutsche Revue 1922, Maiheft S. 145; Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst Bd. 2 S. 494, 7. Nov. 1892: „Um 4 Uhr war ich bei Caprivi ..., er habe große Schwierigkeiten mit dem Kaiser gehabt, der sich verschiedene Male gegen die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen habe ..., diese schwankende Haltung des Kaisers habe veranlaßt, daß sich so viele Generäle gegen die Vorlage ausgesprochen haben, um sich beim Kaiser beliebt zu machen und Caprivi zu stürzen."

[19]) Nach Werdermann, Diss. S. 33—36, der an Hand der Akten des Zentraldepartements und Allgemeinen Kriegsdepartements diese Auseinandersetzungen klar herausgearbeitet hat.

[20]) Ziekursch, Das Zeitalter Wilhelms II. Bd. 3 S. 21. Am 28. Februar 1893 warnte Philipp v. Eulenburg den Kaiser vor einer unvorsichtigen Ansprache auf dem Diner der Brandenburger. „Ein einziges Wort, das mißdeutet werden könnte, macht viele Arbeit zuschanden."

[21]) Klausmann, Kaiserreden S. 197.

[22]) Der Vorwärts vom 21. August war nicht so optimistisch wie die Frankfurter Ztg., er glaubte vielmehr, daß sich der Kaiser ebenso leicht von der zweijährigen Dienstzeit wegwenden werde wie vom Volksschulgesetzentwurf. Das Militärdepartement sei so organisiert, daß es binnen 48 Stunden neue Militärvorlagen ausarbeiten könne.

[23]) Freisinnige Ztg. 24. August 1892.

[24]) Dortmunder Ztg. 25. August 1892.

[25]) Die Frankfurter National- und Kreuzzeitung halten nach dieser Erklärung des Kaisers ein Einbringen der Vorlage auf dem Boden der zweijährigen Dienstzeit nicht für möglich, glauben zunächst an eine Verschiebung. Der Vorwärts war skeptisch und hielt einen Aderlaß in der nächsten Session für sicher. Bayrischer Kurier vom 21. August 1892 betonte, daß „der monatelange Streit in der Presse pro nihilo gewesen wäre, wenn die Einführung der zweijährigen Dienstzeit wieder aufgegeben würde". Die Germania, das Zentrumsorgan, führt nur den Text der Ansprache an, ohne sich auf dieses bloße Gerücht hin festzulegen. Aus diesen Presseäußerungen (die sich weiter vermehren ließen) wird ersichtlich, daß das Eingreifen des Kaisers nicht zur Klärung der öffentlichen Meinung beigetragen hat, sondern die Verwirrung nur noch steigerte.

[26]) Nach Waldersee Bd. 2 S. 274 betonte der Kaiser, daß in Dingen wie die M.V. die Offiziere sich jeder Kritik zu enthalten hätten. Lebhafter werdend, erklärte er ungefähr folgendes: „Ich bringe die Vorlage durch, koste es, was es wolle; was weiß dieser Haufe von Zivilisten von militärischen Dingen. Ich lasse auch nicht einen Mann und jage den halbverrückten Reichstag zum Teufel, wenn er mir Opposition macht" (Klausmann, Kaiserreden S. 199).

[27]) Germania 5. Januar 1893.

[28]) Westfälischer Merkur 5. Januar 1893. Am 3. und 4. Januar nimmt er bereits zur Ansprache Stellung und zitiert den Daily Telegraph, der den Ausdruck „zerschmettern" angeführt hatte. Die Vossische Ztg. vertrat die Ansicht, daß die Äußerung des Kaisers eine Spitze gegen die opponierenden Generale, namentlich den Grafen v. Waldersee enthalte. Waldersee nimmt dazu Stellung Bd. 2 S. 275/76: „Der Schwerpunkt der kaiserlichen Ansprache habe in der scharfen Verurteilung des Widerstandes gelegen, den die Vorlage in Offizierskreisen finde; als Kern bezeichnet man mich ... Nur eine Erklärung. Man läßt die Presse mich angreifen und verschiebt den eigentlichen Kern in die Worte, die sich auf die abweichende Meinung in der Armee bezogen, um von ihrem eigentlichen Kern, jene Äußerung vom Wegjagen des halbverrückten Reichstages, abzulenken."

[29]) Dortmunder Ztg. 10. Mai 1893.

[30]) Freisinnige Ztg. 10. Mai 1893. Vorwärts 5. Januar 1893: „Die Ungeschicklichkeit, mit welcher die Person des Kaisers in den Streit um die M.V. hineingezogen wird, erinnert an die schönsten Zeiten Bismarcks."

[31]) Zechlin, Staatsstreichpläne S. 87—93.

[32]) Zechlin, Staatsstreichpläne S. 87—93; Jagemann, 75 Jahre des Erlebens und Erfahrens S. 108, nennt Caprivi einen zwischen den beiden Rädern Kaiser und Parlament sich mühenden Staatsmann. Auch die Presse munkelte von dem Konfliktgedanken. Sie lehnte aber einmütig diese Absichten der Regierung mit dem Argument ab, daß das für die Regierung nur sehr bedenklich sei, denn es widerspreche der dem Volke gegebenen Verfassung.

[33]) Ich verweise auf Ziekursch Bd. 3 S. 52—54; Bachem Bd. 5 S. 254—265. Das Zurücktreten vom Posten eines preußischen Ministerpräsidenten hatte dann in Sachen der M.V. die Wirkung, daß in der Presse Gerüchte von Differenzen zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung auftauchten, die dem Prestige beider Instanzen nicht förderlich waren.

[34]) Nach Bachem Bd. 5 S. 268.

[35]) Tirpitz, Erinnerungen S. 23, 25, 26: „Mit Caprivi trat 1883 ein Chef an die Spitze der Admiralität, der unter dem Einfluß der veränderten Weltverhältnisse ... seine ganze Arbeit unter den Kriegsgedanken stellte ... Der von wenigen recht verstandene Mann lebte und webte in der Vorstellung: nächstes Jahr haben wir den Zweifrontenkrieg. Noch 1893 sagte mir der Reichskanzler: Erst nach Erledigung des Krieges mit Rußland, dem sich Frankreich anschließen wird, dürfen wir an die Schaffung einer starken deutschen Flotte denken." Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe-Schillingfürst Bd. 2 S. 494: „Um 4 Uhr war ich bei Caprivi. Wir kamen auf die M.V., die er für absolut notwendig hält."

[36]) Deutsche Revue 1922 Maiheft S. 137.

[37]) Deutsche Revue 1922 Maiheft S. 145.

[38]) Werdermann S. 23/24.

[39]) Ziekursch Bd. 3 S. 63.

[40]) Ich verweise hier auf die Abschnitte Militärkommission und Plenum.

[41]) Werdermann S. 91.

[42]) Waldersee Bd. 2 S. 266: „Caprivi hat sich mehrere Offiziere verschrieben, die für die zweijährige Dienstzeit in der Presse agitieren sollen." Ferner Werdermann S. 92: „Caprivi hatte für die Leitung den Journalisten Otto Hammann gewonnen." Politisches ABC-Buch von Eugen Richter S. 343—345: „Seit 1892/93 hat die offiziöse Presse wieder eine große Ausdehnung erfahren, insbesondere im Interesse einer Durchbringung der M.V. Offiziöse Broschüren und Flugblätter wurden für die M.V. gratis oder gegen sehr billige Vergütung verbreitet, insbesondere Zeitungen beigelegt, die sich zu solcher Beilage bereit erklärt hatten. Dem auswärtigen Amt wurden zur Leitung der offiziösen Presse besondere Offiziere und Hilfsarbeiter beigegeben."

[43]) Eine Erwiderung auf die Broschüre Richters als die zusammenfassendste Darstellung aus dem freisinnigen Lager. In versöhnlichem Ton durchaus auf politische Wirkung berechnet. Bachem dagegen schreibt Bd. 5 S. 277: „Die Agitation für die M.V. wurde von der Reg. geschickt, unauffällig und nachdrücklich betrieben." Unauffällig! Die öffentliche Meinung beklagte sich lebhaft über die offiziöse Pressewirtschaft. Werdermann S. 92: „Kein Glück." Die neue M.V. im politischen ABC, Militär-Wochenschrift vom 12. u. 19. November 1892.

[44]) Militär-Wochenblatt vom 23. und 26. November 1892 untersucht das Verhältnis von Qualität und Quantität der Truppen.

[45]) Militär-Wochenblatt 7. Dezember 1892.

[46]) Militär-Wochenblatt 8. März 1893.

[47]) Militär-Wochenblatt 26. Oktober, 2. November 1892: „Der Zukunftskrieg und die öffentliche Meinung" brachte zunächst einen Vergleich der europäischen Rüstungen und suchte den Nachweis zu führen, daß das deutsche Rüstungsmaß nachstand, weiterhin trat der Autor für eine Verjüngung der Linientruppen ein, weil er deren Kampfkraft der der Landwehr voranstellte. Und jene Formulierung wurde der Anlaß zu diesen heftigen Presseäußerungen. Die Germania vom 12. November 1892 schrieb dazu: „Die beleidigenden Äußerungen gegen die Landwehr haben eine hochgradige Entrüstung hervorgerufen." National-Ztg.: „Die unüberlegte Publikation hat eine tiefe Verstimmung hervorgerufen." Magdeburger Ztg.: „Man fragt sich, wie kann sich die Regierung von solch ungeschickten Leuten in der Verteidigung ihrer Pläne bedienen lassen." Freisinnige Ztg.: „Das Militär-Wochenblatt überbietet in Beschimpfung der Landwehr alles, was

an Hochmut und Dünkel von diesen Troupiers geleistet worden ist." Die Vossische Ztg. spricht von „gefährlichen Erörterungen zugunsten der M.V." (nach Wippermann, Deutscher Geschichtskalender 1892 Bd. 2 S. 129).

[48]) Dortmunder Ztg. 16. November 1892: „Militär-Wochenblatt tritt mit ihren Ausfällen auf die Landwehr den Rückzug an, beruft sich auf seinen Charakter, als Vertreter der Interessen der Armee habe ihm Beschimpfung ferngelegen."

[49]) Dortmunder Ztg. 8. November 1892: „Die groben Taktlosigkeiten schufen nicht nur im Publikum Entrüstung, auch beim Militär will man Verantwortung nicht übernehmen, so z. B. General v. Goßler und der verantwortliche Redakteur v. Estorff (Urlaub). Es geht allerdings das Gerücht um, daß Major Keim, der Verfasser, der könnte aber nur im Auftrag vorgesetzter Instanzen (Generalstab oder Kriegsministerium) geschrieben haben."

[50]) Die bekanntesten sind: General v. Boguslawski, der, Caprivi sehr gelegen, bereits 1891 für die zweijährige Dienstzeit eintrat (1891) 1892; Broschüre: Die Parteien und die Heeresreform, Reichstag und Heer 1893; Major Keim: Warum muß Deutschland seine Wehrmacht verstärken?; General v. Leszcynski: Ein Mahnruf in letzter Stunde; Rudolf v. Gneist: Die M.V. von 1892 und der preußische Verfassungskonflikt von 1862—1866.

[51]) Bayrischer Kurier 22. September 1892. Der Vorwärts spottet am 9. November 1892: „v. Caprivi hat fortwährend Unglück. Dieses fortwährende Vexierspiel des Widerrufens, Behauptens hat die Militärvorlage schon vor der Geburt in Mißkredit gebracht ... Und die Ungeschicklichkeit, mit der sie von den offiziösen Federn verteidigt wird!" ... Germania 8. April 1893: „Der damalige (unter Bismarck) offiziöse Apparat ist weit entfernt von der Ausdehnung desjenigen, der heute in der M.V. in Anwendung gebracht wird."

[52]) Hammann, Der neue Kurs S. 72. Über die Wahlpropaganda schreibt Bachem Bd. 5 S. 277: „Die häßlichen Auswüchse von 1887 wiederholten sich nicht, aber sonst wurde an Beeinflussung der Wähler geleistet, was nur möglich war."

[53]) Die Fäden in der Preßkampagne liefen nur indirekt bei Caprivi zusammen, so daß viele der Ungeschicklichkeiten ihm nicht zur Last zu legen sind.

[54]) So die Zahlenwut ..., die politische Lage.

[55]) Vgl. Plenum und Kommission.

[55a]) Caprivi zeigte im parlamentarischen Kampf nicht den gleichen, unbeugsamen Willen und die entschlossene Energie, das Altbewährte gegen die widerstrebende Reichstagsmehrheit bis zum äußersten zu verteidigen." So Werdermann S. 16. In seiner Beurteilung gibt dann Werdermann zu (S. 126/27), daß dieses Aufgeben des Altbewährten, nämlich der dreijährigen Dienstzeit, sich als hervorragend erwies. „Aber es war keine vorausschauende Tat, es entsprang nicht militärischer Einsicht, sondern innenpolitischen Gründen." Aber es gab ja eine eigentliche dreijährige Dienstzeit gar nicht. Caprivi wies wiederholt darauf hin, daß nur eine verstümmelte existiere (Dispositionsurlauber). Damit fiel das Hauptargument, die Qualität der Truppen bei einer dreijährigen Ausbildung in sich zusammen. Gewiß, bei der Einführung der zweijährigen Dienstzeit waren für Caprivi innenpolitische Motive mit maßgebend, aber er war überzeugt, daß die Konzession die Ausbildung der Truppen nicht beeinträchtige. Caprivi führte zur Begründung der zweijährigen Dienstzeit die militärischen Vorteile deutlich genug ins Feld: Verjüngung der Armee, schnellere Mobilmachung, festere Reservestämme. In der Höhe der Forderungen gab allerdings Caprivi nach. Für die Organisation waren diese Abstriche unbedeutend, so daß die Schlußfolgerungen, die Werdermann zieht, nicht zutreffen. Der Fehler Caprivis in der M.V. war nicht eine Kurzsichtigkeit hinsichtlich der militärischen Fragen, sondern taktische Ungeschicklichkeiten der Vorbereitung und Einführung der M.V. und der Behandlung der Parteien.

[56]) In einem Briefe, in welchem der Abg. Oechelhäuser (NL) Abschied nimmt von seinen Wählern, macht er Caprivi verantwortlich für die Ablehnung der M.V. „In bezug auf die Haltung der Freisinnigen Partei kann man an Hand der nachträglichen Spaltung mit Sicherheit behaupten, daß es nur eines gewissen Unterhandlungstalentes bedurft hätte, um jenen Freisinn zu gewinnen, der die Mehrheit für die M.V. sichergestellt hätte, und die verhängnisvolle Reichstagsauflösung wäre vermieden worden." In Germania 17. Mai 1893.

[57]) Preußische Ztg. 4. Oktober 1892 M.A.

[58]) Köln. Volksztg. 3. Oktober 1892 1. Bl., 4. Okt. 2. Bl.: „Es handelt sich um eine Vorlage von gewaltiger wirtschaftlicher und finanzieller Tragweite, die für Preußen um so bedeutsamer ist, als es selbst vor einer Steuerreform steht... Eine solche Vorlage hätte überhaupt nicht in Angriff genommen werden sollen, ohne sich vorher mit der Regierung des größten deutschen Bundesstaates ins Einvernehmen zu setzen." — Freisinnige Ztg. im Bayrischen Kurier 5. Oktober: „Preußen ist in Reichssachen noch unter das Ministerium Lippe herabgedrückt worden. Schwerpunkt liegt in der Frage, daß Genehmigung des Kaisers zugleich als König von Preußen vom Reichskanzler eingeholt wurde, ehe das Preußische Staatsministerium sich dazu geäußert hat. Die Preußische Regierung, die die Haltung der preußischen Vertreter im Bundesrat bestimmt, ist dadurch in die Zwangslage versetzt, entweder gegen den Kaiser zu votieren oder sich Caprivi zu fügen."

[59]) Neue Preußische Ztg. 4. Oktober 1892 M.A. — Die Nordd. Allg. Ztg. führt sogar eine Statistik an über die Art der Vorlagen in den Bundesrat und behauptet dann, daß Form und Inhalt der Mitteilung der Nationalztg. ihre Quelle im Preußischen Staatsministerium selbst haben müsse.

[60]) Köln. Volksztg. 6. Oktober 1892 2. Bl., 10. Oktober 1. Bl.; dieselbe 23. November 1892 1. Bl. berichtet, daß sich der Preußische Ministerpräsident Graf v. Eulenburg im Abgeordnetenhause über die Haltung der Presse beschwert habe, die aus der Mitteilung, daß die M.V. dem preußischen Ministerium „lediglich zur Kenntnisnahme unterbreitet worden sei", eine Vernachlässigung der preußischen Regierung konstruiert habe.

[61]) Bayrischer Kurier 21. September 1892.

[62]) Köln. Ztg. 24. Oktober 1892 A.A.

[63]) Dortmunder Ztg. 28. Oktober 1892 N.A.

[64]) Köln. Ztg. 4. November 1892 A.A.: „Dazu fehlt jede juristische Handhabe! ..."

[65]) Rachfahl, Kaiser und Reich S. 90. In einem Interview sprach er von dem abgerissenen Draht nach Rußland, verurteilte den Handelsvertrag. Caprivi geht in seiner Rede vom 23. November 1892 auf diese Vorwürfe ein.

[66]) Bachem Bd. 5 S. 271: „Die Tatsache, daß Bismarck sich so entschieden gegen die Vorlage einsetzte, konnte ihren Eindruck auf die Führer des Zentrums nicht verfehlen."

[67]) In Artikeln der Hamburger Nachrichten 4. November 1892; in Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung Bd. 4 S. 192—196; 10. November, Hofmann Bd. 2 S. 165—177.

[68]) Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898 Bd. 2 S. 175. Er führt Caprivis Rede vom 27. November 1891 an, worin er erklärte: „Ich glaube nicht, daß unter den lebenden Heerführern einer ist, der imstande wäre, diese Massen, mit denen zu rechnen man sich gewöhnt hat, zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsamen Schlagen zu bringen."

[69]) Hofmann Bd. 2 S. 162, Hamburger Nachrichten 31. März 1893 M.A.; Penzler Bd. 4 S. 248. Historisch-Politische Blätter 1892 Bd. 2 Heft 12 S. 915—923.

[70]) Hofmann, Bismarck 1890—1898 Bd. 2 S. 164, 165, 177; Penzler Bd. 4 S. 197, 254.

[71]) Penzler Bd. 4 S. 276/77.

[72]) Historisch-Politische Blätter 1893 Bd. 1 Heft 3 S. 223—225.

[73]) Penzler Bd. 4 S. 322.

[74]) Westfälischer Merkur 23. März 1893 A.A.

[75]) Waldersee, Denkwürdigkeiten Bd. 2 S. 268, 5. November: „Ganz augenscheinlich will Bismarck Opposition machen, wohl um Caprivi zu Fall zu bringen."

[76]) Werdermann, Heeresvorlage S. 90; Bachem Bd. 5 S. 268—271; Otto Hammann, Der neue Kurs S. 66.

[77]) Waldersee, Denkwürdigkeiten Bd. 2 S. 264, 24. September.

[78]) Bachem Bd. 5 S. 275; Flugschriften der nationalliberalen Partei, Militärvorlage und Antrag Bennigsen; Otto Hammann, Der neue Kurs S. 68.

[79]) Freisinnige Ztg. 27. Juli 1892; Dortmunder Ztg. 17. August: „In der Kreuzzeitung steigert sich der Kampf gegen die zweijährige Dienstzeit."

[80]) Köln. Ztg. 20. August 1892 M.A., 22. August M.A.

[81]) Dortmunder Ztg. 27. August M.A.

[82]) Köln. Ztg. 31. August A.A.; Bayrischer Kurier 27. August.

[83]) Köln. Ztg. 6. Oktober 1892 A.A.

[84]) Germania 2. August 1892 3. Bl. Die Freisinnige Ztg. vom 3. August 1892 führt diesen Artikel an und spricht den Wunsch aus, daß diese Erwägung der Post die Regierung beherzigen möge, damit die Regierung sich zu einer recht gründlichen Prüfung entschließe, ob eine Notwendigkeit zu dieser ungeheueren Verstärkung vorliege. (Die Post hatte gewarnt, eine Auflösung des Reichstages zu erzwingen, um von dem neuen Zustimmung zu erhalten. Eine Parallele zu 1887 sei unter den heutigen Umständen unmöglich.)

[85]) Bayrischer Kurier 6. September 1892. Die konservative Kreuzzeitung schrieb: „Immerhin würde eine nichtproduktive Ausgabe von 100 bis 150 Millionen gerade in dieser gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression eine schwere Belastung darstellen." In Germania 14. September 1892 3. Bl.

[86]) Dortmunder Ztg. 4. September: 60—65 Millionen. Bayrischer Kurier 1. Oktober 1892, Köln. Volksztg. 8. Oktober nennen gleichfalls 60 Millionen jährliche und 80 Millionen einmalige Ausgaben. Germania 9. Oktober zieht daraus den Schluß, daß die Vorlage bei dieser Forderung fällt.

[87]) Germania 2. August 1892 3. Bl., Dortmunder Ztg. 4. August, Freisinnige Ztg. 3. August und Kreuzzeitung siehe unter Anm. 85. Damit liegen die Äußerungen der Hauptorgane der vier größten Parteien vor, die als Presseäußerung zwar unverbindlich, als Symptom anzusehen sind, wie gering die Neigung war, alle Forderungen der Regierung zu bewilligen. Gleichzeitig waren es taktische Versuche, die Regierung von der Meinung in Parteikreisen zu unterrichten, um die noch schwebenden Verhandlungen im Sinne der Parteiwünsche zu beeinflussen.

[88]) Germania 2. August 1892 3. Bl., Köln. Ztg. 9. September A.A.: „Eine Abwälzung auf Matrikular-Beiträge geht bei der ungünstigen Finanzlage der Einzelstaaten nicht." Bachem Bd. 5 S. 271.

[89]) Germania 7. August 1892 3. Bl., Freisinnige Ztg. 7. August 1892, Bayrischer Kurier 6. September schließen aus den mit dem bayrischen Finanzminister Riedel geführten Verhandlungen, daß die Höhe der Kosten hier überrascht habe.

[90]) Freisinnige Ztg. 7. August 1892, Köln. Ztg. 9. September, 4. Oktober: „Reichsschatzsekretär v. Maltzahn scheint von der Voraussetzung auszugehen, daß die Abwälzung der Kosten auf einen Verbrauchsartikel bei der jetzigen Reichstagszusammensetzung nicht möglich sei. Tabak, Bier, Branntwein hätten unter der Hand schon die Zustimmung der süddeutschen Finanzminister gefunden. Von einer Weinsteuer habe man abgesehen wegen der schon seit zwei Jahrzehnten wenig erfreulichen Ernte." Sie schlug vor, nicht so mannigfaltige Gegenstände, sondern lediglich den Tabak zur Bestreitung der Kosten für die Militärvorlage heranzuziehen.

[91]) Germania 9. August 1892 2. Bl.

[92]) Siehe Deckungsschwierigkeiten.
[93]) Germania 1., 2. Oktober 1892 1. Bl.
[94]) Siehe Caprivi S. 7/12.
[95]) Köln. Ztg. 22. Oktober. Einleitend gab sie die genauen Zahlen: Erhöhung der Präsenz um 72 037 Mann, 11 857 Unteroffiziere; 173 neue Cadres, 12 Schwadronen, 60 Batterien. Sie gab auch eine Begründung für die Vorlage (militärisches Kräfteverhältnis der europäischen Staaten).
[96]) Der Reichsanzeiger bemerkt dazu: „Die Köln. Ztg. veröffentlicht den Text und die Begründung der Vorlage. Da die Militärvorlage dem Bundesrat geheim zugegangen ist und ihre Veröffentlichung im gegenwärtigen Stadium ... nicht beabsichtigt war, so kann die Köln. Ztg. nur auf unrechtmäßige Weise Kenntnis erhalten haben." Freisinnige Ztg.: „Der Verrat kann willkommen sein, wenn auch der Verräter verächtlich ist." Germania 28. Oktober 1892: „Der Versuch der Köln. Ztg., die Veröffentlichung zu rechtfertigen, findet in der Presse wenig Anklang."
[97]) v. Boguslawski, Die Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit. Neben der militärischen Notwendigkeit sah er darin die Möglichkeit, den radikalen Parteien ein beliebtes Stichwort ihrer Opposition zur Militärgesetzgebung zu nehmen. Caprivis Anschauungen berührten sich eng mit den Ausführungen v. Boguslawskis, die M.V. brachte dann auch die Verwirklichung mancher Gedankengänge, z. B. die tatsächliche zweijährige Dienstzeit, Erhöhung des Offizier- und Unteroffizierbestandes ...
[98]) Dem übrigens auch der berüchtigte Artikel im Militär-Wochenblatt zugeschrieben wird (nach Waldersee Bd. 2 S. 270, Dortmunder Ztg. 6. Nov. 1892).
[99]) Warum muß Deutschland seine Wehrmacht verstärken? Eine Parallele zu Keims Schrift bieten die Ausführungen in der Broschüre „Einst — jetzt — was dann?" von einem ehemaligen Generalstabsoffizier (Otto Graf v. Moltke).
[100]) Freisinnige Ztg. 1. September 1892.
[101]) Germania 31. Januar 1893.
[102]) Waldersee Bd. 2 S. 278—280. Am 22. Januar nahm Waldersee Aufenthalt in Berlin, um mit dem neuen Kommandanten des Hauptquartiers, General v. Plessen, in Verbindung zu treten, von dem er eine günstige Einwirkung auf sein gespanntes Verhältnis zum Kaiser erhoffte. Am 2. Januar 1893 legte er noch einmal in einem Briefe an v. Plessen seinen Standpunkt dar, worin er erklärte, daß die Herren, welche die Meinung dem Kaiser geäußert haben, daß er die M.V. intrigiere, die Artikel der Kreuzztg. gegen die M.V. beeinflußt habe, Lügner und Verleumder sind (S. 282). „Wie im vorigen Jahre mußte ich hier einem großen Diner präsidieren (27. Jan.), da ergiff ich die Gelegenheit, um zum Ausdruck zu bringen, daß man wünschen müsse, die M.V. werde angenommen" (S. 284). „Ich bin ja nur insofern Gegner der M.V., als mir das Caprivische Projekt nicht gefällt, während ich eine ansehnliche Armeeverstärkung durchaus für erstrebenswert halte" (Freisinnige Ztg. 29. Januar 1893).
[103]) Germania 31. Januar 1893. Waldersee Bd. 2 S. 285: „Leszcynski ließ sich vor acht Tagen in der Köln. Ztg. zugunsten der M.V. hören. Ich schob es auf das unruhige Temperament des Generals, der sich auf seinem Landsitz langweilt. Heute erfuhr ich, daß ihm Caprivi das Kriegsministerium angeboten habe."
[104]) Germania 9. April 1893 1. Bl.
[105]) Germania 27. Januar 1893 3. Bl., 31. Januar: „Unwillen ..., daß die Anregung von außen herangetragen worden ist, unterliegt keinem Zweifel. Wie kann ein Gremium, dem die Politik entzogen ist, ein solches Ersuchen an eine politische Vertretung richten?"
[106]) Preußische Jahrbücher 1892 Bd. 70 Heft 4 (Oktober), Heft 5 (November) in der Politischen Korrespondenz.
[107]) Eine Rede für die M.V. von O. Fritsch. — Die M.V. von Stuckmann. — Aufklärung über die M.V. von 1892, nach Vorwärts 24. Januar 1893 wird sie

massenhaft verbreitet und anscheinend offiziösen Ursprungs, soll sie für die M.V. Stimmung machen. — Zur M.V.: Ein Appell an das deutsche Nationalgefühl, 1893 (15 S.).

[108]) Für die M.V. Versammlung ... Köln. Volksztg. 17. Febr. 1893 (32 S.).

[109]) Zur M.V. Heureka, ein Vermittlungsvorschlag ..

[110]) Wo hinaus? Ausgleichsvorschläge ... von Abg. Wisser.

[111]) Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich, Stuttgart 1893.

[112]) Militär-Wochenblatt 1892 Bd. 2, 16. November, Sp. 2555.

[113]) Germania 27. Oktober 1892 3. Blatt.

[114]) Otto Hammann, Der neue Kurs S. 78.

[115]) Stenographische Ber. des Reichstages 8. Leg.-Per. 1892, Sitzung vom 30. November, S. 66. Diese wenigen Nachrichten zeigen schon die Bedeutung der M.V. Sie sind aber auch ein Symptom dafür, daß jede Rüstung eine Gegenrüstung auslöst.

[116]) Köln. Volksztg. 3. Oktober 1892: „Über das russisch-französische Verhältnis wird in der Presse Europas viel fabuliert." 14. November: „Der angezeigte formelle Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses ist, wie in früheren Jahren, in Abrede gestellt worden."

[117]) Rüdt-Collenberg, Die deutsche Armee 1871—1914 S. 17—20.

[118]) v. Bülow, Deutsche Politik S. 227—230.

[119]) Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien Bd. 1 S. 123.

[120]) Konservative 68, Reichspartei 18, Nationalliberale 42 = 128.

[121]) Freisinn 68, Zentrum 96 und 9 Hospitanten.

[122]) Bülow, Deutsche Politik S. 228/29.

[123]) v. Limburg-Stirum, Aus der konservativen Politik 1890—1905 S. 6, Einleitung: „Der Gegensatz bestand 1888—1892, wo v. Helldorf aus dem Vorsitz des Hauptausschusses austreten und die Redaktion des offiziellen Hauptorgans niederlegen mußte."

[124]) v. Limburg-Stirum, Aus der konservativen Politik S. 6: „Das Opponieren macht keine Freude." Rachfahl, Kaiser und Reich S. 85/86.

[125]) Politisches ABC-Buch von Eugen Richter S. 277—279.

[126]) Neue Preußische Ztg. 13. August 1892 M.A.

[127]) Neue Preußische Ztg. 19. September 1892 A.A.

[128]) Neue Preußische Ztg. 5. u. 6. Oktober 1892 A.A., M.A.

[129]) Neue Preußische Ztg. 13. Oktober 1892 A.A. bemerkt dazu: „Wohl etwas zu vorschnell."

[130]) Kölnische Ztg. 26. Oktober 1892 M.A.

[131]) Germania 26. Oktober 1892 3. Bl., 26. November 1892 3. Bl.

[132]) Germania 3. November 1892 3. Bl.

[133]) Reichstagsverhandlungen 1892/93, 1. Les., Sitzung am 10. Dezember 1892, S. 248—250.

[134]) Rachfahl, Kaiser und Reich S. 86.

[135]) Wippermann, Deutscher Geschichtskalender 1893 Bd. 1 S. 108. Neue Preußische Ztg. 7. Januar 1893 im Artikel „Die Heeresvorlage und die Silberfrage": „Im großen und ganzen haben die Reichstagsdebatten keinen erhebenden Eindruck gemacht. Wenn auch niemand imstande war, die von der Regierung vorgelegten Ziffern über die Stärkeverhältnisse der europäischen Armeen anzuzweifeln, so waren es doch nur Konservative und Reichspartei, die unter Vorbehalt sorgfältigster Prüfung pro stimmten.

[136]) Freisinnige Ztg. 12. Januar 1893.

[137]) v. Dewitz, Innenpolitische Rückblicke eines Konservativen S. 32/33.

[138]) Im Konservativen Wochenblatt. Die Freisinnige Ztg. bemerkt dazu am 19. Januar 1893: „Nach Ansicht des Konservativen Wochenblatts wäre die Regierung nur so lange an das allgemeine Wahlrecht gebunden, als die Volksvertretung ihren Willen tut."

[139]) Bülow, Deutsche Politik S. 229.

[140]) Die Preußischen Jahrbücher 1893 Bd. 1, April-Heft schrieben: „Andere Frage, die zur Entscheidung steht, ob im nächsten Jahrzehnt in Deutschland Liberalismus oder Klerikalismus herrschen soll."

[141]) Es handelt sich um die Gruppe um Rickert, die im Mai 1893 die Trennung vom Freisinn vollzog und die M.V. dann unterstützte.

[142]) Männer S. 60—62.

[143]) Männer, Prinz Schönaich-Carolath S. 60—62. Auch in der Presse wurde diese mögliche Einheitsfront erörtert. Die Neue Preußische Ztg. schrieb am 23. August 1892 A.A.: „In der Presse ist in letzten Tagen das Thema eines engeren Zusammenschlusses der liberalen Fraktionen behandelt worden. Erst unlängst hat die Vossische Ztg. die Einheit der Liberalen hervorgehoben (NL und Freisinn). Das haben die letzteren nicht wahrhaben wollen, indem sie darauf hinweisen, daß für sie die zweijährige Dienstzeit Zweck, nicht Mittel zum Zweck sei, ungeheure Steigerungen damit zu verbinden. Die Münchener Allgem. Ztg. dagegen betont, daß ein vereintes Schlagen notwendig sei, beide Parteien seien aufeinander angewiesen. Die konservative Neue Preußische Ztg. spottet darüber: „Ob die nationalliberalen Stimmen Beifall finden werden im freisinnigen Lager?" Das wurde auch der Trennungspunkt. Die Freisinnige Partei wollte nur alles bewilligen, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit notwendig war, während die Nationalliberalen sich zuletzt doch bereit erklärten, der Regierung eine ansehnliche Vermehrung für die Verkürzung der Dienstzeit zu bewilligen.

[144]) Köln. Ztg. 15. August 1892 A.A.

[145]) Köln. Ztg. 20. August 1892 M.A.

[146]) Neue Preußische Ztg. 2. September 1892 A.A.

[147]) Köln. Ztg. 18. Oktober 1892 A.A.

[148]) Dortmunder Ztg. 11. November 1892 M.A.

[149]) Germania 3. Nov. 1892 3. Blatt.

[150]) In Baden war es besonders die stärkere Besteuerung des Tabaks, die eine empfindliche Stelle traf. Germania 15. November 1892 1. Bl., 18. Nov. 1892 2. Bl. meldet, daß „der nationalliberale Abg. Petri (Straßburg) in einem Rechenschaftsbericht geäußert habe, daß die M.V. in ihrer jetzigen Gestalt für ihn unannehmbar wäre". Ähnliche Äußerung im Nationallib. Verein zu München, wo die Abg. Marquardsen und Hänle die M.V. angesichts der wirtschaftlichen Depression für unannehmbar erklärten. Die Nationalliberale Korrespondenz klagte darüber, daß der Reichsgedanke schwinde und der Partikularismus in Süddeutschland sein Haupt erhebe. (Nach Germania 15., 18., 20. November 1892.)

[151]) Germania 26. November 1892 3. Blatt.

[152]) Germania 26. November 1892 polemisiert dagegen: „In diesen Auslassungen spricht sich das ganze Unbehagen der nationalliberalen Elemente aus, denen es jetzt an einem Stichwort fehlt, um sich, wie beim Septennatsrummel, als Retter des Staates aufspielen zu können. Die nationalliberalen Herren würden so gerne mitmachen am Zustandekommen der Vorlage, aber sie fürchten, von ihren Wählern im Stich gelassen zu werden."

[153]) Siehe Kommission über Inhalt und Umfang des Antrages Bennigsen.

[154]) Germania 26. Januar 1893, Pfälzische Presse: „Bezüglich der M.V. stellte man sich einstimmig auf den Standpunkt Bennigsens." So der engere Ausschuß der Nationalliberalen Partei Badens. Kölnische Volksztg. 23. Januar 1893 2. Blatt. Die Versammlung der Nationallib. Komitees für die Rheinprovinz-Resolution: Getreu den Grundsätzen der Nationallib. Partei einverstanden, alle für die Sicherstellung des Vaterlandes notwendigen Opfer zu bringen. Wir stimmen deshalb Bewilligung der M.V. zu in den Grenzen, welche Führer der Partei im Plenum und Kommission gezogen hat. Ähnlich Hildesheim. Germania 2. April 1893: Landesausschuß der Nationallib. Partei Bayerns erwartet, daß

Mitglieder der Nationallib. Partei Verständigung anstreben, wobei Wunsch ausgesprochen wird, nicht über Vorschläge Bennigsens hinauszugehen.

[155]) Freisinnige Ztg. 30. März 1893; Germania 13. April 1893 1. Blatt.

[156]) Germania 14. April 1893 1. Blatt.

[157]) Westfälischer Merkur 12. April 1893 A.A. Die Köln. Ztg. am 10. April 1893 bedauert den Entschluß des ausgezeichneten Parlamentariers.

[158]) Germania 16. April 1893 3. Blatt.

[159]) Germania 1893 4. Mai 3. Blatt.

[160]) Penzler, Bismarck nach der Entlassung Bd. 5 S. 48/49. Ein Grund für Bismarck, die M.V. Caprivis zu bekämpfen, war der Gedanke, daß die Rekrutierung auf so breiter Basis der sozialistischen Agitation außerordentlich günstig sei. Die verkürzte Dienstzeit würde die Erziehung zu soldatischem Geist und soldatischer Disziplin erschweren, wenn nicht in Frage stellen. Das sei aber besonders gefährlich, weil gerade das Heer die Schutzwehr gegen den inneren Feind darstelle.

[161]) Schröder, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage S. 314.

[162]) Vorwärts 23. August 1892, 30. Oktober 1892 wird abermals der Vorzug des Milizsystems gegenüber dem System der stehenden Heere betont.

[163]) Boguslawski, Die Parteien und die Heeresreform 1892 S. 9—11.

[164]) Preußische Jahrbücher 1893 September: Etwas vom Musterheer der Sozialdemokraten S. 404—408. Wenn auch in der Zeit, als dieser Artikel erschien, der Kampf um die Militärvorlage bereits zu Ende war, so war es doch eine eingehende Zusammenfassung der Argumente, die in der Auseinandersetzung um die Militärvorlage vereinzelt in der Presse und von der Militärverwaltung eingesetzt waren gegen die Sozialdemokratie.

[165]) Neue Preußische Ztg. 20. August 1892 M.A., vgl. Abschnitt NL S. 27/31.

[166]) Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien S. 124.

[167]) Pachnicke, Führende Männer im alten und neuen Reich S. 26.

[168]) Ziekursch, Das Zeitalter Wilhelms II. Bd. 3 S. 66.

[169]) Otto Hammann, Der neue Kurs S. 76.

[170]) Freisinnige Ztg. 1892 18. August.

[171]) Freisinnige Ztg. 1892 11. August. Die Post schreckt daraufhin die Freisinnige Partei damit, daß sie dieselbe für etwaige Rückwirkungen auf dem Gebiet der inneren preußischen Politik verantwortlich machen will. Das Zentrum werde für regierungsfähige Mehrheit unentbehrlich. Freisinnige Ztg. 13. August 1892.

[172]) Freisinnige Ztg. 2. September 1892.

[173]) Germania 15. November 1892 1. Blatt. Ebenso der Parteitag der badischen Freisinnigen Partei in Offenburg erhob am 13. November energischen Protest gegen die M.V. Aus dem Petitionsverzeichnis geht hervor, daß 26 Resolutionen der Freisinnigen Partei an den Reichstag gegangen sind (6 aus Berlin, 20 aus dem Reiche). Neue Preußische Ztg. 10. März 1893.

[174]) Germania 15. November 1892 1. Bl.

[175]) Pachnicke, Führende Männer im alten und neuen Reich S. 34/35.

[176]) Vorwärts 19. August 1892. Das Organ der Sozialdemokratie wirft dazu die Frage auf, ob es gelingen wird, Rickert die Meute zurückzupfeifen. Das Ende vom Liede wird ein kompromißliches Ja sein.

[177]) Reichstagsverhandlungen 8. Leg.-Per. 1892/93 Bd. 1 S. 114, 7. Sitzung vom 2. Dezember.

[178]) Reichstag 8. Leg.-Per. 1892/93, Sitzung vom 2. Dezember Bd. 1 S. 114.

[179]) Kölnische Ztg. 4. Dezember 1892.

[180]) Neue Preußische Ztg. 3. Dezember 1892 A.A. Die Hamburger Nachrichten vom 6. Dezember schreiben dazu: „In Blättern wird der Unterschied besprochen, der in der Tonart der beiden freisinnigen Führer Richter und Rickert gegenüber dem Grafen Caprivi besteht. Herr Rickert hat die Möglichkeit, Ministerkollege des jetzigen Reichskanzlers zu werden, nicht aufgegeben ... Die

um Rickert hoffen noch; daraus erklärt sich die mildere Tonart namentlich der Rickertschen Reden."

[181]) Westfälischer Merkur 5. Januar 1893 A.A.

[182]) Freisinnige Ztg. 5. Februar 1893.

[183]) Kölnische Ztg. 7. März 1893 A.A.

[184]) Köln. Ztg. 4. Dezember 1892, 9. März 1893 A.A.

[185]) Freisinnige Ztg. 10. März 1893.

[186]) Westfälischer Merkur 10. März 1893 A.A.

[187]) Vorwärts 11. März 1893: „Aber trotz aller lendenlahmen Erklärungen bleibt es dabei, daß eine Gruppe im Freisinn kompromissieren will."

[188]) Vgl. Militärkommission.

[189]) Germania 3. Mai 1893 1. Blatt.

[190]) Freisinnige Ztg. 3. Mai.

[191]) Köln. Volksztg. 3. Mai 1893 2. Bl.; Tremonia 3. Mai 1. Bl.; Neue Preuß. Ztg. 2. Mai A.A.

[192]) Germania 5. Mai 1893 1. Bl.

[193]) Männer, Prinz Schönaich S. 62.

[194]) Rachfahl, Kaiser und Reich S. 97; Flugschriften der Nationalliberalen Partei S. 25.

[195]) Flugschriften der Nationallib. Partei S. 27.

[196]) Pachnicke, Führende Männer im alten und neuen Reich S. 27.

[197]) Pachnicke, Führende Männer im alten und neuen Reich S. 27.

[198]) Köln. Volksztg. 9. Mai 1893 2. Bl.

[199]) Germania 9. Mai 1893 1. Bl.

[200]) Pachnicke, Führende Männer im alten und neuen Reich S. 27.

[201]) Rachfahl, Kaiser und Reich S. 97.

[202]) Kölnische Volksztg. 9. Mai 1893 2. Bl.; Germania 9. Mai 1893 1. Bl.

[203]) Rachfahl, Kaiser und Reich S. 98.

[204]) Köln. Volksztg. 8. Mai 1893 2. Bl.; Dortmunder Ztg. 9. Mai 1893 N.A.

[205]) Vorwärts 9. Mai 1893.

[206]) Kölnische Volksztg. 10. 1893 2. Bl.

[207]) Kölnische Volksztg. 9. Mai 1893 2. Bl.

[208]) Kölnische Volksztg. 9. Mai 1893 2. Bl.

[209]) Westfälischer Merkur 9. Mai 1893 M.A.

[210]) Wippermann, Deutscher Geschichtskalender S. 203.

[211]) Held, Gedächtnisrede auf den verewigten Zentrumsführer Dr. Lieber S. 39—42; J. Meerfeld, Die deutsche Zentrumspartei S. 38.

[212]) Meerfeld S. 38/39.

[213]) Mitgeteilt in einem Briefe von Geheimrat K. Bachem 14. Juli 1931.

[214]) Bachem Bd. 5 S. 272; Spahn, Ernst Lieber als Parlamentarier S. 31.

[215]) Bachem Bd. 5 S. 254—263; Ziekursch S. 52—54; Waldersee Bd. 2 S. 229 bis 238; Buchner, Wilhelm II., seine Weltanschauung und die deutschen Katholiken S. 86/87; M. Spahn, Ernst Lieber als Parlamentarier S. 27—31.

[216]) M. Spahn S. 31.

[217]) Wippermann, Deutscher Geschichtskalender S. 173.

[218]) Wippermann, Deutscher Geschichtskalender S. 176/77.

[219]) Kißling, Geschichte der deutschen Katholikentage S. 257.

[220]) Wippermann, Deutscher Geschichtskalender Bd. 2 S. 106/07.

[221]) Preußische Jahrbücher Bd. 71, Februar 1893, S. 378.

[222]) Bachem Bd. 5 S. 142.

[223]) Arndt, Die Reden des Grafen Caprivi S. 64—69, 79—81.

[224]) Bachem Bd. 5 S. 273; Germania 11. Oktober 1892 3. Bl.

[225]) Freisinnige Ztg. 20. August 1892.

[226]) Freisinnige Ztg. 6. September 1892.

[227]) Germania 3. November 1892 1. Bl.

[228]) Bachem Bd. 5 S. 285.

[229]) Westfälischer Merkur 2. Mai 1893; Boguslawski, Die Parteien und die Heeresreform 1892 S. 21—24.

[230]) Westfälischer Merkur 2. Mai 1893.

[231]) Bayrischer Kurier 14. Oktober 1892; Germania 4. Nov. 1892 1. Bl. 1890: 3119, 1891: 3723, 1892: 4174 Konkurse.

[232]) Germania 4. März: Caprivi unter anderen Gelehrten Professor Conrad aus Halle nach Berlin eingeladen ... Die Preußischen Jahrbücher schreiben im Bd. 72, Mai 1893 über Wehrbedürfnis und militärische Leistungsfähigkeit S. 353: „... daß Mehrforderung für Zwecke der nationalen Sicherung, wie M.V. sie bringt, im Rahmen des großen nationalen Haushalts, unbedenklich Platz finden kann."

[233]) Germania 25. Februar 1893 3. Bl.

[234]) Jastrow, Drückt die Militärlast?, 1893 (16 S.).

[235]) M. Spahn, E. Lieber als Parlamentarier, S. 32: „Es mag sein, daß er durch eingewurzelte persönliche Meinung die Deckungsangelegenheit überschätzte, er hatte sich seit 1879 gegen die Erhöhung der indirekten Steuern ausgesprochen."

[236]) Germania 25. Februar 1893 3. Bl.

[237]) Bayrischer Kurier 5. Oktober 1892; Kölnische Ztg. 4. Oktober 1892 M.A.

[238]) Kölnische Ztg. 4. Oktober 1892 M.A.

[239]) Kölnische Ztg. 7. Oktober 1892 M.A. Italien 154,4, Österreich 259,4, Frankreich 372, Deutschland 50 Millionen Ertrag 1891.

[240]) Kölnische Ztg. 7. Oktober 1892 A.A.

[241]) Germania 22. September 1892 3. Bl. Die Regierung brachte dann im Reichstag 1892/93 die Steuervorlagen, sie wurden am 10. u. 11. Januar in erster Lesung beraten, der M.K. überwiesen. Sie gelangten aber vor der Reichstagsauflösung nicht wieder zur Beratung. Im neuen Reichstag Juli wurden sie nicht wieder eingebracht. Der im August 1893 zum Reichsschatzsekretär ernannte Graf v. Posadowsky-Wehner verlangte dann vom Reichstag 100 Mill. Mehreinnahmen. Aber alle seine Steuerentwürfe mit Ausnahme der Börsensteuer und des Lotteriestempels lehnte der Reichstag ab. Also bereits als die M.V. angenommen war, zeigten die Parteien, daß sie eine Erhöhung der indirekten Steuern nicht wünschten. Ziekursch Bd. 3 S. 68/69; Politisches ABC-Buch von Eugen Richter S. 46/47, S. 106.

[242]) Bayrischer Kurier 23. August 1892.

[243]) Bayrischer Kurier 8. September 1892.

[244]) Bayrischer Kurier 25. Oktober 1892.

[245]) Germania 6. November 1892 1. Bl.

[245a]) Germania 8. November 1892 1. Bl.

[246]) Germania 8. November 1892 1. Bl., 20. November 2. Bl.: „Auch Niederbayern Protest, auf Landshut ist Straubing gefolgt. Kath. Männerverein beschlossen, seinen Vertreter Grafen Conrad v. Preysing aufzufordern, gegen jede Neubelastung des Volkes zu stimmen."

[247]) An Stelle Dr. Orterers zweiter Vorsitzender der Reichstagsfraktion.

[248]) Germania 10. November 1892 3. Bl.

[249]) Germania 16. November 1892 1. Bl.

[250]) Bayrischer Kurier 18. November 1892.

[251]) Bachem Bd. 5 S. 278.

[252]) Germania 25. Februar 1893 1. Bl.

[253]) Bachem Bd. 5 S. 278.

[254]) Aus Papieren Dr. Liebers, aufbewahrt Diözesanarchiv Breslau.

[255]) Spahn, E. Lieber als Parlamentarier S. 33.

[256]) Bachem Bd. 5 S. 278.

[257]) Freisinnige Ztg. 15. September 1892.

[258]) Germania 15. September 1892 3. Bl.

[259]) Germania 11. Oktober 1892 3. Bl.

[260]) Germania 30. Oktober 1892 1. Bl.
[261]) Germania 3. November 1892 1. Bl.
[262]) Germania 3. November 1892 1. Bl.
[263]) Dortmunder Ztg. 5. November 1892 2. Ausgabe.
[264]) Germania 4. Dezember 1892 3. Bl.
[265]) Germania 30. Dezember 1892 3. Bl.; Köln. Volksztg. 30. Dez. 1892 1. Bl.
[266]) Regensburger Morgenblatt 9. Januar 1893.
[267]) Köln. Volksztg. 21. Januar 1893 1. Bl.
[268]) Germania 19. Februar 1893 1. Bl.
[269]) Germania 26. November 1892 2. Bl.
[270]) Germania 26. Februar 1893 1. Bl.
[271]) Germania 19. Februar 1893 1. Bl.
[272]) Westfälischer Merkur 25. Februar 1893 A.A.
[273]) Bachem Bd. 5 S. 280—282.
[274]) Regensburger Morgenblatt 9. Januar 1893.
[275]) Tremonia 8. April 1893 1. Bl.; Germania 7. April 1893 3. Bl.
[276]) Siehe Plenum 2. Lesung 3.—6. Mai 1893.
[277]) Germania 19. April 1893 1. Bl., vgl. Zentrum und Rom.
[278]) Bachem Bd. 5 S. 286/87.
[279]) Vgl. Vermittlungsversuche des Freiherrn v. Huene. Hier ist der ganze Fragenkomplex, um diese Entwicklung des Zentrumsstandpunktes zu einem Abschluß zu bringen, nur angedeutet.
[280]) Waldersee, Denkwürdigkeiten Bd. 2 S. 288.
[281]) Köln. Ztg. 17. April 1893 A.A.

Literatur.

1. Akten.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages. 8. Legislaturperiode, 2. Session, 1892/93, Bd. 1—3; 9. Legislaturperiode, 1. Session, 1893, Bd. 1.
Anlagen und Drucksachen.
Sitzungsprotokolle der 7. Kommission.

2. Allgemeine Literatur.

Arndt, R., Die Reden des Grafen v. Caprivi. Berlin 1894.
Bachem, K., Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Zentrumspartei. 4. u. 5. Bd.
Bergsträßer, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Leipzig Mannheim, Berlin 1928.
— Der politische Katholizismus, Dokumente seiner Entwicklung. München Bd. 1: 1921, Bd. 2: 1923.
Buchner, M., Kaiser Wilhelm II., seine Weltanschauung und die deutschen Katholiken. Berlin 1929.
v. Bülow, Deutsche Politik. Berlin 1916.
Cardauns, Adolf Gröber. 1921.
— Karl Trimborn. 1922.
— Ernst Lieber, Der Werdegang eines Politikers bis zu seinem Eintritt in das Parlament. Wiesbaden 1927.
v. Dewitz, H., Innenpolitische Rückblicke eines Konservativen. Berlin 1918.
Deutschland unter Wilhelm II., Bd. 1: Deutsche Politik, Staat und Verwaltung, Die deutsche Wehrmacht, hrsg. von Dr. Zorn. Berlin 1914.
Haller-Eulenburg, Aus fünfzig Jahren. Berlin 1923.
Hammann, O., Der neue Kurs. Berlin 1918.
Held, H., Gedächtnisrede auf den verewigten Zentrumsführer Dr. Lieber. Regensburg 1902.
v. Hertling, Erinnerungen. Kempten, München Bd. 1: 1919, Bd. 2: 1920.
Hofmann, H., Fürst Bismarck 1890—1898. Bd. 1: 1922, Bd. 2 u. 3: 1922.
v. Hoensbroech, P., Rom und das Zentrum. 1907.
Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst, Denkwürdigkeiten Bd. 2. Stuttgart 1917.
v. Jagemann, E., 75 Jahre des Erlebens und Erfahrens. Heidelberg 1925.
Klausmann, O., Kaiserreden. Leipzig 1902.
Kißling, J., Geschichte der deutschen Katholikentage. Münster Bd. 1: 1920, Bd. 2: 1923.
v. Limburg-Stirum, Aus der konservativen Politik der Jahre 1890—1905. Berlin 1921.
Männer, Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath. Berlin 1931.
May, J., Geschichte der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 1848—1902. Köln 1903.
Meerfeld, J., Die deutsche Zentrumspartei. Berlin 1918.

Meißner, O., Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Grafen v. Waldersee. Bd. 2. Stuttgart 1925.
— Aus dem Briefwechsel des Generalfeldmarschalls Grafen v. Waldersee. Bd. 1. Stuttgart 1928.
Pachnicke, H., Führende Männer im alten und neuen Reich. Berlin 1930.
Penzler, J., Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Bd. 4 u. 5. Leipzig 1897.
Rachfahl, F., Kaiser und Reich. 1888—1913. Berlin 1913.
Rehm, Deutschlands politische Parteien. Jena 1912.
Richter, E., Politisches ABC-Buch. Berlin 1896.
Rüdt v. Collenberg, Freiherr: Die deutsche Armee 1871—1914. Berlin 1922.
v. Schlözer, K., Letzte römische Briefe 1882—1894. Stuttgart 1924.
v. Schmidt-Pauli, Der Kaiser. Das wahre Gesicht Wilhelms II. Berlin 1928.
Schneidewin, M., Das politische System des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi. Danzig 1894.
Schröder, W., Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863—1909. München 1910.
Spahn, M., Ernst Lieber als Parlamentarier. Gotha 1906.
— Das deutsche Zentrum. Mainz 1907.
Specht, F., Die Reichstagswahlen 1867—1897. Berlin 1898.
v. Tirpitz, A., Erinnerungen. Leipzig 1919.
Werdermann, J., Die Heeresreform unter Caprivi. Diss. Greifswald 1928.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 bis 1918.
— Aus meinem Leben. 1926.
Wippermann, K., Deutscher Geschichtskalender 1892, 1893. Leipzig.
Zechlin, E., Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelm II. 1890—1894. Berlin 1929.
Ziekursch, J., Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches. Bd. 3. Frankfurt 1930.

3. Broschüren über die Militärvorlage, über die zweijährige Dienstzeit.

Aufklärung über die Militärvorlage. Berlin 1893.
v. Boguslawski, Reichstag und Heer. Berlin 1893.
— Die Parteien und die Heeresreform. Berlin 1892.
— Die Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit. Berlin 1891.
Die Prinzipienfrage in der Militärvorlage. Berlin 1892.
Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich, eine Anklageschrift. Stuttgart 1893.
Einst — jetzt — was dann? Beleuchtung der Militärvorlage von einem ehemaligen Generalstabsoffizier. Berlin 1893.
Ein Mahnwort an die Reichstagswähler gegen die Militärvorlage. Vorwärts, Berlin 1893.
Flugschriften der Nationalliberalen Partei.
— Militärvorlage und Antrag Bennigsen. Leipzig 1893.
— Die Militärvorlage (Antrag Huene). Berlin 1893.
Für die Militärvorlage. Stenographischer Bericht der am 15. Februar 1893 in der Viktoria-Brauerei stattgehabten Versammlung. Berlin 1893.
Fritsch, Eine Rede für die Militärvorlage. Halle 1893.
Jastrow, J., Drückt die Militärlast? Leipzig 1893.
Keim, Warum muß Deutschland seine Wehrmacht verstärken? Berlin 1892.
Richter, E., Die Militärvorlage und sonstige Tagesfragen. Ein Wahlbüchlein. Berlin 1893.

Stuckmann, Die Militärvorlage. Paderborn 1893.
Schmid, E., Ein Vermittlungsvorschlag zur Militärvorlage. Stuttgart 1893.
Unser Militär und seine Zukunft. Leipzig 1893.
Wo hinaus? Ausgleichungsvorschläge in der Streitfrage über die Heereseinrichtungen von Wisser. Berlin 1893.
Was jedermann bezüglich der Militärvorlage wissen muß. Ein Wort zur Aufklärung. Berlin, Germania, 1893.
Zur Militärvorlage, Heureka, ein unparteiischer und praktischer Vermittlungsvorschlag von XYZ. Berlin 1893.
Zur Militärvorlage. Ein Appell an das deutsche Nationalgefühl. Berlin 1893.

4. Zeitungen.

Bayrischer Kurier — Regensburger Morgenblatt.
Deutscher Reichsanzeiger und Königlich Preußischer Staatsanzeiger.
Deutsche Revue 1922.
Dortmunder Zeitung.
Freisinnige Zeitung.
Germania.
Kölnische Zeitung.
Kölnische Volkszeitung.
Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland.
Militär-Wochenblatt.
Neue Preußische Zeitung.
Preußische Jahrbücher Bd. 69—73, von Delbrück herausgegeben.
Tremonia.
Vorwärts.
Westfälischer Merkur.

Soweit nicht ausdrücklich erwähnt, handelt es sich um die Jahrgänge 1892 und 1893.

Lebenslauf.

Der Verfasser der vorliegenden Abhandlung, Heinz Goebel, wurde geboren am 9. September 1909 zu Leipzig als Sohn des Schneiders Anton Goebel und seiner Ehefrau Elisabeth geb. Körner. Vier Jahre besuchte ich die Zweite katholische Volksschule zu Leipzig-Reudnitz, drei Jahre die Sprachklasse der Ersten katholischen Volksschule zu Leipzig-Stadt. 1923 legte ich die Aufnahmeprüfung für die Untertertia der Domstiftlich-Katholischen Aufbauschule mit dem Ziele der Deutschen Oberschule zu Bautzen mit Erfolg ab. Nach einem sechsjährigen Studiengang verließ ich die Schule 1929 mit dem Zeugnis der Reife. Seit dem Sommersemester 1929 war ich an der Universität Leipzig immatrikuliert, wo ich die Vorlesungen der Professoren de Boor, Brandenburg, Dittrich, Doren, Driesch, Götz, Hellmann, Litt, Volz und Witkowski hörte und an den Übungen der Professoren de Boor, Doren, Goetz, Jahrreiß und Volz teilnahm. Meinen Leipziger Bildungsgang unterbrach ich während des dritten und vierten Semesters an der Universität Innsbruck, wo ich Vorlesungen und Übungen der Professoren Dengel, Enzinger, Erismann, Helbok, Klebelsberg, Lehmann-Haupt, Metz, Müllner, Stolz, Strohal, Wagner besuchte. Die drei letzten Semester (WS. 1931/32 bis WS. 1932/33) hörte ich an der Universität Münster i. W., wo ich die Vorlesungen der Professoren Eitel, Hoffmann, Mecking, Müller, Münzer, Niemeier, Schwietering, Schulte-Kemminghausen, Trier, Wackernagel, Wätjen, Wust hörte und an den Übungen der Professoren Eitel, Mecking, Müller, Schwietering, Wätjen teilnahm. Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich Herrn Prof. Dr. Eitel, Münster i. W., unter dessen Leitung die vorliegende Abhandlung entstanden ist, und der ihren Ausbau durch freundliche Ratschläge gefördert hat.